* Pol. g. *
1062
b

Pol. g
1062 b

Kautsky

<366200452100145

<366200452100145

Bayer. S

:: Karl Kautsky ::

Der Weg zur Macht

Preis: 50 Pfennig

524

Vereins-Ausgabe

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Schriften von Karl Kautsky:

Die soziale Revolution. Zweite Auflage. I. Sozialreform und soziale Revolution. II. Am Tage nach der sozialen Revolution. Mk. 1,50

Sozialreform und soziale Revolution. } Agitations- { „ —,40
Am Tage nach der sozialen Revolution. } Ausgaben { „ —,30

Beide Schriften hängen innerlich miteinander zusammen, jede einzelne bildet aber ein abgeschlossenes Ganzes. Die erste behandelt den Begriff der sozialen Revolution, ihre Entwicklung und Wandlung und erörtert die Frage, ob diese Wandlungen die Revolution künftig unmöglich machen oder einen neuen Typus einer sozialen Revolution vorbereiten. Die zweite untersucht die Aufgaben, die dem Proletariat am Tage nach der Revolution zu lösen gestellt sind, deren Schwierigkeiten und die Hülfsmittel zur Lösung.

Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche. Zweite, durchgesehene Auflage. Preis 75 Pf., Agitationsausgabe 30 Pf.

Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine Auseinandersetzung. Mk. 1,—, Agitationsausgabe Mk. 0,50

Inhal: Positive Kolonialpolitik. — Die Ethik der Kolonialpolitik. t— Arbeitskolonien. — Ausbeutungskolonien. — Gewaltsame oder friedliche Zivilisierung. — Der notwendige Durchgang durch den Kapitalismus. — Der Rückfall in die Barbarei.

Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil. gebd. Mk. 2,—

Karl Marx' ökonomische Lehren. Gemeinverständlich dargestellt und erläutert. gebd. Mk. 2,—

Die populäre Zusammenfassung der Marxschen Theorien durch Kautsky wird demjenigen willkommen sein, welcher sich über die Anschauungen des theoretischen Lehrvaters des modernen internationalen Sozialismus kurz und bündig unterrichten will.

Thomas More und seine Utopie. Mit einer historischen Einleitung von Kautsky. Gebd. Mk. 2,50, brosch. Mk. 2,—

Der erste Abschnitt des Buches enthält eine Schilderung des humanistischen Zeitalters und der Reformation, in deren Anschauungen Morus wurzelte. Im 2. Abschnitt gibt Kautsky eine Uebersicht über die Wirksamkeit und im letzten eine Darstellung der „Utopie".

Konsumvereine und Arbeiterbewegung. Mk. 0,15

Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik. Mk. 2,—, Volksausgabe Mk. 1,—

Patriotismus und Sozialdemokratie. „ —,20

Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Gebd. Mk. 1,50

Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution. 2. Auflage. Mk. —,75, gebd. Mk. 1,—, Vereinsausgabe Mk. —,50

Die historische Leistung von Karl Marx. Zum 25. Todestage des Meisters. Mit einem Portrait Mk. 1,—, Volksausgabe Mk. —,30

Kautsky will durch diese Arbeit das Verständnis denen erleichtern, was Marx der Welt gebracht hat. Das dürfte, wie Kautsky in seinem Vorwort sagt, keineswegs so allgemein bekannt sein, wie es notwendig wäre in einer Zeit, in der so heftig für und wider Marx gestritten wird. Die Broschüre will nicht bloß eine Studie zur Parteigeschichte sein, sondern auch ein Beitrag zur Entscheidung aktueller Fragen.

Der Weg zur Macht

Politische Betrachtungen
über das Hineinwachsen in die Revolution

Von

Karl Kautsky

BIBLIOTHEK MUENCHEN

Zweite, durchgesehene Auflage

Berlin 1909
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
(Hans Weber)

G.m.938

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MUENCHEN

Inhalts-Uebersicht

		Seite
1.	Die Eroberung der politischen Macht	7
2.	Die Prophezeiung der Revolution	14
3.	Das Hineinwachsen in den Zukunftsstaat	23
4.	Die ökonomische Entwickelung und der Wille . . .	30
5.	Weder Revolution noch Gesetzlichkeit um jeden Preis	41
6.	Das Wachstum der revolutionären Elemente . . .	54
7.	Die Milderung der Klassengegensätze	63
8.	Die Verschärfung der Klassengegensätze	72
9.	Ein neues Zeitalter der Revolutionen	89

auf den beschränkten Raum der „Neuen Zeit“ und auf den Rahmen der Polemik. Was ich in meinem Schlußkapitel nur flüchtig hatte andeuten können, die heutige Situation, ihre Besonderheit und ihre Aufgaben, das konnte ich jetzt ausführlicher entwickeln und das ist zum Hauptthema der Schrift geworden. Von deren neun Kapiteln bilden nur das 3. und 4. sowie die zweite Hälfte des 2. eine Wiedergabe aus der Artikelserie der „Neuen Zeit“, alles andere ist neu hinzugeschrieben.

Das Ganze stellt eine Ergänzung meiner 1902 veröffentlichten Broschüre über die soziale Revolution dar.

Da zu erwarten ist, die Polemik, aus der diese Schrift geboren, werde aus ihr neue Nahrung schöpfen, will ich hier erklären, daß für meine Ausführungen, soweit sie nicht auf unserem Programm und unseren Parteitagsbeschlüssen basieren, nicht meine Partei verantwortlich ist, sondern ich allein. Das ist ja selbstverständlich bei jeder Publikation, die nicht von der Partei offiziell herausgegeben wird, aber es mag nichts schaden, Kritiker und Polemiker noch besonders darauf hinzuweisen.

Karl Kautsky.

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MUENCHEN

1. Die Eroberung der politischen Macht.

Freund und Feind der Sozialdemokratie stimmen darin überein, daß sie eine revolutionäre Partei ist. Aber leider ist der Begriff der Revolution recht vieldeutig und so gehen auch die Anschauungen über den revolutionären Charakter unserer Partei weit auseinander. Nicht wenige ihrer Gegner wollen unter Revolution nichts verstehen, als Anarchie, Blutvergießen, Plünderung und Mordbrennerei. Anderseits gibt es Genossen, denen die soziale Revolution, der wir entgegengehen, bloß als eine ganz allmähliche, kaum merkliche, wenn auch schließlich tiefgehende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, nach dem Muster jener erscheint, die von der Dampfmaschine hervorgebracht wurde.

Soviel ist sicher, daß die Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei ist als Verfechterin der Klasseninteressen der Proletariats, weil es unmöglich ist, diesem in der kapitalistischen Gesellschaft zu einem befriedigenden Dasein zu verhelfen, weil seine Befreiung die Ueberwindung des Privateigentums an den kapitalistischen Produktions- und Machtmitteln durch das gesellschaftliche Eigentum und die Ersetzung der Privatproduktion durch gesellschaftliche Produktion erheischt. Das Proletariat kann Befriedigung nur finden in einer von der bestehenden aufs tiefste verschiedenen Gesellschaftsordnung.

Aber noch in anderem Sinne ist die Sozialdemokratie revolutionär, da sie erkennt, daß die Staatsgewalt ein Werkzeug der Klassenherrschaft, und zwar ihr gewaltigstes Werkzeug bildet, und daß die soziale Revolution, die das Proletariat anstrebt, nicht durchzuführen ist, so lange es nicht die politische Macht erobert hat.

Durch diese, im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels begründete Ueberzeugung unterscheidet sich die Sozialdemokratie von den sogenannten utopistischen Sozialisten, wie z. B. den Anhängern Owens und Fouriers aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts; aber auch von denen Proudhons, die den politischen Kampf entweder gering schätzten oder gar ablehnten und glaubten, die ökonomische Umgestaltung im Interesse des Proletariats durch rein ökonomische Maßregeln, ohne Aenderung und ohne Eingreifen der Staatsgewalt durchführen zu können.

In ihrem Hinweis auf die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht begegneten sich Marx und Engels mit Blanqui. Aber während dieser glaubte, die Staatsgewalt durch eine Verschwörung, durch einen Putsch einer kleineren Minorität erobern und den proletarischen Interessen dienstbar machen zu können, erkannten Marx und Engels, daß Revolutionen nicht nach Belieben gemacht werden können, sondern daß sie unter gegebenen Umständen mit Notwendigkeit entstehen und unmöglich bleiben, solange diese Umstände nicht vorhanden sind, die sich nur allmählich bilden. Nur dort, wo die kapitalistische Produktionsweise hoch entwickelt sei, liege die ökonomische Möglichkeit vor, durch die Staatsgewalt das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln in gesellschaftliches zu verwandeln; anderseits aber erstehe die Möglichkeit, die Staatsgewalt zu erobern und festzuhalten, für das Proletariat nur dort, wo es zu einer großen Masse anwachse, die ökonomisch unentbehrlich, zu großem Teil fest organisiert und über ihre Klassenlage sowie über das Wesen von Staat und Gesellschaft aufgeklärt sei.

Diese Bedingungen würden durch die Entwickelung der kapitalistischen Produktionsweise und die daraus hervorgehenden Klassenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit immer mehr geschaffen; so wie die stete Ausbreitung des Kapitalismus notwendigerweise und unaufhaltsam vor sich gehe, sei auch die schließliche Gegenwirkung gegen diese Ausbreitung, die proletarische Revolution, unvermeidlich und unaufhaltsam.

Sie sei unaufhaltsam, weil es unvermeidlich sei, daß das wachsende Proletariat sich gegen die kapitalistische Ausbeutung zur Wehr setzt, sich gewerkschaftlich, genossenschaftlich und politisch organisiert, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und größeren politischen Einfluß zu erringen sucht. Ueberall entfaltet das Proletariat diese Betätigungsweisen, mag es sozialistisch denken oder nicht. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, alle die verschiedenen Gegenwirkungen des Proletariats gegen seine Ausbeutung zu zielbewußtem und einheitlichem Wirken zusammenzufassen, das seinen Gipfelpunkt findet in den großen Endkämpfen um die Eroberung der politischen Macht.

Diese Anschauung, deren Grundlage im Kommunistischen Manifest gelegt wurde, ist heute von den sozialistischen Bewegungen aller Länder angenommen. Auf ihr beruht der gesamte internationale Sozialismus unserer Zeit.

Indes konnte sie ihren Siegeszug nicht vollführen, ohne Anzweifler und Kritiker innerhalb der Sozialdemokratie selbst zu finden.

Wohl hatte die tatsächliche Entwickelung jene Richtung genommen, die Marx und Engels vorausgesagt. Und das

siegreiche Fortschreiten des internationalen Sozialismus ist nächst der Ausbreitung des Kapitalismus und damit des proletarischen Klassenkampfes vor allem der tiefen Einsicht in die Bedingungen und Aufgaben dieses Kampfes zu danken, die Marx und Engels gebracht.

Aber in einem Punkte hatten sie geirrt: sie hatten die Revolution zu nahe gesehen.

So sagte das Kommunistische Manifest (Ende 1847):

„Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht, und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt, als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann."

Mit Recht erwartete das Manifest die deutsche Revolution. Aber es täuschte sich, wenn es glaubte, sie werde das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution bilden.

Zeitlich näher liegt uns eine andere Vorhersage, die Engels 1885 veröffentlichte, in seiner Einleitung zur 2. Auflage der Marxschen Broschüre über den Kölner Kommunistenprozeß. Er sagte dort, die nächste europäische Erschütterung werde „nun bald fällig, die Verfallzeit der europäischen Revolutionen, 1815, 1830, 1848—52, 1870, währt in unserem Jahrhundert 15 bis 18 Jahre" (S. 14).

Auch diese Erwartung traf nicht ein, und bis heute ist die damals erwartete Revolution ausgeblieben.

Woher kommt das? War die Marxsche Methode, auf der diese Erwartungen beruhten, falsch? Mitnichten. Aber ein Faktor in der Rechnung stimmte nicht, er war übertrieben hoch angesetzt. Schon vor zehn Jahren schrieb ich darüber: „Beide Male wurde die revolutionäre, oppositionelle Kraft des Bürgertums überschätzt." („Neue Zeit", XVII, 2, S. 45.)

1847 hatten Marx und Engels in Deutschland eine Revolution von gewaltiger Ausdehnung erwartet, eine Revolution, ähnlich der großen französischen Katastrophe, die 1789 begann. Statt dessen kam es nur zu einer kümmerlichen Erhebung, die sofort fast das gesamte Bürgertum unter die Fittiche der Regierungen zurückschreckte, so daß diese wieder erstarkten, indes jede rasche Entfaltung des Proletariats unterbunden wurde. Die Bourgeoisie überließ es dann einzelnen Regierungen, die weitere Fortsetzung der Revolution, soweit sie ihrer noch bedurfte, für sie zu besorgen, und namentlich Bismarck war der große Revolutionär, der Deutschland, wenigstens zum Teil, einigte, deutsche Fürsten von

ihren Thronen stürzte, die Einigung Italiens und die Entthronung des Papstes begünstigte, in Frankreich das Kaisertum niederwarf und die Republik herbeiführte.

In diesen Formen vollzog sich die deutsche bürgerliche Revolution, deren baldigen Eintritt Marx und Engels 1847 prophezeit hatten, und die erst 1870 ihr Ende erreichte.

Trotzdem erwartete auch 1885 noch Engels eine „politische Erschütterung", und nahm an, daß „die kleinbürgerliche Demokratie auch jetzt noch diejenige Partei ist", die dabei „in Deutschland unbedingt zunächst ans Ruder kommen muß".

Auch diesmal hatte Engels richtig prophezeit, wenn er eine „politische Erschütterung" kommen sah; aber wieder verrechnete er sich, wenn er von der kleinbürgerlichen Demokratie etwas erwartete. Diese versagte völlig, als es zum Zusammenbruch des Bismarckschen Regimes kam. Daher wurde der Sturz des Kanzlers auf eine dynastische Angelegenheit reduziert, ohne jede revolutionäre Konsequenz.

Es stellt sich immer klarer heraus, daß eine Revolution nur noch möglich ist als proletarische Revolution. Daß sie unmöglich ist, solange nicht das organisierte Proletariat eine Macht bildet, groß und kompakt genug, um unter günstigen Umständen die Masse der Nation mit sich fortzureißen. Wenn aber nur das Proletariat noch eine revolutionäre Klasse in der Nation darstellt, folgt andererseits daraus, daß jeder Zusammenbruch des bestehenden Regimes, sei er moralischer, finanzieller oder militärischer Art, den Bankrott sämtlicher bürgerlicher Parteien in sich begreift, die sämtlich dafür verantwortlich geworden sind; daß das einzige Regime, das in einem solchen Fall das bestehende ablösen kann, ein proletarisches ist.

Jedoch nicht alle Genossen ziehen diese Konsequenzen. Wenn die bisher schon einige Male erwartete Revolution noch nicht gekommen ist, schließen sie keineswegs daraus, daß die Bedingungen und Formen der kommenden Revolution durch die ökonomische Entwickelung anders gestaltet wurden, als man auf Grund der Erfahrungen aus den bisherigen bürgerlichen Revolutionen annahm, sondern sie schließen, daß unter den geänderten Verhältnissen eine Revolution überhaupt nicht mehr zu erwarten, nicht notwendig, ja schädlich sei.

Einerseits nehmen sie an, daß der weitere Ausbau der bisher schon gewonnenen Errungenschaften — Arbeiterschutzgesetzgebung, Gewerkschaften, Genossenschaften — genüge, um die Kapitalistenklasse aus einer Position nach der anderen zu verdrängen und sie unmerklich zu expropriieren, ohne politische

Revolution, ohne Aenderung des Wesens der Staatsgewalt. Diese Theorie des allmählichen ökonomischen Hineinwachsens in den Zukunftsstaat bildet eine Modernisierung des alten, antipolitischen Utopismus und Proudhonismus.

Andererseits aber hält man es für möglich, daß das Proletariat zur politischen Macht gelangt ohne Revolution, das heißt, ohne erhebliche Machtverschiebung im Staat, einfach durch eine kluge Taktik des Zusammenwirkens mit dem Proletariat nahestehenden bürgerlichen Parteien, mit denen man zusammen eine Koalitionsregierung bildet, zu der jede der beteiligten Parteien allein nicht ausreichen würde.

Auf diese Weise komme man um die Revolution herum, die ein ganz veraltetes, barbarisches Mittel darstelle, das in unserem erleuchteten Jahrhundert der Demokratie, der Ethik und der Menschenliebe keinen Platz finde.

Diese Auffassungen würden, wenn sie zum Durchbruch kämen, die ganze von Marx und Engels begründete sozialdemokratische Taktik über den Haufen werfen. Sie sind mit dieser unvereinbar. Das ist natürlich kein Grund, von vornherein anzunehmen, daß sie falsch sind, wohl aber ist es begreiflich, daß jeder, der sie nach reiflicher Prüfung für falsch erkannt hat, ihnen lebhaft entgegentritt, da es sich dabei nicht um belanglose Meinungen, sondern um das Wohl und Wehe des kämpfenden Proletariats handelt.

Man gerät aber bei der Diskutierung dieser Differenzen nur zu leicht in falsche Bahnen, wenn man die strittigen Anschauungen nicht genau abgrenzt.

Darum sei hier nochmals, wie so oft schon früher, darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nicht etwa darum handelt, ob Arbeiterschutzgesetze und sonstige Gesetze im Interesse des Proletariats, ob Gewerkschaften und Genossenschaften notwendig und nützlich sind oder nicht. Darüber gibt es nicht zweierlei Meinungen unter uns. Bestritten wird bloß die Anschauung, als könnten die ausbeutenden Klassen, die über die Staatsgewalt verfügen, eine solche Entwickelung dieser Faktoren zulassen, daß sie eine Befreiung vom kapitalistischen Druck bedeuteten, ohne vorher mit allen Machtmitteln solchen Widerstand zu leisten, daß er nur durch einen Entscheidungskampf beseitigt werden könnte.

Weiter handelt es sich nicht darum, ob wir Differenzen unter den bürgerlichen Parteien nicht zugunsten des Proletariats ausnützen sollen. Nicht umsonst haben Marx und Engels stets das Wort von der „reaktionären Masse" bekämpft, weil es zu sehr die Gegensätze verdeckt, die zwischen den verschiedenen Fraktionen der besitzenden Klassen herrschen und die für den Fortschritt des Proletariats mitunter sehr

wichtig wurden. Sowohl die Arbeiterschutzgesetze wie die Erweiterungen der politischen Rechte hatte es meist solchen Gegensätzen zu verdanken.

Bestritten wird bloß die Möglichkeit, daß eine proletarische Partei mit bürgerlichen Parteien zusammen in normaler Weise eine Regierung oder eine Regierungspartei bilden kann, ohne dadurch in unüberwindliche Widersprüche zu geraten, an denen sie scheitern muß. Die Staatsgewalt ist überall ein Organ der Klassenherrschaft. Der Klassengegensatz zwischen dem Proletariat und den besitzenden Klassen ist aber so gewaltig, daß das Proletariat nie mit einer besitzenden Klasse zusammen im Staate herrschen kann. Die besitzende Klasse wird stets verlangen und in ihrem Interesse verlangen müssen, daß die Staatsgewalt fortfahre, das Proletariat niederzuhalten. Dagegen wird das Proletariat von einer Regierung, an der seine eigene Partei beteiligt ist, stets verlangen, daß die Staatsgewalt ihm in seinen Kämpfen gegen das Kapital beistehe. Daran muß jede proletarisch-bürgerliche Koalitionsregierung scheitern.

Eine proletarische Partei in einer bürgerlichen Koalitionsregierung wird stets mitschuldig werden an Handlungen zur Niederhaltung des Proletariats, die ihr dessen Mißachtung einbringen, und dabei doch stets durch das Mißtrauen ihrer bürgerlichen Blockbrüder eingeengt bleiben und an jeder ersprießlichen Tätigkeit dadurch verhindert werden. Jedes derartige Regime kann nicht eine Stärkung des Proletariats bringen — dazu gibt sich keine bürgerliche Partei her; es kann bloß eine proletarische Partei kompromittieren, das Proletariat verwirren und spalten.

Gerade jenes Moment aber, das bisher die Revolution seit 1848 immer wieder hinausgeschoben hat, das politische Verkommen der bürgerlichen Demokratie, schließt erst recht ein ersprießliches Zusammenwirken mit ihr zur Gewinnung und gemeinsamen Ausübung politischer Macht aus.

So sehr Marx und Engels dafür waren, die Differenzen bürgerlicher Parteien zur Förderung proletarischer Zwecke zu benutzen, so sehr sie das Wort von der „reaktionären Masse“ bekämpften, so haben sie doch das Wort von der Diktatur des Proletariats geprägt, das Engels noch 1891, kurz vor seinem Tode verfocht, das Wort von der politischen Alleinherrschaft des Proletariats als der einzigen Form, in der es die politische Macht auszuüben vermöge.

Ist aber ein bürgerlich-proletarisches Blockregiment als Mittel der Entwickelung proletarischer Macht unmöglich und findet der Fortschritt von Sozialreformen und ökonomischen Organisationen des Proletariats unter den gegebenen Macht-

verhältnissen seine Grenzen, dann ist nicht der mindeste Grund gegeben, daraus, daß die politische Revolution noch nicht gekommen ist, zu schließen, es habe solche Revolutionen nur in der Vergangenheit gegeben, in Zukunft werde es keine mehr geben.

Andere Zweifler an der Revolution sind nicht so apodiktisch. Sie halten es für möglich, daß noch einmal eine kommt, aber wenn sie komme, so liege das in unabsehbarer Ferne. Für mindestens ein Menschenalter hinaus sei sie ganz unmöglich. Sie komme für unsere praktische Politik nicht in Betracht. In den nächsten Jahrzehnten müßten wir uns auf die Taktik des friedlichen Hineinwachsens und der proletarisch-bürgerlichen Blockpolitik einrichten.

Und doch tauchen gerade jetzt Tatsachen auf, die uns mehr als je veranlassen müssen, diese Auffassung für eine verfehlte zu erklären.

2. Die Prophezeiung der Revolution.

Um die Erwartungen der Marxisten von einer kommenden Revolution zu diskreditieren, wird uns häufig vorgeworfen, wir liebten es zu prophezeien, erwiesen uns aber als schlechte Propheten.

Wir haben schon gesehen, woher es kommt, daß die von Marx und Engels erwartete proletarische Revolution bisher nicht eintrat. Wenn man aber von diesen getäuschten Erwartungen absieht, dann wird man staunen müssen nicht darüber, daß nicht alles sich erfüllte, was sie erhofft, sondern darüber, daß so viele ihrer Voraussagungen eingetroffen sind.

Wir haben z. B. schon gesehen, daß das Kommunistische Manifest im November 1847 die kommende Revolution von 1848 verkündete. Das geschah um dieselbe Zeit, da Proudhon bewies, daß die Aera der Revolutionen für immer vorüber sei.

Marx war der erste Sozialist, der auf die Bedeutung der Gewerkschaften für den Klassenkampf des Proletariats hinwies, in seiner Streitschrift gegen Proudhon, „Das Elend der Philosophie", 1846. In seinen Arbeiten am „Kapital" in den sechziger Jahren sah er bereits das heutige Aktien- und Kartellwesen voraus. Während des Krieges von 1870/71 prophezeite er, daß von nun an der Schwerpunkt der sozialistischen Bewegung von Frankreich nach Deutschland übergehe. Im Januar 1873 prophezeite er die Krise, die wenige Monate später ihren Anfang nahm usw.

Ebenso steht es mit Engels.

Und auch wo sie irrten, da steckte ein sehr richtiger und wichtiger Kern im Irrtum. Man erinnere sich dessen, was oben über die 1885 von Engels ausgesprochene Erwartung einer in den nächsten Jahren eintretenden politischen Erschütterung gesagt wurde.

Es dürfte am Platze sein, hier einer Legende entgegenzutreten, die sich einzunisten droht. In seiner „Arbeiterfrage", von der eben die 5. Auflage erschienen ist, schreibt der Berliner Professor H. Herkner bei der Berichterstattung über den Parteitag von Hannover (1899):

„Kautsky ließ sich in der Hitze des Gefechts dazu fortreißen, die Hoffnung auf eine bald eintretende, alle Wünsche erfüllende Katastrophe geradezu als Idiotismus zu brandmarken, also viel schärfer anzugreifen, als es Bernstein selbst getan hatte. Hätte Engels wirklich für 1898 den großen Kladderadatsch prophezeit

(sagte Kautsky), so wäre er nicht der große Denker gewesen, der er war, er wäre ein solcher Idiot gewesen, daß kein einziger Wahlkreis ihn zu seinem Delegierten auf dem Parteitag gewählt hätte. Engels habe nur gemeint, daß 1898 vielleicht das heutige politische System in Preußen zusammenbrechen könne.

Es mag dahingestellt sein, was Engels angenommen hat. Dagegen gestatten die Worte Bebels auf dem Erfurter Parteitag 1891, daß nur wenige Mitglieder dieses Kongresses die Verwirklichung auch der letzten Ziele nicht erleben würden, keinerlei rettende Interpretation. Sie waren, um mit den Worten Kautskys von 1899 zu sprechen, idiotisch. In diesem Intermezzo kam die Wandlung, welche selbst in den Köpfen der Verehrer der alten Taktik eingetreten war, mit einer Klarheit zum Ausdruck, die nichts zu wünschen übrig ließ." (S. 379.)

Leider läßt die Klarheit des Herrn Professors sehr viel zu wünschen übrig. Mit keinem Wort habe ich die „Hoffnung auf eine bald eintretende, alle Wünsche erfüllende (!) Katastrophe" als Idiotismus gekennzeichnet, aus dem einfachen Grunde, weil von einer solchen Katastrophe nicht die Rede war. Ich wäre übrigens ganz berechtigt gewesen, die Hoffnung auf eine alle Wünsche erfüllende Katastrophe ebenfalls einen Idiotismus zu nennen. Ich wählte die Bezeichnung „Idiotismus" für die Vorstellung, Engels habe den Ausbruch der Revolution für ein bestimmtes Datum, für das Jahr 1898 festgesetzt. Eine derartige Art der Prophezeiung erschien mir allerdings idiotisch. Aber Engels hat sich ihrer nie schuldig gemacht. Und ebensowenig Bebel. Auch auf dem Erfurter Parteitage 1891 hatte er kein bestimmtes Jahr für das Kommen der Revolution angegeben.

Schon dort hatte man über seine „Prophezeiungen" etwas gespottet. Darauf erwiderte er:

„Man mag lachen und höhnen über das Prophezeien; denkende Menschen kommen ohne dasselbe nicht aus. Die kühle, pessimistische Nüchternheit von heute war Vollmar vor einigen Jahren auch noch fremd. Der von ihm angegriffene Engels hat 1844 vollkommen richtig die Revolution von 1848 vorausgesagt. Und ist nicht das, was Marx und Engels zur Zeit des Kommuneaufstandes in der bekannten Adresse des Generalrats der internationalen Arbeiter-Assoziation voraussagten über die künftige Konstellation der Dinge in Europa bis auf das Tüpfelchen über dem i verwirklicht worden? (Sehr wahr!) Liebknecht, der auch ein wenig über mich gespöttelt hat, hat selbst viel prophezeit. (Heiterkeit.) Er hat gleich mir im Jahre 1870 im Reichstag vorausgesagt, was heute vollständig eingetroffen ist. Lesen Sie seine und meine Reden von 1870—1871 und Sie werden das bestätigt finden. Aber da kommt Vollmar und ruft: schweigt von diesen alten Geschichten und laßt das Prophezeien. Er selbst aber prophezeit auch. Der Unterschied zwischen ihm und mir ist nur der: er besitzt den wunderbarsten Optimismus in bezug auf unsere Gegner, aber den fürchterlichsten Pessimismus in bezug auf die prinzipiellen Bestrebungen der Partei und deren Zukunft." (Protokoll, S. 283.)

Eine der bedeutendsten Prophezeiungen Bebels, die in Erfüllung ging, ist jene, die er 1873 machte, das Zentrum werde bald von 60 Sitzen im Reichstag auf 100 kommen, der Bismarcksche Kulturkampf werde ein klägliches Ende nehmen und zu Bismarcks Sturz beitragen.

Jüngst hat man mir die Ehre angetan, mich in die Reihe dieser „Propheten" zu stellen. Ich kann mich in keiner besseren Gesellschaft befinden.

Man warf mir vor, was ich in meiner Artikelserie „Allerhand Revolutionäres" in der „Neuen Zeit" sowie im Vorwort meiner „Ethik" über die russische Revolution gesagt, sei durch die historische Erfahrung gründlich widerlegt worden.

Stimmt das?

Im Vorwort zur „Ethik" schrieb ich:

„Wir gehen einer Periode entgegen, in der, wer weiß wie lange, für jeden Sozialdemokraten ruhiges Arbeiten ausgeschlossen, unser Wirken ein steter Kampf sein wird. . . . . Gerade jetzt sind die Schergen des Zarismus eifrig an der Arbeit, es den Albas und Tillys der Religionskämpfe des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts gleichzutun — nicht an militärischen Großtaten, sondern an brutaler Mordbrennerei. Die westeuropäischen Verfechter der Kultur und Ordnung und sonstiger heiligsten Güter der Menschheit begrüßen das begeistert als die Wiederherstellung gesetzlicher Zustände. Aber so wenig es den Söldnern der Habsburger gelang, trotz zeitweiser Erfolge, Norddeutschland und Holland wieder katholisch zu machen, wird es den Kosaken der Romanoffs gelingen, das Regime des Absolutismus wiederherzustellen. Er hat noch die Kraft, sein Land zu verwüsten, nicht mehr aber die, es zu regieren."

„Auf jeden Fall ist die russische Revolution noch lange nicht zu Ende — sie dürfte nicht enden, solange die Bauern Rußlands nicht befriedigt sind. Je länger sie dauert, desto größer aber die Erregung der Proletariermassen Westeuropas, desto näher die Gefahr finanzieller Katastrophen, desto wahrscheinlicher, daß auch in Westeuropa eine Aera akutester Klassenkämpfe beginnt."

Was ist an diesen Worten, geschrieben im Januar 1906, dessen ich mich zu schämen hätte? Glaubt man etwa, die russische Revolution sei zu Ende, in Rußland herrschten wieder normale Verhältnisse? Und ist nicht, seitdem ich obige Zeilen geschrieben, tatsächlich die ganze Welt in einen Zustand der größten Unruhe geraten?

Und nun erst meine „mißglückte Prophezeiung" im Artikel „Allerhand Revolutionäres". Ich polemisierte damals gegen Lusnia, der für ausgeschlossen erklärte, daß ein Krieg

um Korea zu einer Revolution in Rußland führe, und meinte, es sei eine Ueberschätzung, wenn ich sagte, die russischen Arbeiter seien ein viel reellerer politischer Faktor als die englischen. Darauf erwiderte ich im Anfang Februar 1904, zu Beginn des Russisch-Japanischen Krieges:

„Kein Zweifel, die ökonomische Entwickelung Rußlands steht weit hinter der Deutschlands oder Englands zurück, und sein Proletariat ist weit schwächer und unreifer als etwa das deutsche oder das englische. Aber alles ist relativ, auch die revolutionäre Kraft einer Klasse."

Ich zeigte dann, aus welchen Gründen das Proletariat Rußlands damals eine außergewöhnliche revolutionäre Kraft besaß und führte weiter aus:

„Der Kampf wird um so rascher zuungunsten des Absolutismus entschieden sein, je energischer Westeuropa ihm seine Hilfe versagt. Dahin zu wirken, das Zarentum soviel wie nur möglich zu diskreditieren, ist heute eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie. . . ."

„Indes, trotz aller wertvollen Freundschaften in Westeuropa wächst die Bedrängnis des Selbstherrschers aller Reußen zusehends. Der Krieg mit Japan kann den Sieg der Revolution in Rußland gewaltig beschleunigen. . . . . Was sich nach dem Russisch-Türkischen Kriege ereignete, würde sich diesmal in verstärktem Maße wiederholen: ein gewaltiges Aufflammen der revolutionären Bewegung."

Nachdem ich das begründet, fuhr ich fort:

„Eine Revolution in Rußland könnte zunächst kein sozialistisches Regime begründen. Dazu sind die ökonomischen Verhältnisse des Landes zu unreif. Sie könnte vorerst nur ein demokratisches Regime ins Leben rufen, hinter dem aber ein starkes und ungestümes, nach vorwärts drängendes Proletariat stände, das sich erhebliche Konzessionen erringen würde."

„Ein solches Regime müßte auf die Rußland benachbarten Länder gewaltig zurückwirken. Einmal durch Belebung und Anfeuerung der proletarischen Bewegungen daselbst, die dadurch den stärksten Anstoß erhielten, ihrerseits einen Sturm auf die politischen Hindernisse einer wirklichen Demokratie — in Preußen zunächst auf das Dreiklassenwahlsystem — zu unternehmen. Dann aber durch Entfesselung der mannigfaltigsten nationalen Fragen Osteuropas."

Das schrieb ich im Februar 1904. Im Oktober 1905 war die russische Revolution zur Wirklichkeit und das Proletariat zu ihrem Vorkämpfer geworden, und traten sofort die Rückwirkungen auf die benachbarten Länder ein. In Oesterreich bekam der Wahlrechtskampf nun unwiderstehliche Wucht und gelangte bald zum Siege, Ungarn geriet an den Rand wirklicher Insurrektion, die deutsche Sozialdemokratie akzep-

tierte den Generalstreik, warf sich mit voller Kraft in den Wahlrechtskampf, namentlich in Preußen, der bereits im Januar 1908 zu Straßendemonstrationen führte, wie sie Berlin seit 1848 nicht gesehen. Und 1907 kamen die überraschenden Hottentottenwahlen und der völlige Zusammenbruch der deutschen Demokratie. Wenn ich aber daneben eine Entfesselung der nationalen Bewegungen Osteuropas erwartet hatte, so wurden diese Erwartungen weit übertroffen durch das rapide Erwachen des gesamten Orients, in China, Indien, Aegypten, Marokko, Persien, der Türkei, was in den letzten beiden Ländern bereits zu siegreichen revolutionären Erhebungen führte.

Und im Zusammenhang damit haben wir eine stete Verschärfung der internationalen Gegensätze, die bereits zweimal, zuerst wegen Marokkos, dann wegen der Türkei, Europa dicht an den Krieg führten.

Wenn je eine „Zukunftsweissagung", falls man das Wort gebrauchen will, in Erfüllung gegangen ist, so ist es diese, die das Kommen der russischen Revolution und in ihrem Gefolge eine Aera gesteigerter politischer Unruhe und Verschärfung aller sozialen und nationalen Gegensätze erwartete.

Gewiß, ich will es nicht leugnen, die einstweilige Niederschlagung der russischen Revolution habe ich nicht vorausgesagt. Aber wenn jemand im Jahre 1846 die kommende Revolution von 1848 voraussagte, irrte er damit, weil diese 1849 niedergeschlagen wurde?

Sicher müssen wir bei jeder großen Bewegung und Erhebung auch mit der Möglichkeit ihrer Niederschlagung rechnen. Ein Tor, der sich bei einem bevorstehenden Kampf sicher fühlt, den Sieg bereits in der Tasche zu haben. Wir können indes nur untersuchen, ob wir großen, revolutionären Kämpfen entgegengehen. Das läßt sich mit einiger Sicherheit erkennen. Ueber den Ausgang irgendeines dieser Kämpfe läßt sich dagegen im voraus nichts sagen. Wir wären aber traurige Burschen, ja direkte Verräter an unserer Sache und unfähig zu jedem Kampf, wenn wir von vornherein von der Unvermeidlichkeit der Niederlage überzeugt wären, nicht mit der Möglichkeit des Sieges rechneten.

Natürlich kann nicht jede Erwartung in Erfüllung gehen. Wer sich für einen untrüglichen Propheten ausgeben oder untrügliche Prophezeiungen von anderen verlangen wollte, würde übernatürliche Kräfte im Menschen voraussetzen.

Mit der Möglichkeit der Nichterfüllung seiner Erwartungen muß jeder Politiker rechnen. Dennoch ist das „Prophezeien" nicht eine müßige Spielerei, sondern, vorsichtig und methodisch betrieben, eine unerläßliche Tätigkeit für jeden

denkenden und weiterblickenden Politiker, worauf schon Bebel hingewiesen.

Nur der geistlose Routinier begnügt sich mit dem Glauben, daß es auch weiterhin so gehen werde, wie es jetzt geht. Ein Politiker, der gleichzeitig ein Denker ist, wird bei jedem eintretenden Ereignis alle Möglichkeiten erwägen, die es in seinem Schoße tragen kann, und sie zu ihren fernsten Konsequenzen ausdenken. Wohl sind die Mächte des Beharrens in der Gesellschaft ungeheuer groß, in neun von zehn Fällen wird daher anscheinend der Routinier recht behalten, wenn er im alten Trott weiterläuft, ohne sich viele Gedanken über neue Situationen und Möglichkeiten zu machen. Aber einmal tritt doch ein Ereignis ein, stark genug, die Mächte des Beharrens zu überwinden, die durch vorherige Vorkommnisse schon innerlich erschüttert wurden, wenn auch äußerlich noch alles beim alten blieb. Nun schlägt plötzlich die Entwickelung neue Bahnen ein, wobei alle Routiniers den Kopf verlieren, nur solche Politiker sich behaupten, die sich vertraut gemacht haben mit den neuen Möglichkeiten und ihren Konsequenzen.

Aber man darf nicht etwa glauben, daß wenigstens im gewöhnlichen Lauf der Dinge der geistlose Routinier dem die Zukunft erwägenden oder „prophezeienden" Politiker überlegen wäre. Das könnte nur dann gelten, wenn der Politiker die Möglichkeiten, deren Konsequenzen er durchdenkt, für Realitäten hielte, nach denen er sein sofortiges praktisches Handeln einrichtete. Will man etwa behaupten, Engels und Bebel und sonst einer der „prophezeienden" Politiker, um die es sich hier handelt, hätten jemals ihre Prophezeiungen in diesem Sinne aufgefaßt?

Der geistlose Routinier wird sich nie gedrängt fühlen, die Gegenwart zu studieren, die ihm als bloße Wiederholung der ihm schon bekannten Situationen erscheint, in denen er sich bisher bewegte. Wer dagegen in einer gegebenen Situation alle ihre Möglichkeiten und Konsequenzen durchdenkt, kann das nur vollführen durch das Studium der gegebenen Kräfte und Mächte, und er wird vor allem getrieben, den neu erwachsenden, noch wenig beachteten Faktoren seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Was manchem Philister als zweckloses Prophezeien ins Blaue hinein erscheint, ist in Wirklichkeit das Ergebnis tiefen Studiums und daher stets von vermehrter Erkenntnis der Wirklichkeit begleitet. Man hätte nur dann ein Recht, die Engels und Bebel ob ihrer „Prophezeiungen" anzugreifen, wenn sie sich als weltfremde Phantasten erwiesen hätten. Tatsächlich hat noch niemand das Proletariat in allen schwierigen Situationen besser und zweckmäßiger beraten wie eben diese

„Propheten“, und gerade deswegen, weil sie sich mit der Arbeit des „Prophezeiens“ abgaben. Wer bisher nur zu oft die aufstrebenden Klassen auf Irrwege führte, das waren nicht die Politiker, die stets nach dem weitesten Horizont strebten, sondern die „Realpolitiker“, die nicht weiter sehen, als ihre Nase reicht, bloß das für eine Realität halten, worauf sie mit ihrer Nase stoßen, und jedes Hindernis für unendlich und unübersteiglich erklären, woran sie sich einmal die Nase blutig geschlagen haben.

Aber es gibt noch eine andere Art des „Prophezeiens“ als die eben beschriebene. Die Entwickelung einer Gesellschaft wird in letzter Linie bedingt durch die Entwickelung ihrer Produktionsweise, deren Gesetze wir heute schon genau genug kennen, um mit einiger Sicherheit die Richtung der notwendigen gesellschaftlichen Entwickelung erkennen und daraus auch Rückschlüsse auf den notwendigen Gang der politischen Entwickelung ziehen zu können.

Diese Art des „Prophezeiens“ wird häufig mit der eben hier dargestellten verwechselt, und doch sind beide voneinander grundverschieden. Bei der einen handelt es sich um sehr mannigfaltige Möglichkeiten, die ein besonderes Ereignis oder eine besondere Situation in ihrem Schoße bergen können, deren wahrscheinlichen Konsequenzen wir nachzugehen haben. Bei der anderen handelt es sich um eine notwendige, einzig mögliche Entwicklungsrichtung, deren Erkenntnis wir zu suchen haben. Bei der ersteren knüpfen wir an bestimmte, konkrete Tatsachen an, die andere kann uns nur allgemeine Tendenzen aufzeigen, ohne über die Formen, welche sie annehmen werden, irgend etwas Bestimmtes zu sagen. Man darf beide Arten der Untersuchung auch dann nicht miteinander verwechseln, wenn sie anscheinend das gleiche Resultat ergeben.

Wenn zum Beispiel jemand sagt, ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland führe zur Revolution, und wenn ein anderer erklärt, die zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft führe zur Revolution, so scheint letztere Behauptung eine Revolutionsprophezeiung ebensolcher Art zu sein wie die erstere. Und doch bedeutet jede etwas anderes. Wenn ich von einem Krieg zwischen Frankreich und Deutschland spreche, so ist das kein Ereignis, dessen Eintreten ich mit der Sicherheit eines Naturgesetzes voraus-bestimmen kann. So weit ist die Wissenschaft noch nicht. Der Krieg ist nur eine unter vielen Möglichkeiten, die eintreten können. Andererseits aber ist die Revolution, die sich aus dem Kriege entwickeln kann, an bestimmte Formen gebunden. Es mag dahin kommen, daß in jener der beiden

kriegführenden Nationen, die sich als die schwächere erweist, der Drang, alle Volkskräfte gegen den äußeren Feind zu entfesseln, die rücksichtsloseste und energischste Klasse, das Proletariat, an die Spitze der Nation beruft — ähnlich, wie es Engels 1891 in Deutschland für möglich hielt, wenn es gleichzeitig einen Krieg gegen das damals an Volkszahl noch nicht so weit zurückgebliebene Frankreich und das noch unbesiegte und nicht von der Revolution zerrüttete Rußland zu führen hatte.

Die Revolution infolge eines Krieges kann aber auch aus einer Erhebung der Volksmasse hervorgehen, wenn die Armee gebrochen und der Leiden des Krieges satt ist, und die Regierung gestürzt wird, nicht um den Krieg energischer weiterzuführen, sondern um einen zwecklosen und verderblichen Krieg zu beenden und Frieden mit einem Gegner zu schließen, der auch nichts besseres verlangt.

Endlich kann die Revolution als Folge eines Krieges hervorgehen aus einer allgemeinen Empörung über einen schmählichen und verlustreichen Friedensschluß, einer Empörung, die Armee und Volk gegen die Regierung vereinigt.

Sind bestimmte Formen der Revolution für den hier gegebenen Fall von vornherein gegeben, so bleibt dagegen das Bild der Revolution ganz unbestimmt, wenn ich sie als Konsequenz der zunehmenden Verschärfung der Klassengegensätze betrachte. Ich kann ganz bestimmt behaupten, daß eine Revolution, die der Krieg mit sich bringt, entweder während des Krieges oder unmittelbar danach ausbricht. Wenn ich dagegen von der Revolution als dem Resultat der zunehmenden Verschärfung der Klassengegensätze spreche, so ist damit über den Zeitpunkt ihres Eintreffens nicht das mindeste gesagt. Von der Revolution als Folge des Krieges kann ich mit Bestimmtheit behaupten, sie sei ein einmaliger Akt. Von der Revolution, die aus der zunehmenden Verschärfung der Klassengegensätze hervorgeht, vermag man darüber gar nichts zu sagen. Sie kann ein sehr langwieriger Prozeß sein, eine Revolution infolge eines Krieges mag dabei selbst nur die Rolle einer Episode spielen. Ueber die Revolution als Folge eines Krieges kann nicht von vornherein mit Bestimmtheit gesagt werden, sie werde erfolgreich sein. Die revolutionäre Bewegung, die aus der Verschärfung der Klassengegensätze hervorgeht, kann dagegen nur zeitweise Niederlagen erleiden, sie muß schließlich siegen.

Andererseits aber ist die Vorbedingung der Revolution in dem ersteren Falle, der Krieg, wie wir schon gesehen haben, etwas, was einmal eintreten mag oder auch nicht. Darüber Bestimmtes sagen zu wollen, wird niemand einfallen. Die

Verschärfung der Klassengegensätze entspringt dagegen mit Notwendigkeit aus den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise. Ist also die Revolution als Folge eines Krieges nur eine unter vielen Möglichkeiten, so ist sie als Folge des Klassenkampfes eine Unvermeidlichkeit.

Man sieht, jede der beiden Arten von „Prophezeiungen" hat ihre besondere Methode, erfordert ihre besonderen Studien, und von der Eindringlichkeit dieser Studien hängt die Bedeutung der „Prophezeiungen" ab, die Leuten, die von solchen Studien keine Ahnung haben, als leere Phantastereien erscheinen.

Man würde aber sehr irren, wollte man glauben, daß wir Marxisten allein „prophezeien". Selbst bürgerliche Politiker, die auf dem Boden des Bestehenden fußen, kommen ohne weite Ausblicke in die Zukunft nicht aus. Die ganze Kraft der Kolonialpolitik zum Beispiel beruht darauf. Käme es nur auf die Kolonialpolitik von heute an, wäre es sehr leicht, mit ihr fertig zu werden. Sie ist für alle Staaten, ausgenommen England, ein miserables Geschäft. Aber sie bildet das einzige Gebiet, auf dem innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft noch große Zukunftshoffnungen wenigstens anscheinend winken. Und deswegen, wegen der glänzenden Zukunft, die unsere Kolonialschwärmer prophezeien, nicht wegen der kläglichen Gegenwart, übt die Kolonialpolitik einen so faszinierenden Reiz auf alle Gemüter aus, die nicht vom Kommen des Sozialismus überzeugt sind. Nichts irrtümlicher als die Anschauung, daß in der Politik nur Augenblicksinteressen entscheiden, daß ferne Ideale keine praktische Bedeutung haben, daß wir etwa in unserer Wahlagitation um so besser abschneiden, je „praktischer", das heißt nüchterner und kleinlicher wir uns gebärden, je mehr wir nur von Steuern und Zöllen, von Polizeischikanen und Krankenkassen und ähnlichen Dingen reden und je mehr wir unsere großen Zukunftsziele als eine verflossene Jugendliebe behandeln, an die man in seinem Herzen noch gern zurückdenkt, zu der man aber vor der Oeffentlichkeit am liebsten keine Beziehungen mehr unterhält.

3. Das Hineinwachsen in den Zukunftsstaat.

Ohne Prophezeiungen geht es in der Politik einmal nicht. Nur haben diejenigen, die da prophezeien, es werde noch lange alles beim alten bleiben, nicht die Empfindung, daß sie prophezeien.

Natürlich kann es keinen proletarischen Politiker geben, der mit den gegebenen Verhältnissen zufrieden wäre und nicht deren gründliche Umgestaltung anstrebte. Und es gibt keinen intelligenten Politiker, welcher Richtung immer, der nur ein bißchen vorurteilsfrei ist und der nicht gesteht, es wäre eine Absurdität, zu erwarten, daß die ökonomische Umwälzung der Gesellschaft in ihrem gegenwärtigen rapiden Tempo weiter geht und politisch alles noch lange so bleibt wie es ist.

Will der Politiker aber trotzdem von der politischen Revolution, das heißt, von einer energischen Verschiebung der Machtverhältnisse im Staat, nichts wissen, dann bleibt ihm nichts übrig, als nach Formen zu suchen, in denen die Gegensätze der Klassen ohne großen, entscheidenden Kampf langsam und unmerklich aufgehoben werden.

Die Liberalen träumen von der Herstellung des sozialen Friedens zwischen den Klassen, den Ausbeutern und den Ausgebeuteten, ohne daß die Ausbeutung aufgehoben wird, einfach dadurch, daß jede der Klassen sich eine gewisse Selbstbeschränkung der anderen gegenüber auferlegt und auf alle „Ausschreitungen" und „übertriebenen Forderungen" verzichtet. Es gibt Leute, die glauben, daß der Gegensatz, der zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Kapitalisten besteht, zu überwinden sei, wenn sich Arbeiter und Kapitalisten *organisiert* gegenüberstehen. Die *Tarifverträge* sollten der Anfang des sozialen Friedens sein. In Wirklichkeit wird durch die Organisation der Austrag der Gegensätze nur konzentriert. Die Kämpfe zwischen beiden Teilen werden seltener, aber gewaltiger, und sie erschüttern weit mehr die Gesellschaft, als die früheren kleinen Einzelkämpfe. Der Gegensatz der widerstreitenden Interessen selbst aber wird durch die Organisation weit schroffer, wird dank ihr immer weniger als ein *zufälliger* Gegensatz einzelner *Personen*, immer mehr als ein *notwendiger* Gegensatz ganzer *Klassen* empfunden.

Ein Sozialist kann die Illusion der Versöhnung der Klassen und des sozialen Friedens nicht teilen. Gerade daß er sie nicht teilt, das macht ihn ja zum Sozialisten. Er weiß, daß nicht eine schimärische Versöhnung, sondern nur die Aufhebung der Klassen den gesellschaftlichen Frieden herstellen kann. Hat er aber den Glauben an die Revolution verloren, dann bleibt ihm nichts übrig, als die Erwartung der friedlichen und unmerklichen Aufhebung der Klassen durch den ökonomischen Fortschritt, durch das Anwachsen und Erstarken der Arbeiterklasse, die allmählich die anderen Klassen auffaugt.

Das ist die Theorie des Hineinwachsens in die sozialistische Gesellschaft.

Diese Theorie enthält einen sehr realen Kern. Sie stützt sich auf Tatsachen der wirklichen Entwicklung, die bezeugen, daß wir in der Tat dem Sozialismus entgegenwachsen. Gerade Marx und Engels waren es, die diesen Vorgang darstellten und seine Naturgesetzlichkeit nachwiesen.

Von zwei Seiten aus wachsen wir hinein: einmal durch die Entwickelung des Kapitalismus, durch die Konzentration des Kapitals. Der Konkurrenzkampf bringt es mit sich, daß das größere Kapital, da es dem kleinen überlegen ist, dieses bedroht, bedrängt, schließlich verdrängt. Schon das, ganz abgesehen von der Profitwut, treibt jeden Kapitalisten danach, sein Kapital zu vergrößern, seine Unternehmungen zu erweitern. Immer gewaltiger werden die Betriebe, immer mehr Betriebe werden in einer Hand vereinigt. Heute sind wir bereits so weit, daß Banken und Unternehmerorganisationen den größten Teil der kapitalistischen Unternehmungen der verschiedensten Nationen beherrschen und organisieren. So wird die gesellschaftliche Organisierung der Produktion immer mehr vorbereitet.

Hand in Hand mit dieser Zentralisation der Unternehmungen geht ein Wachsen der großen Vermögen, das durch die Form der Aktiengesellschaft in keiner Weise gehindert wird. Im Gegenteil, die Aktiengesellschaft macht nicht nur die heutige Beherrschung der Produktion durch einige wenige Banken und Unternehmerorganisationen erst möglich, sie bildet auch ein Mittel, die kleinen und kleinsten Vermögen in Kapital zu verwandeln und damit dem Zentralisationsvorgang des Kapitalismus preiszugeben.

Durch das Aktienwesen werden die Ersparnisse der kleinen Leute den großen Kapitalisten zur Verfügung gestellt, die sie benützen, als wären es ihre eigenen Kapitalien und dadurch die zentralisierende Kraft ihrer eigenen großen Vermögen noch weiter steigern.

Die Person des Kapitalisten selbst wird durch das Aktienwesen völlig überflüssig für den Gang des kapitalistischen Unternehmens. Die Ausschaltung seiner Person aus dem wirtschaftlichen Leben hört auf, eine Frage der wirtschaftlichen Möglichkeit oder Zweckmäßigkeit zu sein. Sie wird eine bloße Frage der Macht.

Die Vorbereitung des Sozialismus durch die Kapitalkonzentration ist indes nur die eine Seite des Hineinwachsens in den Zukunftsstaat. Daneben geht innerhalb der Arbeiterklasse ebenfalls eine Entwickelung vor sich, die ein Wachsen in der Richtung zum Sozialismus bedeutet. Mit der Zunahme des Kapitals wächst auch die Zahl der Proletarier innerhalb der Gesellschaft. Sie werden deren zahlreichste Klasse. Und gleichzeitig wachsen ihre Organisationen. Die Arbeiter gründen Genossenschaften, die den Zwischenhandel ausschalten und eine Produktion für den Selbstbedarf einrichten; sie gründen Gewerkschaften, die den Unternehmerabsolutismus eindämmen und auf den Produktionsprozeß Einfluß gewinnen wollen; sie wählen Abgeordnete in die Vertretungen der Gemeinden und Staaten, die dort streben, Reformen durchzusetzen, Arbeiterschutzgesetze zur Annahme zu bringen, die Staats- und Gemeindebetriebe zu Musterbetrieben zu gestalten und die Zahl solcher Betriebe ständig zu vermehren.

Diese Bewegung geht ununterbrochen vor sich, wir stehen, wie unsere Reformisten sagen, schon in der sozialen Revolution, ja nach einigen schon im Sozialismus drin. Es bedarf nur einer Weiterentwickelung auf der gegebenen Grundlage, keiner Katastrophe — diese kann den Prozeß des Hineinwachsens in den Sozialismus nur stören, also weg mit allen Gedanken daran, konzentrieren wir uns auf die „positive" Arbeit.

Dieser Ausblick ist sicher sehr verlockender Art, und man müßte in der Tat teuflischer Natur sein, wünschte man einen so herrlichen „schrittweisen reformistischen Aufstieg" durch eine Katastrophe zu stören. Wäre der Wunsch der Vater unserer Gedanken, wir Marxisten müßten uns sämtlich für diese Theorie des Hineinwachsens begeistern.

Sie hat nur einen kleinen Fehler: das Wachstum, das sie beschreibt, ist nicht das Wachstum eines einzigen Elementes, sondern zweier Elemente, und zwar zweier sehr gegensätzlichen Elemente: Kapital und Arbeit. Was den „Reformisten" als das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus erscheint, ist nur das Wachstum an Kraft der beiden gegensätzlichen Klassen, die einander in unüberbrückbarer Feindschaft gegenüberstehen, bedeutet bloß, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der anfänglich nur einer zwischen einer Anzahl von Individuen war, die eine

kleine Minderheit im Staate bildeten, nun zu einem Kampfe riesenhafter festgeschlossener Organisationen anwächst, die das ganze gesellschaftliche und staatliche Leben bedingen. So bedeutet das Hineinwachsen in den Sozialismus das Hineinwachsen in große Kämpfe, die das ganze Staatswesen erschüttern, die stets gewaltiger werden müssen und nur enden können mit der Niederwerfung und Expropriierung der Kapitalistenklasse. Denn das Proletariat ist unentbehrlich für die Gesellschaft, es kann zeitweise niedergeworfen, nie aber vernichtet werden. Die Kapitalistenklasse dagegen ist überflüssig geworden, die erste große Niederlage in dem Kampfe um die Staatsmacht, die jene Klasse erleidet, muß zu ihrem völligen und dauernden Zusammenbruch führen.

Wer sich der Anerkennung dieser Konsequenzen unseres steten Hineinwachsens in den Sozialismus verschließt, muß blind sein für die Grundtatsache unserer Gesellschaft: den Klassengegensatz von Kapital und Arbeit. Das Hineinwachsen in den Sozialismus ist nur ein anderer Ausdruck für die stete Verschärfung der Klassengegensätze, für das Hineinwachsen in eine Epoche großer, entscheidender Klassenkämpfe, die wir unter dem Namen der sozialen Revolution zusammenfassen dürfen.

Das wollen die Revisionisten freilich nicht wahr haben, aber es ist ihnen bisher nicht gelungen, etwas Triftiges gegen diese Auffassung vorzubringen. Was sie dagegen einwenden, sind alles Tatsachen, die, wenn sie von Belang wären und etwas beweisen würden, nicht das „Hineinwachsen" in den Sozialismus, sondern das „Wegwachsen" der Gesellschaft vom Sozialismus hinweg dartun würden, wie die Annahme, daß das Kapital sich nicht zentralisiere, sondern dezentralisiere. Dieser logische Widerspruch ist im Wesen des Revisionismus begründet: er muß die Marxsche Theorie des Kapitalismus anerkennen, will er das Hineinwachsen in den Sozialismus beweisen. Und er muß diese Theorie verwerfen, will er die friedliche Fortentwicklung der Gesellschaft, das Mildern der Klassengegensätze, glaubhaft machen.

Dabei aber beginnt in den Köpfen der Revisionisten und ihrer Nachbarn selbst eine Ahnung davon aufzudämmern, daß die Idee des friedlichen Hineinwachsens in den Zukunftsstaat ein Häkchen hat.

Bezeichnend ist dafür ein Artikel, den Naumann im Oktoberheft der „Neuen Rundschau" (1908) und dann in der „Hilfe" über das „Schicksal des Marxismus" veröffentlicht. Es ist eine recht krause Darstellung dieses Schicksals, die uns da der ehemalige Führer der Nationalsozialen gibt. Er vermeint, die Konzentration des Kapitals, die Bildung der Unternehmer-

verbände, sei etwas, was uns Marxisten überrasche und in Verlegenheit setze, was wir nicht erwartet hätten. Und andererseits behauptet er, erst die revisionistischen Gewerkschafter hätten gegenüber den Marxisten die Bedeutung des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der gewerkschaftlichen Organisation zur Geltung gebracht. Der gute Mann hat keine Ahnung davon, daß Marx es war, der zuerst auf dem europäischen Festland diese beiden Erscheinungen propagierte, und daß er ihre Bedeutung ebenso wie die der Unternehmerverbände weit früher erkannte als die anderen Sozialisten.

Aber die Unwissenheit darüber ist man bei diesen Herren gewohnt, davon brauchte man nicht mehr Notiz zu nehmen. Bemerkenswert dagegen ist es, daß Naumann in seinem Artikel die Uebermacht des konzentrierten Kapitals entdeckt, so daß nach ihm die ökonomische Entwickelung nicht in den Sozialismus hineinführt, sondern zu „einem neuen Feudalismus mit unerhört starken wirtschaftlichen Mitteln". Gegen die Unternehmerverbände, sagt er, kommen Genossenschaften und Gewerkschaften nicht auf.

„Die Führung der Industrie liegt für absehbare Zeiten dort, wo Syndikate und Banken miteinander arbeiten. Dort sind Herrschaften erwachsen, die durch keine soziale Revolution aus dem Sattel gehoben werden können, solange nicht schreckliche Zeiten der Arbeitslosigkeit und des Hungers einen Massengroll verursachen, der dann einfach blind alles über den Haufen wirft, ohne etwas Besseres bauen zu können. Der Gedanke der sozialen Revolution ist sachlich zu Ende. Das alles ist sehr peinlich für alle Sozialisten alten Schlages, auch für uns soziale Ideologen, die wir einen schnelleren Gang der Arbeitererfolge erhofft haben, aber es nutzt nichts, wenn wir uns selbst etwas vormachen wollen, die nächste Periode gehört den Industrieverbänden."

Das sieht gerade nicht nach einem Hineinwachsen in den Sozialismus, am allerwenigsten aber nach einem friedlichen Hineinwachsen aus. Naumann weiß selbst kein anderes Mittel zur Niederwerfung des neuen Feudalismus anzugeben als einen „Massengroll", der alles „über den Haufen wirft", also eine Revolution — aber da vollführt er plötzlich einen logischen Purzelbaum. Zuerst gesteht er zu, daß die Unternehmerverbände nur noch durch eine Revolution aus dem Sattel gehoben werden können. Dann aber beseitigt er den Gedanken an eine derartige Revolution durch die einfache Behauptung, sie müsse eine Hungerrevolte sein, die „einfach alles blind über den Haufen wirft, ohne Besseres schaffen zu können". Warum das so sein muß, warum die Revolution von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt ist, bleibt Naumanns Geheimnis.

Nachdem er aber die Idee der Revolution ohne jede Begründung durch einen Federstrich totgeschlagen hat, verfällt er keineswegs völliger Hoffnungslosigkeit, sondern richtet sich auf voll fröhlichen Glaubens. Denn er entdeckt, daß die Unternehmerverbände unwiderstehlich sind nur für Marxisten, die die ökonomische Notwendigkeit anerkennen und den freien Willen leugnen. Wir brauchen diesen Willen bloß anzuerkennen, dann werden wir auch mit den Unternehmerverbänden fertig, dann verlieren die „unerhört starken Mittel" des „neuen Feudalismus" ihre Unwiderstehlichkeit.

Was die Empörung der Masse nicht vermag, das soll die Anerkennung des freien Willens des einzelnen leisten, die „Persönlichkeit". Der Hinweis darauf, das ist „praktische" „Realpolitik".

Naumann erzählt uns:

„Marx wollte von dem Appell an den freien Willen nicht viel wissen, weil er alles als naturnotwendiges Geschehen beurteilte. So wenigstens klingt es in seiner Theorie. Als Einzelmensch freilich war er eine Persönlichkeit von Willenskraft und ein Wecker von Energien. Heute vollzieht sich nun innerhalb der denkenden Sozialdemokratie eine gewisse Rückwanderung von der Naturlehre zur Willenslehre und damit zur Grundlehre aller liberalen Bewegungen. Eduard Bernstein hat am deutlichsten davon geredet, daß man wieder zu Kants Füßen sitzen müsse. Auch in den anarchistischen oder halbanarchistischen Nebenbewegungen der Sozialdemokratie findet sich derselbe Zug vom Glauben an ein blind waltendes Naturgeschick im Wirtschaftsleben hinweg zu der Einsicht, daß der Wille die Dinge so oder anders gestaltet. Diese Rückkehr zur Willenslehre ist Folge der Tatsache der Festigung der neuen Industrieherrschaft. Man merkt, daß sie nicht von selbst stürzt, sondern daß ihr Konzessionen durch Willensakte abgerungen werden müssen."

Der „Man", der das jetzt erst merkt, sind die Verehrer des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus. Wir Marxisten bedürfen wirklich nicht dieser Erkenntnis. Den Revisionisten sowie ihren anarchistischen und nationalsozialen Ausläufern ist das dagegen eine enorme Entdeckung. Aber sie sind Bienen, die aus jeder Blume Honig zu saugen verstehen, und so erblicken sie auch in dieser Entdeckung eine Widerlegung der Marxschen Anschauungen — ebenso wie ihre liberalen, nationalsozialen, anarchistischen und halbanarchistischen Brüder im Geiste. Sie alle klagen Marx an, daß er nur eine „blind waltende" „automatische" ökonomische Entwickelung kannte und vom menschlichen Willen nichts wußte. Und gerade diesen Willen zu erzeugen, das sei unsere Hauptaufgabe.

So lehrt nicht bloß Naumann, sondern auch Friedeberg, so lehren jene Elemente, die innerhalb der Sozialdemokratie zwischen Naumann und Friedeberg hin und her pendeln, wie Eisner und Maurenbrecher, so lehren auch die Theoretiker des Revisionismus, wie Tugan-Baranowsky:

„Der Verfasser des „Kapital" überschätzte die Bedeutung der elementaren Seite des geschichtlichen Prozesses und begriff nicht die schöpferische Riesenrolle der lebendigen menschlichen Persönlichkeit in diesem Prozeß" („Der moderne Sozialismus", S. 91).

Alles das beweist deutlich, daß die Theorie des friedlichen „Hineinwachsens" in den Sozialismus ein großes Loch hat, das durch die schöpferische Riesenrolle der lebendigen menschlichen Persönlichkeit und ihren freien Willen zuzustopfen ist. Aber dieser freie Wille, der das Hineinwachsen ergänzen soll, bedeutet in Wirklichkeit dessen Aufhebung. Wenn Naumann recht hat, daß der Wille frei ist und „die Dinge so oder anders gestaltet", dann kann er auch die Richtung der ökonomischen Entwicklung „so oder anders gestalten", dann ist schlechterdings nicht einzusehen, welche Gewähr wir dafür haben, daß wir gerade in den Sozialismus hineinwachsen. Dann ist es überhaupt unmöglich, irgendeine Entwicklungsrichtung der Gesellschaft zu erkennen, dann ist keine wissenschaftliche Erkenntnis der Gesellschaft möglich.

4. Die ökonomische Entwickelung und der Wille.

Die Revisionisten werden den obigen Ausführungen entgegenhalten, daß ein noch viel größerer Widerspruch bei Marx selbst zutage trete, der als Denker keinen freien Willen anerkenne, alles von der notwendigen ökonomischen Entwickelung erwarte, die automatisch vor sich gehe, als revolutionärer Kämpfer aber stets in stärkster Weise Willen entwickelt und an das Wollen des Proletariats appelliert habe. Das sei ein unüberbrückbarer Widerspruch in der Theorie und der Praxis bei Karl Marx, verkünden uns Revisionisten, Anarchisten und Liberale in engster Gemeinschaft.

In Wirklichkeit ist bei Marx ein derartiger Widerspruch nicht zu finden. Er ist ein Produkt der Konfusion seiner Kritiker — einer unheilbaren Konfusion, da sie immer wiederkehrt. Sie beruht einmal auf der Gleichsetzung von Willen mit freiem Willen. Marx hat nie die Bedeutung des Willens und die „Riesenrolle der menschlichen Persönlichkeit" für die Gesellschaft verkannt, er hat nur die Freiheit des Willens geleugnet, was etwas ganz anderes ist. Das ist schon oft genug dargelegt worden, als daß es hier noch einmal auseinanderzusetzen wäre.

Dann aber beruht diese Konfussion auf einer ganz merkwürdigen Vorstellung von dem, was Oekonomie und ökonomische Entwickelung ist. Alle diese gelehrten Herren vermeinen, weil sie sich nach bestimmten Gesetzen vollziehe, gehe sie automatisch, selbsttätig, ohne wollende menschliche Persönlichkeiten vor sich, so daß das menschliche Wollen neben der Oekonomie und über der Oekonomie als ein besonderes Element auftritt, welches diese ergänzt und bewirkt, daß sich die von der Oekonomie bedingten Dinge „so oder anders gestalten". Diese Anschauung ist nur möglich in Gehirnen, die die Oekonomie ganz scholastisch auffassen, die ihre Begriffe aus Büchern übernommen haben und damit rein gedanklich weiter hantieren, ohne die geringste lebendige Anschauung des wirklichen ökonomischen Prozesses gewonnen zu haben. Darin sind ihnen die Proletarier jedenfalls über, und darum sind sie, trotz Maurenbrecher und Eisner, besser veranlagt, diesen Prozeß und seine historische Rolle zu begreifen, als die bürgerlichen Theoretiker, denen die ökonomische Praxis fremd ist, aber auch als die bürgerlichen Praktiker, denen jedes theo-

retische Interesse fremd bleibt, jedes Bedürfnis, von der Oekonomie mehr zu begreifen, als für erfolgreiche Profitmacherei erforderlich ist.

Die ganze ökonomische Theorie wird zu leerer Begriffsspielerei für jeden, der nicht von der Erkenntnis ausgeht, daß die Triebkraft jedes ökonomischen Vorganges der menschliche Wille ist. Allerdings nicht ein freier Wille, nicht ein Wollen an sich, sondern ein bestimmtes Wollen. Es ist in letzter Linie der Wille zu leben, der aller Oekonomie zugrunde liegt, ja der schon mit dem Leben der mit Eigenbewegung und Erkenntnisvermögen begabten Organismen ersteht. Jede Form des Wollens ist in letzter Linie auf den Willen zu leben zurückzuführen.

Welche besonderen Formen dieser Lebenswille des Organismus in jedem einzelnen Falle annimmt, das hängt ab von den besonderen Bedingungen seines Lebens — das Wort Bedingungen im weitesten Sinne genommen, wo es auch die Gefährdungen und Hemmnisse des Lebens, nicht bloß die Mittel seiner Erhaltung umschließt. Die Lebensbedingungen bestimmen die Art seines Wollens, die Formen seines Handelns und dessen Erfolg.

Diese Erkenntnis bildet den Ausgangspunkt der materialistischen Geschichtsauffassung. Aber freilich, so einfach die Verhältnisse, die auf diese Weise zu erklären sind, bei den einfacheren Organismen liegen, so viele Zwischenglieder schieben sich zwischen den bloßen Willen zu leben und die mannigfachen Formen ein, die das Wollen des Organismus auf höheren Stufen einnehmen kann.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, das hier ausführlicher darzutun. Aber einige Hinweise mögen mir gestattet sein.

Die Lebensbedingungen eines Organismus sind zweifacher Art: einmal solche, die immer wiederkehren, sich im Laufe vieler Generationen nicht ändern. Ein diesen Bedingungen angepaßtes zweckmäßiges Wollen wird hier zur Gewohnheit, die sich vererbt und durch natürliche Auslese verstärkt; es wird zum Instinkt, zum Triebe, dem das Individuum schließlich unter allen Umständen folgt, auch unter außergewöhnlichen Bedingungen, unter denen die Befolgung des Triebes nicht das Leben fördert und erhält, sondern es schädigt, vielleicht sogar den Tod herbeiführt. Trotzdem ist der Urgrund dieses Wollens stets der Wille zu leben.

Neben den Lebensbedingungen, die sich immer wieder in gleicher Weise folgen, gibt es aber auch solche, die nur selten oder in wechselnder Weise eintreten. Hier versagt der Instinkt, hier hängt die Erhaltung des Lebens im wesentlichen vom Er-

kenntnisvermögen des Organismus ab, der es vermag, die gegebene Situation zu erkennen und sein Verhalten ihr anzupassen. Je mehr eine Tierart in rasch wechselnden Lebensbedingungen lebt, desto mehr wird sie ihre Intelligenz entwickeln, teils dadurch, daß die Organe der Intelligenz stärker in Anspruch genommen, teils dadurch, daß die Individuen mit schwächerer Intelligenz eher ausgemerzt werden.

Endlich beim Menschen wird die Intelligenz so groß, daß er imstande ist, sich künstliche Organe zu schaffen, Waffen und Werkzeuge, um sich unter den gegebenen Lebensbedingungen besser behaupten zu können. Aber er schafft damit gleichzeitig für sich selbst auch neue Lebensbedingungen, denen er sich anzupassen hat. So wird die Entwickelung der Technik, ein Ergebnis hoher Intelligenz, ihrerseits selbst ein Antrieb zur Fortentwickelung der Intelligenz.

Auch die Entwickelung der Technik ist ein Ergebnis des Willens zu leben, aber sie zieht eine bedeutsame Modifikation desselben nach sich. Das Tier will leben, wie es bisher gelebt hat. Mehr verlangt es nicht. Die Erfindung einer neuen Waffe oder eines neuen Werkzeugs bringt die Möglichkeit mit sich, besser zu leben als bisher, reichlichere Nahrung, mehr Muße, mehr Sicherheit zu erlangen, oder endlich neue Bedürfnisse zu befriedigen, die man bis dahin nicht kannte. Je mehr die Technik sich entwickelt, desto mehr wird der Wille zu leben zum Willen, besser zu leben.

Dieser Wille kennzeichnet den Kulturmenschen.

Die Technik wandelt aber nicht nur das Verhältnis des Menschen zur Natur, sondern auch das zwischen Mensch und Mensch.

Der Mensch gehört zu den sozialen Tieren, jenen, deren Lebensbedingungen ihnen nicht gestatten, isoliert, sondern nur in Gesellschaften vereint zu leben. Der Wille zu leben nimmt hier die Form des Willens an, mit den Mitgliedern der Gesellschaft und für sie zu leben. Die Entwickelung der Technik wandelt, wie die übrigen Lebensbedingungen, so auch die Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens. Vor allem dadurch, daß sie dem Menschen Organe verleiht, die von seinem Körper getrennt sind. Die natürlichen Werkzeuge und Waffen, Nägel, Zähne, Hörner und dergleichen, sind allen Individuen der gleichen Art (bei gleichem Geschlecht und Alter) in gleicher Weise eigen. Die künstlichen Werkzeuge und Waffen können dagegen von einzelnen Menschen allein besessen und anderen vorenthalten werden. Diejenigen, die über solche Werkzeuge und Waffen allein verfügen, leben unter anderen Lebensbedingungen als jene, die sie entbehren. So bilden sich verschiedene Klassen,

bei deren jeder der gleiche Wille zu leben andere Formen annimmt.

Ein Kapitalist zum Beispiel kann unter den Bedingungen, unter denen er lebt, nicht existieren, wenn er nicht Profite erzielt. Sein Wille zu leben treibt ihn, Profite zu erwerben, und sein Wille, besser zu leben, nach Vermehrung der Profite zu streben. Schon das drängt ihn, sein Kapital zu vermehren; aber in gleicher Richtung und noch stärker wirkt der Konkurrenzkampf, der ihn mit dem Untergang bedroht, wenn er nicht imstande ist, sein Kapital beständig zu vergrößern. Die Konzentration der Kapitalien ist nicht ein automatischer Prozeß, der sich ohne den Willen und das Bewußtsein der Beteiligten abspielt. Er wäre gar nicht möglich ohne den sehr energischen Willen der Kapitalisten, reich zu werden und ihre schwächeren Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Was außerhalb ihres Willens und ihres Bewußtseins liegt, ist bloß die Tatsache, daß die Resultate dieses ihres Wollens und Strebens die Bedingungen sozialistischer Produktion schaffen. Das wollen die Kapitalisten sicher nicht. Aber damit ist nicht gesagt, daß im ökonomischen Prozeß das Wollen der Menschen und die „Riesenrolle der schöpferischen Persönlichkeit“ ausgeschaltet seien.

Derselbe Wille zu leben, der die Kapitalisten beseelt, wirkt auch in den Arbeitern. Aber entsprechend ihren verschiedenen Lebensbedingungen nimmt er bei ihnen andere Formen an. Nicht nach Profiten streben sie, sondern nach dem Verkauf ihrer Arbeitskraft, nach hohen Preisen für die Arbeitskraft und niederen Preisen für die Lebensmittel; daraus entspringen ihre Gründungen von Genossenschaften und Gewerkschaften, ihr Streben nach Arbeiterschutzgesetzen, daraus endlich die zweite Tendenz, neben der nach Kapitalkonzentration, die als Hineinwachsen in den Sozialismus bezeichnet wird. Auch hier bedeutet dies nicht jenen willenlosen, unbewußten Vorgang, den man gewöhnlich unter dem Worte „Hineinwachsen“ versteht.

Endlich kommt für den gesellschaftlichen Prozeß noch eine andere Seite des Willens zu leben in Betracht. Unter bestimmten Bedingungen kann der Wille eines Individuums oder einer Gesellschaft zu leben nur betätigt werden durch Ueberwindung des Lebenswillens anderer Individuen. Das Raubtier kann nur leben durch Vernichtung anderer Tiere. Oft fordert sein Wille zum Leben aber auch die Verdrängung von Artgenossen, die ihm die Beute streitig machen oder das Futtern schmälern. Dies erfordert nicht die Vernichtung der anderen, wohl aber die Beugung ihres Willens durch Ueberlegenheit von Muskel- oder Nervenkraft.

Auch beim Menschen kommt es zu solchen Streitigkeiten, weniger zwischen Individuen als zwischen Gesellschaften, um die Mittel der Lebensgewinnung, von Jagdgründen und Fischplätzen an bis zu Märkten und Kolonien. Solche Streitigkeiten enden stets entweder mit der Vernichtung des einen Teiles oder, und häufiger, mit einer Brechung oder Beugung seines Willens. Diese ist jedesmal nur ein vorübergehender Vorgang. Aber der Mensch entwickelt daneben eine dauernde Beugung des Willens anderer, indem er dauernde Ausbeutungsverhältnisse entwickelt.

Die Klassengegensätze sind Gegensätze des Wollens. Der Wille zu leben der Kapitalisten findet Bedingungen vor, welche diese treiben, den Willen der Arbeiter zu beugen und sich dienstbar zu machen. Ohne diese Beugung des Willens gäbe es keine kapitalistischen Profite, könnten keine Kapitalisten existieren. Der Wille der Arbeiter zu leben treibt diese aber hinwiederum, gegen den Willen der Kapitalisten zu rebellieren. Daher der Klassenkampf.

So sehen wir den Willen als die Triebkraft des ganzen ökonomischen Prozesses. Er bildet seinen Ausgangspunkt, er durchdringt jede seiner Aeußerungen. Es gibt nichts Absurderes, als im Willen und der Oekonomie zwei Faktoren zu sehen, die voneinander unabhängig sind. Es steckt dahinter die fetischistische Auffassung, die die Oekonomie, das heißt die Formen des gesellschaftlichen Zusammenarbeitens und Gegeneinanderarbeitens der Menschen, verwechselt mit den stofflichen Gegenständen dieses Arbeitens, den Rohstoffen und Werkzeugen, und sich einbildet, wie der Mensch Rohstoffe und Werkzeuge benutzt, um nach seinem Gutdünken bestimmte Gegenstände zu formen, so benutze „die schöpferische Persönlichkeit“ mit freiem Willen die Oekonomie, um daraus nach ihren Bedürfnissen bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse „so oder anders“ zu bilden. Weil der Arbeiter außerhalb der Rohstoffe und Werkzeuge steht, über ihnen steht, sie beherrscht, glaubt der ökonomische Fetischist, der Mensch stehe außerhalb der Oekonomie, er stehe über ihr und beherrsche sie nach freiem Willen. Und weil Rohstoffe und Werkzeuge keinen Willen und kein Bewußtsein haben, glaubt er, in der Oekonomie gehe alles ohne Willen und Bewußtsein automatisch zu.

Es gibt kein lächerlicheres Mißverständnis als dieses.

Die ökonomische Notwendigkeit bedeutet nicht Willenlosigkeit. Sie entspringt der Notwendigkeit lebender Wesen, leben zu wollen, und der Unvermeidlichkeit, dazu die Lebensbedingungen zu benutzen, die sie vorfinden. Sie ist die Notwendigkeit bestimmten Wollens.

Nichts verkehrter also als die Anschauung, die Erkenntnis der ökonomischen Notwendigkeit bedeute eine Schwächung des Wollens; dieses müsse in den Arbeitern erst geweckt werden, und zwar — durch Biographien von Generalen und anderen willenskräftigen Männern und durch Vorträge über Willensfreiheit. Wenn man den Leuten einredet, daß etwas besteht, dann soll es auch schon bestehen und von ihnen besessen werden. Wer an den freien Willen glaubt, soll dadurch schon Willen erwerben, und zwar freien! Man sehe sich nur einmal unsere Professoren und sonstigen bürgerlichen Intellektuellen an, die durch die Schule Kants einerseits und der Verehrung willenskräftiger Hohenzollern andererseits gegangen sind, welche Fülle unbeugsamsten Willens sie dadurch erworben haben!

Wenn nicht der Urgrund aller ökonomischen Notwendigkeit, der Wille zu leben, in den Arbeitern aufs kraftvollste wirkte, wenn dieser Wille in ihnen erst künstlich geweckt werden müßte, dann wäre all unser Streben vergeblich.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß das Wollen der Menschen ohne Zusammenhang sei mit ihrem Bewußtsein und durch dieses nicht bestimmt werde. Die Energie des Willens zu leben hängt freilich nicht von unserem Bewußtsein ab, wohl aber bestimmt dieses die Formen, die jener Wille in gegebenen Fällen annimmt, und die Energie, die er einzelnen solcher Formen zuwendet. Wir haben ja gesehen, daß neben dem Instinkt das Bewußtsein den Willen lenkt und daß dessen Formen davon abhängen, in welcher Weise und welchem Grade das Bewußtsein die Lebensbedingungen erkennt. Da das Erkenntnisvermögen bei verschiedenen Individuen verschieden ist, kann auch ihr gleiches Wollen zu leben auf die gleichen Lebensbedingungen verschieden reagieren, und diese Verschiedenheit ist es, die den Schein der Willensfreiheit erweckt, als hänge die Art des Wollens des Individuums nicht von seinen Lebensbedingungen, sondern von seinem Willen ab.

Nicht durch erbauliche Legenden und Spekulationen über die Willensfreiheit, sondern nur durch Erweiterung der Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse können die Formen des Wollens des Proletariats und die Energie, die es auf einzelne darunter aufwendet, in seinem Interesse beeinflußt werden.

Der Wille zu leben ist die Tatsache, von der wir ausgehen müssen, die wir als gegeben vorauszusetzen haben. Die Formen, die er annimmt, und die Intensität, mit der er sich äußert, hängen dann bei einzelnen Individuen, Klassen, Nationen usw. von ihrer Erkenntnis der gegebenen Lebensbedingungen ab, die dort, wo sie bei zwei Klassen

einen gegensätzlichen Willen erzeugen, auch Kampfesbedingungen sind.

Nur mit den letzteren haben wir es hier zu tun.

Der Wille als Kampflust wird bestimmt 1. durch den Kampfpreis, der den Kämpfenden winkt; 2. durch ihr Kraftgefühl; 3. durch ihre wirkliche Kraft.

Je höher der Kampfpreis, desto stärker der Wille, desto mehr wagt man, desto energischer bietet man alle seine Kräfte auf, den Preis zu erlangen. Aber das gilt nur dann, wenn man überzeugt ist, daß man über die Kräfte und Fähigkeiten verfügt, die zur Erringung des Preises erforderlich sind. Hat man nicht das nötige Vertrauen zu sich selbst, dann mag das Kampfziel noch so verlockend sein, es entfesselt kein Wollen, sondern nur ein Wünschen, eine Sehnsucht, die sehr heiß sein mag, aber keine Tat gebiert und praktisch völlig zwecklos ist.

Das Kraftgefühl wieder ist schlimmer als nutzlos, wenn es nicht auf wirklicher Erkenntnis der eigenen Kräfte wie jener des Gegners, sondern auf bloßen Illusionen beruht. Kraft ohne Kraftgefühl bleibt tot, erzeugt kein Wollen. Kraftgefühl ohne Kraft kann unter Umständen zu Taten führen, die den Gegner überraschen und einschüchtern, seinen Willen beugen oder lähmen. Aber dauernde Erfolge sind ohne wirkliche Kraft nicht zu erringen. Unternehmungen, die nicht durch wirkliche Kraft, sondern nur durch Täuschung des Gegners über die eigene Kraft gewonnen wurden, müssen früher oder später stets scheitern und um so größere Entmutigung nach sich ziehen, je glänzender die ersten Erfolge gewesen.

Wenden wir das Gesagte auf den Klassenkampf des Proletariats an, so ist es klar, welches die Aufgaben derjenigen sind, die ihn mitkämpfen und fördern wollen, und wie die Sozialdemokratie auf ihn wirkt. Unsere erste und wichtigste Aufgabe ist die Vermehrung der Kraft des Proletariats. Diese können wir natürlich nicht nach Belieben vergrößern. Die Kräfte des Proletariats sind in einem bestimmten Zustand der kapitalistischen Gesellschaft durch deren ökonomische Verhältnisse bestimmt und lassen sich nicht willkürlich vermehren. Aber man kann die Wirkung der vorhandenen Kräfte dadurch steigern, daß man ihrer Verschwendung entgegenwirkt. Die bewußtlosen Prozesse in der Natur bedeuten eine unendliche Verschwendung von Kräften, wenn wir sie vom Standpunkt unserer Zwecke aus betrachten. Die Natur hat eben keinen Zweck, dem sie dient. Das bewußte Wollen des Menschen setzt ihm Zwecke, zeigt ihm aber auch die Wege, jene Zwecke ohne Verschwendung von Kräften, mit dem geringsten Kraftaufwand zweckmäßig zu erreichen.

Dies gilt auch für den Klassenkampf des Proletariats. Wohl geht er schon von Anfang an nicht ohne das Bewußtsein der Beteiligten vor sich; aber ihr bewußtes Wollen dabei umfaßt nur ihre nächsten persönlichen Bedürfnisse. Die gesellschaftlichen Umgestaltungen, die daraus hervorgehen, bleiben den Kämpfern zunächst verborgen. Als gesellschaftlicher Vorgang ist daher der Klassenkampf lange ein unbewußter Vorgang und als solcher mit all der Kraftverschwendung behaftet, die allen unbewußten Vorgängen innewohnt. Nur die Erkenntnis des gesellschaftlichen Prozesses, seiner Tendenzen und Ziele vermag dieser Verschwendung ein Ende zu machen, die Kräfte des Proletariats zu konzentrieren, sie in großen Organisationen zusammenzufassen, die durch große Ziele vereinigt werden und planmäßig persönliche und Augenblicksaktionen den dauernden Klasseninteressen unterordnen, die ihrerseits wieder in den Dienst der gesamten gesellschaftlichen Entwickelung gestellt sind.

Mit anderen Worten, die Theorie ist der Faktor, der die mögliche Kraftentfaltung des Proletariats aufs höchste steigert, indem er dessen durch die ökonomische Entwicklung gegebenen Kräfte aufs zweckmäßigste gebrauchen lehrt und ihrer Verschwendung entgegenwirkt.

Die Theorie steigert aber nicht bloß die wirksame Kraft des Proletariats, sondern auch dessen Kraftbewußtsein. Und das ist nicht minder notwendig.

Wir haben gesehen, daß der Wille nicht bloß durch das Bewußtsein, sondern auch durch Gewohnheiten und Instinkte bestimmt wird. Verhältnisse, die sich immer wiederholen, durch Jahrzehnte, ja durch Jahrhunderte hindurch, erzeugen Gewohnheiten und Instinkte, die noch nachwirken, wenn ihre materiellen Grundlagen schon verschwunden sind. Eine Klasse kann schon längst schwach geworden sein, die ehedem durch ihre überlegene Kraft herrschte, und eine von ihr ausgebeutete Klasse stark, die früher schwach war und daher einer ausbeutenden Klasse erlag. Aber das überkommene Kraftbewußtsein auf beiden Seiten wirkt noch lange nach, bis einmal eine Kraftprobe kommt, zum Beispiel ein Krieg, der die ganze Schwäche der herrschenden Klasse offenbart. Nun wird sich die beherrschte plötzlich ihrer Kraft bewußt, es kommt zur Revolution, zu einem plötzlichen Zusammenbruch.

So wirken auch im Proletariat das Gefühl seiner ursprünglichen Schwäche und der Glaube an die Unbesiegbarkeit des Kapitals lange nach.

Die kapitalistische Produktionsweise erstand in einer Zeit, in der massenhaft Proletarier hilflos auf der Straße lagen, als parasitische, für die Gesellschaft überflüssige Existenzen.

Der Kapitalist, der sie in seine Dienste nahm, ward ihr Retter, ihr „Brotgeber“ oder „Arbeitgeber“, wie man heute sagt, was auch nicht viel schöner klingt. Ihr Wille zu leben trieb sie, sich zu verkaufen. Eine andere Möglichkeit außer dieser, um zu existieren, sahen sie nicht, und ebensowenig eine Möglichkeit, dem Kapitalisten Widerstand zu leisten. Aber allmählich wandelte sich das Verhältnis. Die Proletarier werden aus lästigen Bettlern, die man aus Mitleid beschäftigt, zu der Arbeiterklasse, von der die Gesellschaft lebt, die Persönlichkeit des Kapitalisten dagegen wird immer überflüssiger für den Fortgang der Produktion, was die Aktiengesellschaften und Trusts sinnenfällig dartun. Aus einer ökonomischen Notwendigkeit wandelt sich das Lohnverhältnis immer mehr in ein bloßes Machtverhältnis, durch die Macht des Staates aufrechterhalten. Aber das Proletariat wird zur zahlreichsten Klasse im Staate und auch im Heere, auf dem die Staatsgewalt beruht. In einem industriell hochentwickelten Staate, wie Deutschland oder England, besäße es wohl heute schon die Kraft, die Staatsgewalt zu erobern, und fände es heute schon die ökonomischen Bedingungen, die Staatsgewalt zur Verdrängung kapitalistischer Betriebe durch gesellschaftliche zu benutzen.

Aber was dem Proletariat fehlt, ist das Bewußtsein seiner Kraft. Nur einzelne Schichten besitzen es, der Gesamtheit fehlt es. Was die Sozialdemokratie vermag, tut sie, es ihr beizubringen. Auch hier wieder durch theoretische Aufklärung, aber nicht durch diese allein. Wirksamer für die Gestaltung des Kraftbewußtseins als alle Theorie ist stets die Tat. Ihre Erfolge im Kampf gegen den Gegner sind es, wodurch die Sozialdemokratie dem Proletariat seine Kraft am deutlichsten demonstriert und dadurch sein Kraftgefühl am wirksamsten hebt. Erfolge, die sie aber auch wieder dem Umstand verdankt, daß sie von einer Theorie geleitet wird, die es dem bewußten, organisierten Teile des Proletariats ermöglicht, in jedem Moment das Maximum seiner gegebenen Kräfte aufzuwenden.

Die gewerkschaftliche Tätigkeit wurde außerhalb der angelsächsischen Welt von Anfang an durch sozialdemokratische Erkenntnis veranlaßt und befruchtet.

Neben deren Erfolgen sind es die erfolgreichen Kämpfe um die Parlamente und in den Parlamenten, die das Kraftgefühl und die Kraft des Proletariats mächtig gehoben haben. Nicht bloß durch die materiellen Vorteile, die dabei für einzelne Proletarierschichten abfielen, sondern vor allem dadurch, daß die besitzlosen, bisher eingeschüchterten und hoffnungslosen Volksmassen hier eine Kraft auftreten sahen, die kühn mit allen herrschenden Mächten den Kampf aufnahm, Sieg

auf Sieg erfocht und dabei nichts anderes war als eine Organisation dieser Besitzlosen selbst.

Darin beruht die große Bedeutung der Maifeier, darin die der Wahlkämpfe sowie die der Wahlrechtskämpfe. Nicht immer bringen sie erhebliche materielle Vorteile für das Proletariat, oft stehen diese in keinem Verhältnis zu den Opfern des Kampfes, und doch bedeuten sie, wo sie siegreich enden, stets ein gewaltiges Anwachsen der wirkenden Kräfte des Proletariats, weil sie sein Kraftgefühl und damit die Energie seines Wollens im Klassenkampf mächtig anstacheln.

Nicht fürchten aber unsere Gegner mehr als das Wachstum dieses Kraftgefühls. Sie wissen, daß ihnen der Riese ungefährlich bleibt, solange er sich seiner Kraft nicht bewußt wird. Sein Kraftgefühl niederzuhalten, das ist ihre größte Sorge, selbst materielle Konzessionen sind ihnen weniger verhaßt als moralische Siege der Arbeiterschaft, die deren Selbstgefühl heben. Darum kämpfen sie oft viel energischer um die Autokratie in der Fabrik, die Macht des „Herrn im eigenen Hause", als gegen Lohnerhöhungen, darum ihre verbissene Feindschaft gegen die Begehung der Maifeier durch Arbeitsruhe, deswegen ihr Streben, das allgemeine und gleiche Wahlrecht überall dort abzuwürgen, wo es ein Mittel geworden ist, das siegreiche, unaufhaltsame Vorrücken der Sozialdemokratie der Bevölkerung augenfällig zu demonstrieren. Nicht die Furcht vor einer sozialdemokratischen Mehrheit treibt zu solchem Streben — da könnte man noch manche Wahl ruhig abwarten. Nein, die Furcht, die stetigen Wahlsiege der Sozialdemokratie müßten dem Proletariat ein solches Kraftgefühl verleihen und seine Gegner so einschüchtern, daß es unwiderstehlich würde, die staatlichen Machtmittel versagten, die Machtverhältnisse im Staate sich völlig wandelten.

Deswegen müssen wir darauf gefaßt sein, daß unser nächster großer Wahlsieg uns eine Attacke auf das bestehende Reichstagswahlrecht bringt — womit ich keineswegs sage, daß diese Attacke gelingen wird. Sie kann vielmehr Kämpfe entfesseln, die den bestehenden Mächten schließlich noch schwerere und gefährlichere Niederlagen bereiten als unsere Wahlsiege.

Wohl hat unsere Partei nicht bloß Siege zu verzeichnen, sondern auch Niederlagen. Aber diese werden um so weniger entmutigend wirken, je mehr wir uns daran gewöhnen, unseren Blick über die lokale und augenblickliche Beschränktheit zu erheben, unsere Bewegung in ihrem Gesamtzusammenhang seit zwei Menschenaltern bei allen Nationen zu verfolgen. Das unaufhaltsame und rapide Fortschreiten des Gesamtproletariats trotz einzelner sehr schwerer Niederlagen wird

dann so offenkundig, daß nichts unsere Siegeszuversicht lähmen kann.

Je mehr wir aber versuchen, unsere Einzelkämpfe in ihrem Zusammenhang mit der gesamten gesellschaftlichen Entwickelung zu betrachten, um so klarer und gewaltiger ersteht vor uns das Endziel all unseres Strebens, die Befreiung der Arbeiterklasse und damit der Menschheit von jeglicher Klassenherrschaft, um so mehr wird unsere Kleinarbeit geadelt, die ununterbrochen und notwendigerweise der Wille zu leben dem Proletariat aufdrängt, um so mehr wird durch die Größe des Kampfpreises sein Wille aufs höchste angespannt zu revolutionärer Leidenschaft, die nicht die sinnlose Aufregung der Ueberraschung, sondern das Produkt klarer Erkenntnis ist.

Das ist die Weise, wie die Sozialdemokratie bisher auf das Wollen des Proletariats eingewirkt hat, und sie hat damit so glänzende Ergebnisse erzielt, daß für sie nicht der mindeste Grund besteht, ihre Methode für eine andere einzutauschen.

5. Weder Revolution noch Gesetzlichkeit um jeden Preis.

Auf der einen Seite wird uns Marxisten vorgeworfen, daß wir den Willen aus der Politik ausschalten, diese zu einem automatischen Vorgang gestalten. Auf der anderen Seite aber behaupten dieselben Kritiker das gerade Gegenteil, daß unser Wollen uns höher steht, als die Erkenntnis der Wirklichkeit. Diese müsse uns die Unmöglichkeit jeglicher Revolution lehren, wir aber hielten aus bloßem gefühlsmäßigem Fanatismus an der Idee der Revolution fest und berauschten uns daran. Wir strebten die politische Revolution um jeden Preis, um ihrer selbst willen, an, auch wenn wir auf den gegebenen gesetzlichen Grundlagen eher vorwärts kämen.

Unter anderem versucht man, mich in Gegensatz zu Friedrich Engels zu bringen, der, wie man sagt, wohl ehedem ebenfalls sehr revolutionär empfand, aber kurz vor seinem Tode vernünftig wurde, die Unhaltbarkeit seines revolutionären Standpunktes erkannte und auch anerkannte.

Nun ist es richtig, daß Engels 1895 in seiner bekannten Vorrede zu den Marxschen „Klassenkämpfen in Frankreich" darauf hinwies, wie sehr sich die Bedingungen des revolutionären Kampfes gegen 1848 geändert hätten. Wir müßten, um zu siegen, große Massen hinter uns haben, „die verstehen, was zu tun ist", und wir, die „Revolutionäre", die „Umstürzler", gediehen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln, als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Aber man vergesse nicht, er meinte das nur für die damalige Situation. Wer wissen will, wie die Engelsschen Sätze aufzufassen sind, muß sie mit Engelsschen Briefen vergleichen, auf die ich kürzlich in der „Neuen Zeit" (XXVII, 1, S. 7) hinwies. Aus diesen ersieht man, daß er sich energisch gegen den Schein verwahrte, als sei er „ein friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit um jeden Preis". Ich schrieb an jener Stelle der „Neuen Zeit":

„Die Einleitung zu den Marxschen Klassenkämpfen ist datiert vom 6. März 1895. Wenige Wochen darauf erschien das Buch in der Oeffentlichkeit. Ich hatte Engels gebeten, mir den Abdruck der Einleitung vor ihrem Erscheinen in der „Neuen Zeit" zu gestatten.

Darauf antwortete er mir am 25. März:

„Dein Telegramm sofort beantwortet: „Mit Vergnügen." Per Streifband folgt der Text in Korrekturabzug mit Titel: Einleitung zum Neudruck von Marx' „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848/50" von F. E. Daß der Inhalt im Abdruck der

alten Artikel aus der Revue der „N. Rh. Z." („Neuen Rheinischen Zeitung") besteht, ist im Text gesagt. Mein Text hat einiges gelitten unter umsturzvorlagenfurchtsamlichen Bedenken unserer Berliner Freunde, denen ich unter den Umständen wohl Rechnung tragen mußte."

Um das zu verstehen, muß man sich erinnern, daß die sogenannte Umsturzvorlage, die zur Erschwerung der sozialistischen Propaganda erhebliche Verschärfungen bestehender Gesetze beantragte, am 5. Dezember 1894 dem deutschen Reichstag vorgelegt wurde, der sie am 14. Januar einer Kommission überwies, wo über drei Monate lang (bis 25. April) darüber beraten wurde. Gerade in dieser Zeit wurde die Engelssche Einleitung verfaßt.

Wie ernst Engels die Situation auffaßte, erhellt aus einer späteren Stelle desselben Briefes, wo er schrieb:

„Eine Wahlreform, die uns ins Parlament bringt, halte ich in Oesterreich für absolut sicher, es sei denn, eine plötzliche allgemeine Reaktionsperiode bräche herein. Auf eine solche scheint man in Berlin gewaltsam hinzuarbeiten, aber leider weiß man dort selbst von heute auf morgen nicht, was man will."

Schon früher, am 3. Januar, unmittelbar ehe er sich an die Abfassung der Einleitung machte, hatte Engels mir geschrieben:

„Ihr bekommt, wie es scheint, ein recht lebhaftes Jahr in Deutschland. Wenn der Herr v. Köller so fortfährt, ist nichts unmöglich: Konflikt, Auflösung, Staatsstreich. Natürlich wird man auch mit weniger vorlieb nehmen. Die Junker wären mit verstärkten Liebesgaben schon zufrieden, aber um diese zu erhalten, wird man an gewisse Gelüste persönlicher Herrschbegier appellieren, diesen bis zu einem gewissen Grade nachgeben müssen, wo dann auch die Faktoren des Widerstands mit ins Spiel kommen, und da tritt der Zufall, das heißt das Nichtgewollte, Nichtberechenbare, ins Spiel. Um die Liebesgaben zu sichern, muß man mit dem Konflikt drohen — ist man einen Schritt weiter gegangen, dann wird der ursprüngliche Zweck, die Liebesgabe, Nebensache, dann steht Krone gegen Reichstag, Biegen oder Brechen, dann kann's lustig werden. Ich lese gerade Gardiners „Personal Government of Charles I." (Das persönliche Regiment Karls I.), die Dinge stimmen oft bis zur Lächerlichkeit mit dem heutigen Deutschland. So die Argumente wegen der Immunität der im Parlament begangenen Handlungen. Wäre Deutschland ein romanisches Land, so wäre der revolutionäre Konflikt unvermeidlich, so aber — nix Gewisses weiß man nicht, wie Follymeier (Schorlemmer) sagt."

So ernst und konfliktreich faßte Engels die Situation zu jener Zeit auf, wo ihn die Revisionisten verkünden lassen, die Aera unbedingter gesetzlicher und friedlicher Entwickelung sei herangebrochen und für immer gesichert, die Aera der Revolutionen liege hinter uns.

Es ist klar, daß Engels bei einer solchen Auffassung der Situation alles vermied, was gegen die Partei von den Gegnern hätte ausgenutzt werden können, daß er in der Sache natürlich unbeugsam blieb, aber sich so zurückhaltend als möglich ausdrückte.

Als aber der „Vorwärts“, wohl um die Kommissionsberatungen der Umsturzvorlage günstig zu beeinflussen, einige Stücke der Einleitung in einer Weise zusammenstellte und veröffentlichte, daß sie für sich allein jenen Eindruck hervorriefen, der nach den späteren Behauptungen der Revisionisten von Engels beabsichtigt war, da entbrannte dieser in hellem Zorn. In einem Brief vom 1. April schrieb er:

„Zu meinem Erstaunen sehe ich heute im „Vorwärts“ einen Auszug aus meiner Einleitung ohne mein Vorwissen abgedruckt und derartig zurechtgestutzt, daß ich als friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit quand même (um jeden Preis) dastehe. Um so lieber ist es mir, daß das Ganze jetzt in der „Neuen Zeit“ erscheint, damit dieser schmähliche Eindruck verwischt wird. Ich werde Liebknecht sehr bestimmt darüber meine Meinung sagen und auch denjenigen, die, wer sie auch seien, ihm diese Gelegenheit gegeben haben, meine Meinung zu entstellen.“

Er ahnte nicht, daß bald nachher vertraute Freunde, die in erster Linie berufen waren, seine Meinungen vor Entstellungen zu schützen, zur Ansicht kommen sollten, diese entstellte Meinung sei seine wirkliche gewesen, und was ihm schmachvoll erschien, bedeute die herrlichste Großtat seines Lebens: der revolutionäre Kämpfer habe als „friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit um jeden Preis“ geendet.

Sollten diese Ausführungen nicht ausreichen, den Engelsschen Standpunkt gegenüber der Revolution zu kennzeichnen, dann sei noch auf einen Artikel verwiesen, den er wenige Jahre vor der Einleitung zu den Marxschen „Klassenkämpfen“, 1892 in der „Neuen Zeit“ über den „Sozialismus in Deutschland“ veröffentlichte. Dort schrieb er:

„Wie oft haben die Bourgeois uns nicht zugemutet, wir sollten unter allen Umständen auf den Gebrauch revolutionärer Mittel verzichten und innerhalb gesetzlicher Grenzen bleiben, jetzt, da das Ausnahmegesetz gefallen, das gemeine Recht wieder hergestellt ist für alle, auch für die Sozialisten! Leider sind wir nicht in der Lage, den Herren Bourgeois diesen Gefallen zu tun. Was aber nicht verhindert, daß in diesem Augenblick nicht wir es sind, die „die Gesetzlichkeit kaput macht“. Im Gegenteil, sie arbeitet vortrefflich für uns, so daß wir Narren wären, verletzten wir sie, solange es so vorangeht. Viel näher liegt die Frage, ob es nicht gerade die Bourgeois und ihre Regierung sind, die Gesetz und Recht verletzen werden, um uns durch die Gewalt zu zermalmen? Wir werden das abwarten. Inzwischen: „schießen Sie gefälligst zuerst, meine Herren“ Bourgeois.

„Kein Zweifel, sie werden zuerst schießen. Eines schönen Morgens werden die deutschen Bourgeois und ihre Regierung müde werden, der alles überströmenden Springflut des Sozialismus mit verschränkten Armen zuzuschauen; sie werden Zuflucht suchen bei der Ungesetzlichkeit, der Gewalttat. Was wird's nützen? Die Gewalt kann eine kleine Sekte auf einem beschränkten Gebiet erdrücken; aber die Macht soll noch entdeckt werden, die eine, über ein großes Reich ausgebreitete Partei von über zwei oder drei Mil-

lionen Menschen auszurotten imstande ist. Die konterrevolutionäre, momentane Uebermacht kann den Triumph des Sozialismus vielleicht um einige Jahre verzögern, aber nur, damit er dann um so vollständiger und endgültiger wird." (X, 1, S. 583.)

Diese Stelle ebenso wie die betreffenden Briefe muß jeder berücksichtigen, der die Ausführungen der Engelsschen Einleitung über die Gesetzlichkeit, bei der wir gedeihen, richtig verstehen will. Sie bedeuten nichts weniger als eine Absage an die Idee der Revolution.

Freilich bezeichnen sie die entschiedene Ablehnung jener Anschauung, als hätten wir alles auf die Karte der kommenden Revolution zu setzen, und als werde diese sich einfach nach dem Muster von 1830 und 1848 wiederholen. Aber wer deshalb glaubt, mein Standpunkt stehe hier im Gegensatz zum Engelsschen, der irrt sich. In Wirklichkeit habe ich, noch vor der Engelsschen Einleitung, in anderem Zusammenhang und anderer Form den gleichen Gedankengang entwickelt, den wir dort finden.

Im 12. Jahrgang der „Neuen Zeit" veröffentlichte ich im Dezember 1893 einen Artikel über einen „sozialdemokratischen Katechismus", in dem ich auch ausführlich die Frage der Revolution erörterte. Da heißt es:

„Wir sind Revolutionäre, und zwar nicht bloß in dem Sinne, in dem die Dampfmaschine ein Revolutionär ist. Die soziale Umwälzung, die wir anstreben, kann nur erreicht werden mittels einer politischen Revolution, mittels der Eroberung der politischen Macht durch das kämpfende Proletariat. Und die bestimmte Staatsform, in der allein der Sozialismus verwirklicht werden kann, ist die Republik, und zwar im landläufigsten Sinne des Wortes, nämlich die demokratische Republik.

Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber eine Revolutionen machende Partei. Wir wissen, daß unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht werden können, wir wissen aber auch, daß es ebensowenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu machen, als in der unserer Gegner, sie zu verhindern. Es fällt uns daher auch gar nicht ein, eine Revolution anstiften oder vorbereiten zu wollen. Und da die Revolution nicht von uns willkürlich gemacht werden kann, können wir auch nicht das Mindeste darüber sagen, wann, unter welchen Bedingungen und in welchen Formen sie eintreten wird. Wir wissen, daß der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht enden wird, ehe nicht das letztere in den vollen Besitz der politischen Macht gelangt ist, die es dazu benützen wird, die sozialistische Gesellschaft einzuführen. Wir wissen, daß dieser Klassenkampf immer ausgedehnter und intensiver werden muß; daß das Proletariat an Zahl und moralischer und ökonomischer Kraft immer mehr wächst, daß daher sein Sieg und die Niederlage des Kapitalismus unausbleiblich ist, aber wir können nur höchst vage Vermutungen darüber haben, wann und wie die letzten entscheidenden Schlachten in diesem sozialen Krieg geschlagen werden. Das alles ist nichts Neues. . . .

Da wir über die Entscheidungsschlachten des sozialen Krieges nichts wissen, können wir natürlich ebensowenig sagen, ob sie blutige sein werden, ob die physische Gewalt eine bedeutende Rolle in ihnen spielen oder ob man sie ausschließlich mit den Mitteln ökonomischer, legislativer und moralischer Pression ausfechten wird.

Man kann aber wohl sagen, es sei alle Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß in den revolutionären Kämpfen des Proletariats die Mittel letzterer Art über die der physischen, das heißt militärischen Gewalt mehr überwiegen werden, als dies in den revolutionären Kämpfen der Bourgeoisie der Fall war.

Der eine Grund, warum die kommenden revolutionären Kämpfe seltener durch militärische Mittel ausgefochten werden dürften, liegt, und das ist schon des öfteren ausgeführt worden, in der kolossalen Ueberlegenheit der Bewaffnung der heutigen staatlichen Armeen über die Waffen, die dem „Zivil" zu Gebote stehen und die jeden Widerstand des letzteren in der Regel von vornherein aussichtslos machen.

Dagegen stehen heute den revolutionären Schichten bessere Waffen des ökonomischen, politischen und moralischen Widerstandes zu Gebote, als denen des achtzehnten Jahrhunderts. Nur Rußland macht davon eine Ausnahme.

Die Koalitionsfreiheit, die Preßfreiheit und das allgemeine Wahlrecht (unter Umständen auch die allgemeine Wehrpflicht) stellen aber nicht bloß Waffen dar, die das Proletariat der modernen Staaten vor den Klassen voraus hat, welche die revolutionären Kämpfe der Bourgeoisie ausfochten; diese Einrichtungen verbreiten auch über die Machtverhältnisse der einzelnen Parteien und Klassen und über den Geist, der sie beseelt, ein Licht, welches zur Zeit des Absolutismus fehlte.

Damals tappten die herrschenden Klassen ebenso wie die revolutionären im Dunkeln herum. Da jede Aeußerung einer Opposition unmöglich gemacht war, konnten weder die Regierungen noch die Revolutionäre ihre Kräfte kennen. Jede der beiden Parteien war ebenso der Gefahr ausgesetzt, sich zu überschätzen, solange sie sich nicht im Kampfe mit dem Gegner gemessen hatte, wie sich zu unterschätzen, sobald sie eine einzige Niederlage erlitten hatte, und dann die Flinte ins Korn zu werfen. Dies ist wohl einer der wichtigsten Gründe, warum in die Zeit der revolutionären Bourgeoisie so viel Putsche fallen, die mit einem Schlag niedergeworfen, so viele Regierungen, die mit einem Schlag gestürzt wurden, daher die Aufeinanderfolge von Revolution und Konter-Revolution.

Ganz anders heute, wenigstens in Ländern mit einigermaßen demokratischen Institutionen. Man hat diese Institutionen das Sicherheitsventil der Gesellschaft genannt. Wenn man damit sagen will, daß das Proletariat in einer Demokratie aufhört, revolutionär zu sein, daß es sich damit zufrieden gibt, seiner Entrüstung und seinen Leiden öffentlich Ausdruck zu geben, und daß es auf die politische und soziale Revolution verzichtet, dann ist diese Benennung falsch. Die Demokratie kann die Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft nicht beseitigen, und deren notwendiges Endergebnis, den Umsturz dieser Gesellschaft, nicht aufhalten. Aber eins kann sie: sie kann nicht die Revolution, aber sie kann manchen

verfrühten, aussichtslosen Revolutionsversuch verhüten und manche revolutionäre Erhebung überflüssig machen. Sie verschafft Klarheit über die Kräfteverhältnisse der verschiedenen Parteien und Klassen; sie beseitigt nicht deren Gegensätze und verschiebt nicht deren Endziele, aber sie wirkt dahin, die aufstrebenden Klassen zu hindern, daß sie sich jeweilen an die Lösung von Aufgaben machen, denen sie noch nicht gewachsen sind, und sie wirkt auch dahin, die herrschenden Klassen davon abzuhalten, Konzessionen zu verweigern, zu deren Verweigerung sie nicht mehr die Kraft haben. Die Richtung der Entwickelung wird dadurch nicht geändert, aber ihr Gang wird steter, ruhiger. Das Vordringen des Proletariats in den Staaten mit einigermaßen demokratischen Institutionen wird nicht durch so auffallende Siege bezeichnet, wie das der Bourgeoisie in ihrer revolutionären Zeit, aber auch nicht durch so große Niederlagen. Seit dem Erwachen der modernen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in den sechziger Jahren hat das europäische Proletariat nur eine große Niederlage erlebt, in der Pariser Kommune 1871. Damals litt Frankreich noch an den Folgen des Kaiserreichs, das dem Volke wahrhaft demokratische Institutionen vorenthalten hatte, das französische Proletariat war erst zum geringsten Teil zum Selbstbewußtsein gelangt, und der Aufstand war ihm aufgezwungen worden.

Die demokratisch-proletarische Methode des Kampfes mag langweiliger erscheinen als die der Revolutionszeit der Bourgeoisie; sie ist sicher weniger dramatisch und effektvoll, aber sie erfordert auch weit weniger Opfer. Das mag einem schöngeistigen Literatentum sehr gleichgültig sein, das in Sozialismus macht, um einen interessanten Sport und interessante Stoffe zu finden, nicht aber jenen, die den Kampf wirklich zu führen haben.*)

Diese sogenannte friedliche Methode des Klassenkampfes, die sich auf die unmilitärischen Mittel, Parlamentarismus, Streiks, Demonstrationen, Presse und ähnliche Pressionsmittel beschränkt, hat in jedem Lande um so mehr Aussicht, beibehalten zu werden, je wirksamer dort die demokratischen Institutionen sind, je größer die politische und ökonomische Einsicht und die Selbstbeherrschung der Bevölkerung.

Von zwei Gegnern wird jedoch unter sonst gleichen Umständen derjenige am ehesten kaltes Blut bewahren, der sich dem anderen überlegen fühlt. Wer dagegen an sich und seine Sache nicht glaubt, verliert nur zu leicht die Ruhe und die Selbstbeherrschung.

---

*) „Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Extase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen . . . kritisieren beständig sich selbst" usw. (Marx, der 18. Brumaire, S. 4.) Bei der Vergleichung der bürgerlichen mit der proletarischen Revolution hat Marx 1852 natürlich den Einfluß der demokratischen Institutionen auf diese noch nicht in Betracht ziehen können.

In allen Ländern der modernen Kultur ist aber das Proletariat diejenige Klasse, die am meisten an sich und an ihre Sache glaubt. Dazu braucht sie sich gar keinen Illusionen hinzugeben; sie braucht nur die Geschichte des letzten Menschenalters zu betrachten, um zu sehen, wie sie überall in ununterbrochenem Fortschreiten begriffen ist; und sie braucht nur die heutige Entwickelung zu verfolgen, um daraus die Gewißheit zu schöpfen, daß ihr Sieg unabwendbar ist. Es ist daher nicht zu erwarten, daß das Proletariat in einem der Länder, in denen es höher entwickelt ist, seine Ruhe und seine Selbstbeherrschung so leicht verlieren und eine Politik der Abenteurer inaugurieren wird. Um so weniger wird das zu erwarten sein, je größer gleichzeitig die Bildung, die Einsicht der Arbeiterklasse ist und je demokratischer der Staat.

Nicht dieselbe Zuversicht kann man dagegen den herrschenden Klassen entgegenbringen. Sie fühlen und sehen, daß sie von Tag zu Tag schwächer werden, sie werden immer nervöser und ängstlicher und daher auch unberechenbarer. Immer mehr und mehr geraten sie in eine Stimmung, in der man darauf gefaßt sein muß, daß sie plötzlich ein Anfall von Tollwut erfaßt, in dem sie voll blinder Raserei sich auf den Gegner stürzen, um ihn niederzuschlagen, unbekümmert um alle die Wunden, die sie dadurch der ganzen Gesellschaft und sich selbst zuziehen, und um alle die heillosen Verwüstungen, die sie anrichten.

Die politische Situation des Proletariats läßt erwarten, daß es so lange als möglich versuchen wird, mit der Anwendung der eben erwähnten „gesetzlichen" Methoden allein auszukommen. Die Gefahr, daß dies Streben durchkreuzt wird, liegt vornehmlich in der nervösen Stimmung der herrschenden Klassen.

Die Staatsmänner der herrschenden Klassen wünschen zumeist, daß ein derartiger Tobsuchtsanfall, womöglich nicht bloß der herrschenden Klassen allein, sondern auch der gesamten indifferenten Massen, sich baldigst einstelle, ehe noch die Sozialdemokratie stark genug ist, ihm Widerstand zu leisten. Das bietet ihnen noch die einzige Aussicht, den Sieg der letzteren wenigstens um einige Jahre hinauszuschieben. Wohl spielen sie in diesem Fall va banque, denn wenn es der Bourgeoisie nicht gelingt, in diesem Wutanfall das Proletariat niederzuwerfen, dann bricht sie nur um so schneller erschöpft zusammen und die Sozialdemokratie triumphiert um so früher. Aber die Politiker der herrschenden Klassen sind eben zum großen Teil schon in einer Stimmung, in der sie glauben, es bleibe ihnen nicht mehr übrig, als alles auf eine Karte zu setzen. Sie wollen den Bürgerkrieg provozieren aus Angst vor der Revolution.

Die Sozialdemokratie dagegen hat nicht nur keine Ursache, sich zu einer solchen Politik der Verzweiflung zu bekennen, sie hat vielmehr alle Ursache, dafür zu sorgen, daß der Tobsuchtsanfall der Herrschenden, wenn er schon unvermeidlich sein sollte, wenigstens so weit als möglich hinausgeschoben wird, damit er erst eintritt, wenn das Proletariat kraftvoll genug geworden ist, den Rasenden ohne weiteres niederzuschlagen und zu bändigen, so daß dieser Anfall der letzte ist, und die Verheerungen, die er anrichtet, die Opfer, die er kostet, möglichst gering sind.

Sie muß daher alles vermeiden, ja bekämpfen, was eine zwecklose Provokation der herrschenden Klassen wäre, was deren Staatsmännern einen Anhaltspunkt gäbe, um die Bourgeoisie und deren Anhang in sozialistenfresserische Tollhäuslerei zu treiben. Wenn wir erklären, man könne Revolutionen nicht machen, wenn wir es für unsinnig, ja verderblich halten, eine Revolution anstiften zu wollen, und wenn wir dementsprechend handeln, so geschieht dies nicht den deutschen Staatsanwälten zuliebe, sondern im Interesse des kämpfenden Proletariats. Und die deutsche Sozialdemokratie ist darin einig mit allen ihren Bruderparteien. Dank dieser Haltung ist es den Staatsmännern der herrschenden Klassen bisher nicht möglich geworden, gegen das kämpfende Proletariat so vorzugehen, wie sie gerne möchten.

So gering der politische Einfluß der Sozialdemokratie verhältnismäßig noch ist, so ist sie doch schon in den modernen Staaten zu mächtig, als daß die bürgerlichen Politiker ganz nach Belieben mit ihr verfahren könnten. Kleine Maßregeln und Maßregelungen helfen ihnen nichts; sie erbittern bloß die Betroffenen, ohne sie abzuschrecken oder ihre Kampffähigkeit zu verringern. Jeder Versuch aber, so einschneidende Maßregeln durchzuführen, daß das Proletariat dadurch kampfunfähig würde, beschwört die Gefahr eines Bürgerkrieges herauf, der, wie immer sein Ausgang sein mag, auf jeden Fall ungeheure Verheerungen mit sich bringt. Das weiß heute jeder einigermaßen Einsichtige. Und wie sehr auch die bürgerlichen Politiker Ursache haben mögen, zu wünschen, daß die Sozialdemokratie möglichst bald auf eine Kraftprobe gestellt werde, der sie heute vielleicht noch nicht gewachsen ist, die bürgerlichen Geschäftsleute wollen von einem Experimente, das jeden von ihnen ruinieren kann, nichts wissen, wenigstens so lange nicht, so lange sie nüchtern sind, so lange sie nicht der oben erwähnte Tobsuchtsanfall gepackt hat. Dann freilich ist der Bourgeois zu allem zu haben, und je größer seine Angst, desto wilder wird er nach Blut schreien.

Die Interessen des Proletariats verlangen es heute gebieterischer als je, daß alles vermieden werde, was geeignet wäre, die herrschenden Klassen zu einer Gewaltspolitik zwecklos zu provozieren. Dementsprechend handelt auch die Sozialdemokratie.

Es gibt aber eine Richtung, die sich eine proletarische und sozialrevolutionäre nennt und die sich als ihre vornehmste Aufgabe neben der Bekämpfung der Sozialdemokratie die Provozierung einer Gewaltspolitik stellt. Das, was die Staatsmänner der herrschenden Klassen ersehnen und was allein noch geeignet sein könnte, den Siegeslauf des Proletariats aufzuhalten, das ist das Hauptgeschäft dieser Richtung, die sich denn auch der entschiedensten Gunst der Puttkamer und Konsorten erfreut. Die Anhänger dieser Richtung suchen nicht die Bourgeoisie zu *schwächen*, sondern sie *rasend* zu machen.

Die Niederlage der Pariser Kommune 1871 ist, wie schon erwähnt, die letzte große Niederlage des Proletariats gewesen. Seitdem ist es in den meisten Ländern stetig vorwärts geschritten, dank seiner oben beschriebenen Methode, langsamer als wir wünschen, aber sicherer, als je eine der früheren revolutionären Bewegungen vorwärts geschritten ist.

Nur in einigen Fällen seit 1871 hat die proletarische Bewegung größere Rückschläge zu erleiden gehabt, und jedesmal war die Schuld daran das Eingreifen einzelner Personen mit Mitteln, die man nach dem heutigen Sprachgebrauch als anarchistische bezeichnen kann, die der von der weitaus größten Mehrzahl der jetzigen Anarchisten gepredigten Taktik „der Propaganda der Tat" entsprechen. Auf den Schaden, den die Anarchisten der „Internationale" und der revolutionären Erhebung in Spanien 1873 zufügten, sei nur beiläufig hingewiesen. Fünf Jahre nach dieser Erhebung ereignete sich der Anfall von allgemeiner Tollwut, den die Attentate von Hödel und Nobiling hervorriefen; ohne diese wäre es Bismarck kaum gelungen, das Sozialistengesetz durchzudrücken. Auf keinen Fall hätte es so rigoros gehandhabt werden können, wie es in den ersten Jahren seines Bestehens gehandhabt wurde, dem deutschen Proletariat wären riesige Opfer erspart geblieben, sein Siegeslauf wäre nicht für einen Moment gehemmt worden.

Der nächste Rückschlag, den die Arbeiterbewegung erlitt, trat in Oesterreich 1884 ein, infolge der Gaunereien und Bestialitäten der Kammerer, Stellmacher und Konsorten. Die mächtig aufstrebende sozialistische Bewegung wurde dort mit einem Schlage niedergeworfen ohne auch nur eine Spur von Widerstand, erdrückt nicht von den Behörden, sondern von der allgemeinen Wut der Bevölkerung, welche die Schuld an den Taten der genannten Anarchisten dem Sozialismus in die Schuhe schob.

Ein weiterer Rückschlag trat in Amerika ein im Jahre 1886. Dort hatte sich die Arbeiterbewegung damals rasch und mächtig entwickelt. Mit Riesenschritten ging sie vorwärts, so schnell, daß einige Beobachter es bereits für möglich hielten, sie werde binnen kurzem die europäischen Bewegungen überflügeln und an deren Spitze treten. Im Frühjahr 1886 nahm die Arbeiterklasse der Union einen gewaltigen Anlauf, den Achtstundentag zu erobern. Die Arbeiterorganisationen schwollen zu kolossalem Umfange an, Streik folgte auf Streik, jubelnde Begeisterung herrschte in den Reihen der Arbeiter, und die Sozialisten, überall die ersten und eifrigsten, begannen die Führerschaft der Bewegung zu erlangen.

Da erfolgte in einem der zahlreichen Zusammenstöße zwischen Polizei und Arbeitern, die damals stattfanden, am 4. Mai in Chicago der bekannte Bombenwurf. Heute noch ist es nicht festgestellt, wer der Täter war. Die am 11. November wegen dieser Tat hingerichteten Anarchisten und ihre zu langen Kerkerstrafen verurteilten Genossen sind das Opfer eines Justizmordes geworden. Aber die Tat hatte der Taktik entsprochen, welche die Anarchisten stets gepredigt hatten, sie entfachte die Wut der gesamten Bourgeoisie Amerikas, verwirrte die Arbeiter und diskreditierte die Sozialdemokraten, welche man von den Anarchisten nicht zu unterscheiden wußte, vielfach auch nicht unterscheiden wollte. Der Kampf um den Achtstundentag endete mit einer Niederlage der Arbeiter, die Arbeiterbewegung brach zusammen und die Sozialdemokratie wurde zur Unbedeutendheit herabgedrückt. Nur langsam beginnt sie jetzt wieder in den Vereinigten Staaten emporzusteigen.

Die einzigen größeren Schädigungen, welche die Arbeiterbewegung seit zwanzig Jahren erfahren hat, sind durch Taten veranlaßt worden, die von Anarchisten begangen wurden oder mindestens der von ihnen gepredigten Taktik entsprachen. Das Sozialistengesetz in Deutschland, die Ausnahmezustände in Oesterreich, der Justizmord in Chicago mit seinen Folgen, sie wurden nur dadurch ermöglicht. . . .

Die Aussichten, daß der Anarchismus wieder einmal irgendwo die Massen ergreift, sind heute jedoch geringer als je.

Die zwei wichtigsten Ursachen, welche sie für den Anarchismus empfänglich machten, waren der Mangel an Einsicht und die Hoffnungslosigkeit, namentlich die anscheinende Unmöglichkeit, auf politischem Wege auch nur die geringste Besserung zu erzielen.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre, als sich die Arbeiter Oesterreichs und der Vereinigten Staaten massenhaft von anarchistischen Schlagworten gefangen nehmen ließen, finden wir hier wie dort ein ungemein rasches Anwachsen der Arbeiterbewegung, — indes gleichzeitig fast alle Führer mangeln. Die Arbeiterbataillone bestanden fast nur aus ungeschulten Rekruten ohne Wissen, ohne Erfahrung und ohne Offiziere. Und dazu kam noch die anscheinende Unmöglichkeit, durch politischen Kampf die Herrschaft des Kapitals zu erschüttern. In Oesterreich fehlte den Arbeitern das Wahlrecht und jede Hoffnung, es in absehbarer Zeit auf gesetzlichem Wege zu erlangen. In Amerika fehlte den Arbeitern die Hoffnung, mit der staatlichen Korruption auf politischem Wege fertig zu werden.*)

Aber nicht nur in diesen beiden Ländern, auch sonst ging in den Anfängen der achtziger Jahre ein pessimistischer Zug durch die Arbeiterbewegung.

---

* In einer der jüngsten Nummern unseres amerikanischen Bruderorgans „Vorwärts“ finden wir einen Bericht aus einer Rede des kürzlich aus dem Gefängnis befreiten Michael Schwab, eines der Opfer der Bombenaffäre von 1886. Er erkannte an, daß die anarchistische Taktik verkehrt und töricht sei. Aber er erklärte auch, wieso der Anarchismus in den achtziger Jahren in Chicago sich hatte ausbreiten können: „Es kann gar nicht oft genug wiederholt werden, daß diese (die anarchistische) Taktik in Chicago erst Boden gewann, nachdem ein Richter entschieden hatte, daß Kommunisten gegenüber das Fälschen von Stimmzetteln erlaubt sei. Die meisten von Ihnen erinnern sich der Wahl, welche Herrn Frank Stauber zum zweiten Male in den Stadtrat berief. Das Resultat der Wahl wurde aufs frechste von zwei Wahlrichtern gefälscht. Das wurde nachgewiesen durch die Eide von Polizisten und anderen Zeugen, sowie in der Schlußverhandlung, die man so lange wie möglich hinausgeschoben hatte, durch das trockene Eingeständnis der Angeklagten. Und der Richter sprach die Fälscher frei! Die Entrüstung unter den Arbeitern war allgemein und sie wollten nichts mehr von den Methoden wissen, die sie früher befolgt hatten. Seitdem haben viele von uns gelernt, daß man in der Politik sich nicht von bloßen Gefühlsaufwallungen leiten lassen darf.“

Das ist heute überall anders und besser geworden.

In Oesterreich aber war es noch ein Umstand, der das Aufkommen des Anarchismus begünstigte: das Zutrauen zur Sozialdemokratie war den Massen abhanden gekommen. Als die politischen und ökonomischen Kampfesmittel — Organisationen und Presse — des deutschen Proletariats dem Sozialistengesetz erlagen, da wußte das damals auftauchende Anarchistentum den Arbeitern Oesterreichs weiß zu machen, die mundtot gemachte Partei habe die Flinte ins Korn geworfen und ihre revolutionären Grundsätze abgeschworen. Die österreichischen Sozialdemokraten, welche ihre deutschen Genossen verteidigten, erreichten damit nicht deren Rehabilitierung in den Augen der Mehrheit der österreichischen Arbeiter, sondern nur die eigene Diskreditierung. Ein Staatsanwalt, Graf Lamezan, leistete den Anarchisten Vorschub, die ihm natürlich lieber waren, und erklärte verächtlich, die Sozialdemokraten seien nur „Revolutionäre im Schlafrock".

Auch heute ist es das eifrigste Bemühen der Anarchisten, den Arbeitern nachzuweisen, die Sozialdemokraten seien Revolutionäre im Schlafrock. Bisher haben sie keinen Erfolg damit gehabt. Aber wenn es je möglich wäre, daß in Deutschland eine anarchistische Bewegung von Belang aufkäme, dann könnte sie erzeugt werden nicht durch die Agitationen der „Unabhängigen", sondern nur entweder durch ein Vorgehen der herrschenden Klassen, welches in den arbeitenden Massen Hoffnungslosigkeit erzeugt und die Verbreitung von Einsicht unter ihnen aufs äußerste beeinträchtigt, oder aber durch Aeußerungen aus unserer Mitte, die den Anschein erweckten, als wollten wir unsere revolutionären Grundsätze verleugnen. Je „gemäßigter" wir würden, desto mehr würden wir Wasser auf die Mühle der Anarchisten leiten und so gerade jener Bewegung Vorschub leisten, die am meisten dahin wirkt, daß an Stelle der zivilisierten Formen des Kampfes dessen brutalste Formen treten. Man kann sagen, daß heute nur ein Moment die Massen des Proletariats veranlassen könnte, freiwillig von den oben auseinandergesetzten „friedlichen" Methoden des Kampfes abzugehen: das Schwinden des Glaubens an den revolutionären Charakter unserer Partei. Wir könnten die friedliche Entwicklung nur gefährden durch allzu große Friedlichkeit.

Wir brauchen nicht erst auszuführen, welches Unheil auch sonst jegliches Abwiegeln hervorrufen würde.

Die Gegnerschaft der Besitzenden würde dadurch nicht vermindert, und verläßliche Freunde würden dadurch auch nicht gewonnen. In unsere eigenen Reihen aber würde Verwirrung getragen, die Lauen würden noch lauer gemacht und die Tatkräftigen abgestoßen werden.

Der große Hebel unserer Erfolge ist der revolutionäre Enthusiasmus. Wir werden ihn in der Zukunft mehr brauchen als je, denn das Schwerste liegt noch vor uns, nicht hinter uns. Um so schlimmer würde alles wirken, was geeignet wäre, diesen Hebel zu lähmen.

Die heutige Situation bringt aber die Gefahr mit sich, daß wir leicht „gemäßigter" aussehen, als wir sind. Je stärker wir

werden, desto mehr treten die praktischen Aufgaben in den Vordergrund, desto mehr müssen wir unsere Agitation über den Kreis des industriellen Lohnproletariats hinaus erstrecken, desto mehr müssen wir uns vor unnützen Provozierungen oder gar leeren Drohungen hüten. Es ist sehr schwer, dabei das richtige Maß zu halten, der Gegenwart ihr volles Recht werden zu lassen, ohne die Zukunft aus den Augen zu verlieren, auf den Gedankengang der Bauern und Kleinbürger einzugehen, ohne den proletarischen Standpunkt aufzugeben, jede Herausforderung möglichst zu vermeiden und doch es allgemein zum Bewußtsein zu bringen, daß wir eine Partei des Kampfes, des unversöhnlichen Kampfes gegen die ganze bestehende Gesellschaftsordnung sind."

So weit der Artikel von 1893. Auch hier finden wir wieder eine Prophezeiung, die in Erfüllung gegangen ist. Was ich 1893 befürchtete, trat wenige Jahre später ein. In Frankreich wurde ein Teil unserer Parteigenossen zeitweilig zur Regierungspartei. Die Massen erhielten den Eindruck, die Sozialdemokratie habe ihren revolutionären Grundsätzen abgeschworen, sie verloren ihr Zutrauen zur Partei — und so verfielen sie zu nicht geringem Teil der jüngsten Spielart der Anarchisterei, dem Syndikalismus, der ebenso wie der alte Anarchismus der Propaganda der Tat weniger danach trachtet, das Proletariat zu stärken, als vielmehr die Bourgeoisie unnötig zu erschrecken, sie zur Tollwut zu reizen und unzeitig Kraftproben zu provozieren, denen das Proletariat unter den gegebenen Verhältnissen nicht gewachsen ist.

Gerade die revolutionären Marxisten sind unter den Sozialisten Frankreichs diejenigen, die diesem Treiben am entschiedensten entgegentreten. Sie bekämpfen den Syndikalismus ebenso energisch wie den Ministerialismus, halten den einen für ebenso schädlich wie den anderen.

Die revolutionären Marxisten stehen heute noch auf dem Standpunkt, der von Engels und mir in den oben zitierten Artikeln aus den Jahren 1892—1895 entwickelt wurde.

Wir sind weder Männer der Gesetzlichkeit um jeden Preis, noch auch Revolutionäre um jeden Preis. Wir wissen, daß wir die historischen Situationen nicht nach Belieben schaffen können, daß unsere Taktik ihnen angepaßt sein muß.

Anfangs der neunziger Jahre habe ich anerkannt, daß eine ruhige Weiterentwicklung der proletarischen Organisationen und des proletarischen Klassenkampfes auf den gegebenen staatlichen Grundlagen das Proletariat in der Situation jener Zeit am weitesten vorwärts bringe. Man wird mir also nicht vorwerfen können, es sei das Bedürfnis, mich in Rrrevolution und Rrradikalismus zu berauschen, wenn mich die Beobachtung der heutigen Situation zu der Anschauung führt, daß die Verhältnisse seit dem Anfang der

neunziger Jahre gründlich geändert sind, daß wir alle Ursache haben, anzunehmen, wir seien jetzt in eine Periode von Kämpfen um die Staatseinrichtungen und die Staatsmacht eingetreten, Kämpfen, die sich unter mannigfachen Wechselfällen durch Jahrzehnte hinziehen können, deren Formen und Dauer vorläufig noch unabsehbar sind, die aber höchst wahrscheinlich bereits in absehbarer Zeit erhebliche Machtverschiebungen zugunsten des Proletariats, wenn nicht schon seine Alleinherrschaft in Westeuropa herbeiführen.

Die Gründe für diese Anschauung seien in folgendem kurz angedeutet.

6. Das Wachstum der revolutionären Elemente.

Wir haben gesehen, daß die Marxisten sich im allgemeinen keineswegs als so schlechte Propheten erwiesen haben, als die man sie so gern hinstellt, daß aber manche von ihnen allerdings in einem Punkte bisher immer wieder Unrecht behalten haben, in der Bestimmung des Zeitpunkts, für den sie große, revolutionäre Kämpfe, erhebliche politische Machtverschiebungen zugunsten des Proletariats, erwarteten.

Welche Gründe haben wir, anzunehmen, daß jetzt endlich der langersehnte Zeitpunkt naht, in dem der Bann der politischen Stagnation gebrochen wird und wieder frisches, fröhliches Leben des Kämpfens und siegreichen Vordringens auf dem Wege zur politischen Macht ersteht?

Engels wies in der schon erwähnten Einleitung zu den Marxschen „Klassenkämpfen" mit Recht darauf hin, daß große, revolutionäre Kämpfe unter den heutigen Verhältnissen nur von großen Massen ausgefochten werden könnten, die wissen, was sie zu tun haben. Die Zeiten sind vorbei, in denen kleine Minoritäten durch eine überraschende, energische Aktion die Regierungsgewalt umwerfen und eine neue an deren Stelle setzen konnten.

Dies war möglich in zentralisierten Staaten, in denen das gesamte politische Leben in einer Hauptstadt konzentriert war, die das ganze Land beherrschte, dessen Dörfer und Kleinstädte keine Spur von politischem Leben und von Zusammenhang untereinander zeigten. Wem es gelang, Militär und Bureaukratie der Hauptstadt lahm zu legen oder für sich zu gewinnen, der konnte die Regierungsgewalt ergreifen und, wenn die allgemeine Situation eine soziale Revolution erheischte, in deren Sinne wirken.

Heute, im Zeitalter der Eisenbahnen und Telegraphen, der Zeitungen und Versammlungen, der zahlreichen industriellen Zentren, der Magazin- und Maschinengewehre, ist es ganz unmöglich für eine Minderheit, das Militär der Hauptstadt lahmzulegen, wenn es nicht schon völlig desorganisiert ist; es ist aber auch unmöglich, irgend einen politischen Kampf auf die Hauptstadt zu beschränken. Das politische Leben ist zum Leben der Nation geworden.

Wo diese Verhältnisse gegeben sind, ist eine große politische Machtverschiebung, die ein volksfeindliches Regime unhaltbar macht, nur dann zu erwarten, wenn folgende Bedingungen zusammentreffen:

1. Dieses Regime muß der Masse des Volkes entschieden feindselig gegenüberstehen.

2. Es muß eine große Partei unversöhnlicher Opposition mit organisierten Massen vorhanden sein.

3. Diese Partei muß die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung vertreten und deren Vertrauen besitzen.

4. Das Vertrauen zum herrschenden Regime, in seine Kraft und seine Stabilität muß bei seinen eigenen Werkzeugen, bei Bureaukratie und Armee erschüttert sein.

In den letzten Jahrzehnten sind, wenigstens in Westeuropa, bisher noch nie alle diese Umstände vereint eingetroffen. Lange bildete das Proletariat nicht die Mehrheit der Bevölkerung und die Sozialdemokratie nicht die stärkste Partei. Wenn wir in früheren Jahrzehnten das baldige Kommen einer Revolution erwarteten, so rechneten wir dabei nicht bloß auf das Proletariat, sondern auch auf die kleinbürgerliche Demokratie als revolutionäre Massenpartei, und auf Kleinbürger und Bauern als Massen, die hinter ihnen ständen. Aber die bürgerliche Demokratie hat in dieser Beziehung vollständig versagt. Sie bildet heute in Deutschland nicht einmal mehr eine Oppositionspartei.

Andererseits aber hörte seit 1870 in den Großstaaten Europas, außer Rußland, die Unsicherheit der Zustände auf, die bis dahin geherrscht. Die Regierungen befestigten sich, sie gewannen an Kraft und Sicherheit. Und jede wußte der Masse ihrer Nation das Vertrauen beizubringen, daß sie ihre Interessen verträte.

So wurden gerade in den ersten Jahrzehnten des Erstehens einer dauernden und selbständigen Arbeiterbewegung, also seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die Möglichkeiten einer politischen Revolution eine Zeitlang immer schlechter, während das Proletariat immer mehr einer solchen bedurfte und sie, nach dem Muster der vorhergegangenen sieben Jahrzehnte, nahe glaubte.

Aber allmählich wandeln sich die Verhältnisse zu seinen Gunsten. Es wächst die Organisation des Proletariats. Vielleicht am auffallendsten tritt das in Deutschland zutage. In den letzten Dutzend Jahren war dies Wachstum besonders rasch, sahen wir die Organisation der Sozialdemokratie auf eine halbe Million Mitglieder, und die der mit ihr geistig eng verbundenen Gewerkschaften auf zwei Millionen

Mitglieder anschwellen. Gleichzeitig wuchs ihre Presse, ein Werk der Organisation, nicht privater Unternehmungen; die politische Tagespresse auf eine Auflage von rund einer Million Exemplare, die gewerkschaftliche, meist wöchentliche Presse, auf noch weit mehr.

Das ist eine organisierte Macht arbeitender, beherrschter Massen, wie sie die Geschichte noch nicht gesehen hat.

Die Ueberlegenheit der herrschenden Klassen über die beherrschten beruhte bisher nicht zum mindesten darauf, daß sie über die organisierten Machtmittel der Staatsgewalt verfügten, indes die beherrschten Klassen fast jeder Organisation entbehrten, wenigstens jeder Organisation über das Gebiet des ganzen Staates. Ganz ohne Organisation kamen ja die arbeitenden Klassen nicht aus, es waren aber im Altertum und im Mittelalter bis zur Neuzeit entweder nur Organisationen einzelner beschränkter Berufszweige, oder einzelner beschränkter Lokalitäten; zünftige oder kommunale, auch markgenossenschaftliche Organisationen. Namentlich die Gemeinde konnte unter Umständen einen sehr starken Rückhalt gegenüber der Staatsgewalt bilden — nichts irriger, als wenn man Staat und Gemeinde ohne Unterschied einander gleichsetzt und diese wie jenen als Organisation der gleichen Klassenherrschaft bezeichnet. Die Gemeinde kann das sein, ist es sehr oft, sie kann aber auch inerhalb des Staates eine Vertretung beherrschter Klassen werden, wenn diese in der Gemeinde die Mehrheit bilden und obenauf kommen. Am gewaltigsten ist diese Funktion in verschiedenen Jahrhunderten zutage getreten in der Kommune von Paris. Diese Kommune ward mitunter zur Organisation der untersten Klassen der Gesellschaft.

Aber gegenüber der Staatsgewalt eines modernen Großstaates kann heute keine einzelne Gemeinde mehr ihre Selbständigkeit behaupten. Um so wichtiger wird es da, die unteren Klassen in großen, das ganze Gebiet der Nation und die verschiedensten Berufszweige umfassenden Vereinigungen zu organisieren.

Am besten ist das in Deutschland gelungen. Nicht nur in Frankreich, sondern auch in England mit seinen alten Trade Unions ist die gewerkschaftliche wie die politische Organisation noch sehr zersplittert. Aber wie sehr die proletarische Organisation auch wachsen mag, sie wird in normalen, nicht revolutionären Zeiten nie die Gesamtheit der arbeitenden Klassen im Staate umfassen, sondern stets nur eine Elite, die durch berufliche, lokale oder individuelle Eigenart begünstigt und über die Masse der Bevölkerung erhoben wird. Dagegen

hängt die Werbekraft von Klassenorganisationen in revolutionären Zeiten, in denen auch die Schwächsten sich kampffähig und kampflustig fühlen, nur von der Ausdehnung der Klassen ab, deren Interessen sie vertreten.

Da ist es bemerkenswert, daß das Lohnproletariat heute bereits die Mehrheit, nicht bloß der Bevölkerung, sondern sogar der Wahlberechtigten im Deutschen Reiche ausmacht.

Genaue Ziffern über die Gliederung der Arbeiterbevölkerung liegen bisher noch nicht aus der Zählung für 1907, sondern nur aus der für 1895 vor. Vergleichen wir diese mit den Ziffern der Wahl von 1893, dann finden wir folgendes:

1893 betrug die Zahl der Wahlberechtigten 10 628 292. Andererseits zählte man 1895 15 506 482 männliche Erwerbstätige. Rechnet man von diesen die unter 20 Jahre alten sowie die Hälfte der im Alter von 20—30 Jahren stehenden ab, dann erhalten wir 10 742 989 als annähernde Ziffer der männlichen Erwerbstätigen im wahlberechtigten Alter. Diese Zahl fällt fast mit der der Wahlberechtigten von 1893 zusammen.

Von den männlichen Erwerbstätigen der wahlberechtigten Altersklassen in Landwirtschaft, Industrie und Handel waren wieder (nach gleicher Weise berechnet) 4 172 269 Selbständige und 5 590 743 Lohnarbeiter und Angestellte. Erwägen wir aber, daß im Gewerbe (Industrie und Handel) allein von 3 144 977 Hauptbetrieben mehr als die Hälfte, 1 714 351, Alleinbetriebe waren, die tatsächlich in der übergroßen Mehrzahl in den Interessenkreis des Proletariats fallen, dann ist es wohl nicht übertrieben, wenn wir annehmen, daß 1895 unter den Wahlberechtigten auf etwa 3½ Millionen Selbständige, die am Privateigentum an den Produktionsmitteln ein Interesse hatten, über 6 Millionen Proletarier kamen, deren Interesse eine Aufhebung dieses Privateigentums forderte.

Wir dürfen annehmen, daß bei den übrigen Schichten der Bevölkerung, die daneben in Betracht kommen, indes nur unbedeutend sind, ein ähnliches Prozentverhältnis herrscht, so namentlich bei den „berufslosen Selbständigen“, deren Rubrik einerseits reiche kapitalistische Rentner, andererseits sehr dürftige Invaliden- und Altersrentner umfaßt.

In der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung aber überwiegt das Proletariat noch weit mehr als unter den Wahlberechtigten, da in den Altersklassen, die noch nicht die Wahlfähigkeit erlangt haben, unter den Erwerbstätigen die Proletarier fast allein vertreten sind.

So zählte man:

im Alter von	Selbständige	Arbeiter u. Angestellte
18—20 Jahren	42 711	1 335 016
20—30 „	613 045	3 935 592
Dagegen:		
30—40 „	1 319 201	3 111 115
40—50 „	1 368 261	1 489 317
über 50 „	2 102 814	1 648 085

Insgesamt kamen 1895 in Landwirtschaft, Industrie und Handel auf 5 474 046 Selbständige 13 438 377 Arbeiter und Angestellte. Zieht man von den ersteren noch ein Teil als Heimarbeiter und sonstige als „Selbständige“ verkleidete Proletarier ab, dann kann man getrost sagen, daß die am Privateigentum an den Produktionsmitteln interessierten Volksschichten schon 1895 kaum mehr als ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachten, indes sie unter den Wahlberechtigten immer noch ein reichliches Drittel bildeten.

Dreizehn Jahre vorher, 1882, standen die Verhältnisse noch nicht so günstig. Vergleichen wir die Zahlen der Berufsstatistik von 1882 mit denen der Wahl von 1881 und rechnen wir nach demselben Maßstab, wie für 1895, dann finden wir:

	Wahlberechtigte überhaupt	Wahlberechtigte Selbständige	Wahlberechtigte Arbeiter
1882	9 090 381	3 947 192	4 744 021
1895	10 628 292	4 172 269	5 590 743
Zunahme	1 537 911	225 077	846 722

Die Zahl der Alleinbetriebe war 1882 ungefähr ebenso groß, wie 1895: 1 877 872. Aber die Zahl der nichtproletarischen Existenzen unter den Selbständigen war 1882 sicher noch höher als 1895. Wir dürfen also annehmen, daß die Zahl der am Privateigentum an den Produktionsmitteln interessierten Wahlberechtigten 1882 ungefähr ebenso hoch war, wie 1895, rund 3½ Millionen ausmachte; die der proletarischen Elemente dagegen rund 5 Millionen. Dann wäre die Schutztruppe des Eigentums von 1882 bis 1895 die gleiche geblieben, die Zahl seiner Gegner unter den Wahlberechtigten hätte um eine Million zugenommen.

Noch stärker stieg in jenem Zeitraum die Zahl der sozialistischen Wähler, von 311 901 auf 1 780 989. Freilich war 1881 die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen durch das Sozialistengesetz künstlich heruntergedrückt.

Seit 1895 hat natürlich die kapitalistische Entwickelung und mit ihr das Anwachsen des Proletariats noch weitere Fortschritte gemacht. Leider stehen uns die Zahlen der Sta-

tistik von 1907, die das beleuchten, für das Reich noch nicht vollständig zur Verfügung.

Nach vorläufigen Mitteilungen stieg im Zeitraum von 1895 bis 1907 die Zahl der männlichen Selbständigen in Landwirtschaft, Industrie und Handel um 33 084, also fast gar nicht; die der männlichen Angestellten und Lohnarbeiter, also der Proletarier, um 2 891 228, also beinahe hundertmal soviel.

Das proletarische Element, das schon 1895 in der Bevölkerung und auch in der Wählerschaft überwog, hat seitdem also ein enormes Uebergewicht erlangt.

1907 betrug die Zahl der Wahlberechtigten 13 352 900. Andererseits zählte man am 12. Juni 1907 18 583 864 männliche Erwerbstätige. Von diesen waren 13 951 000 über 25 Jahre alt. Zieht man hiervon die Ausländer, die Soldaten, die Personen, welche Armenunterstützung erhalten haben und die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft sind, ab, dann fällt diese Zahl zusammen mit der Zahl der Wahlberechtigten.

Von den 18 583 864 männlichen Erwerbstätigen sind 4 438 123 Selbständige in Landwirtschaft, Industrie und Handel, 12 695 522 Arbeiter und Angestellte.

Nehmen wir an, daß heute der Prozentsatz der Wahlberechtigten unter den männlichen Selbständigen und Arbeitern derselbe ist wie 1895, dann können wir die Tabelle auf S. 58 in folgender Weise ergänzen:

	Wahlberechtigte überhaupt	Wahlberechtigte Selbständige	Wahlberechtigte Arbeiter
1895	10 628 292	4 172 269	5 590 743
1907	13 352 900	4 202 903	7 275 944
Zunahme	2 724 608	30 634	1 685 201

Der Löwenanteil am Zuwachs der Wahlberechtigten entfällt auf das Proletariat, in noch höherem Grade, als im Zeitraum von 1882 bis 1895.

Aber auch die Zahlen der letzten Volkszählung von 1905 sind bezeichnend für den industriellen Fortschritt.

Im allgemeinen sind die Städte dem politischen Leben, der Organisation der Proletarier und der Verbreitung unserer Lehren günstiger als das flache Land. Da ist es von großer Bedeutung, daß dessen Bevölkerung gegenüber der städtischen zurückgeht.

Wie schnell sich diese Wandlung vollzieht, zeigt folgende Tabelle. Unter Landbevölkerung ist die Bevölkerung der Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, unter Stadtbevölkerung die der Gemeinden mit mindestens 2000 Einwohnern verstanden. Man zählte

Jahr	Landbevölkerung		Stadtbevölkerung	
	absolut	Proz.	absolut	Proz.
1871	26 219 352	63,9	14 790 798	36,1
1880	26 513 531	58,6	18 720 530	41,4
1890	26 185 241	53,0	23 243 229	47,0
1900	25 734 103	45,7	30 633 075	54,3
1905	25 822 481	42,6	34 818 797	57,4

In dem Zeitraum von 30 Jahren hat sich also die städtische Bevölkerung mehr als verdoppelt, indes die Landbevölkerung nicht bloß relativ, sondern auch absolut zurückgegangen ist. Während die städtische Bevölkerung um zwanzig Millionen zunahm, hat sich die ländliche um beinahe eine Million verringert. Bei der Gründung des Reiches bildete diese noch fast zwei Drittel der Bevölkerung, heute nur noch etwas über zwei Fünftel.

Unter den Einzelstaaten des Reiches wieder wachsen am schnellsten jene, die die höchste industrielle Entwickelung aufzuweisen haben. Von der Gesamtbevölkerung des heutigen Reichsgebietes umfaßten in Prozent:

	1816	1855	1871	1905
Preußen	55,2	59,0	60,1	61,5
Sachsen	4,8	5,6	6,2	7,4
Zusammen	60,0	64,6	66,3	68,9
Bayern	14,5	12,5	11,8	10,8
Württemberg . .	5,7	4,6	4,4	3,8
Baden	4,1	3,7	3,6	3,3
Hessen	2,3	2,2	2,1	2,0
Elsaß-Lothringen .	5,2	4,3	3,8	3,0
Zusammen	31,8	27,3	25,7	22,9

Die Gebiete des heutigen Preußen und Sachsen zusammen enthielten also 1816 60 Proz. der damaligen Bevölkerung des jetzigen Reichsgebiets, 1905 dagegen schon fast 70 Proz. Süddeutschland dagegen, das 1816 noch mehr als die Hälfte der Bevölkerungszahl des heute zu Preußen und Sachsen gehörenden Gebiets aufwies, hatte 1905 nur noch ein Drittel dieser Volkszahl aufzuweisen. Die Ge-

biete des jetzigen Preußen und Sachsen zählten 1816 15 Millionen Einwohner, die vier süddeutschen Staaten mit Elsaß-Lothringen zusammen 8 Millionen. 1905 dagegen die ersteren Gebiete 42 Millionen, die letzteren 14 Millionen. Jene haben ihre Bevölkerung fast verdreifacht, diese nicht einmal verdoppelt.

So wirkt die ökonomische Entwickelung ununterbrochen dahin, die revolutionären Elemente im Volk, jene, die ein Interesse an der Beseitigung der heutigen Eigentums- und Staatsordnung haben, immer mehr auf Kosten der konservativen Elemente zu vermehren und ihr Uebergewicht im Staate immer größer zu gestalten.

Aber freilich sind diese revolutionären Elemente zunächst nur revolutionär in der Möglichkeit, nicht in der Wirklichkeit. Sie bilden das Rekrutierungsgebiet für die „Soldaten der Revolution", aber nicht alle sind gleich solche Soldaten.

Zum großen Teil dem Kleinbürgertum und Kleinbauernstand entsprossen, tragen viele Proletarier noch lange dessen Eierschalen mit sich herum; sie fühlen sich nicht als Proletarier, sondern als möchte-gern Besitzende. Sie sparen, um ein Stückchen Land zu erwerben oder einen dürftigen Kramladen zu eröffnen oder ein Handwerk in zwerghaftem Maßstab mit ein paar unglücklichen Lehrjungen „selbständig" zu betreiben. Andere haben die Hoffnung darauf verloren oder erkannt, welch elende Existenz sie damit auf sich laden, aber sie fühlen sich unfähig und sind unwillig, sich eine bessere Existenz im Verein mit ihren Kameraden zu erkämpfen. Sie glauben, leichter vorwärts zu kommen, wenn sie diese verraten. Sie werden Streikbrecher und gelbe Gewerkschafter. Wieder andere sind schon weiter gekommen, erkennen bereits die Notwendigkeit, den ihnen gegenüberstehenden Kapitalisten zu bekämpfen, fühlen sich aber immer noch nicht sicher und stark genug, dem ganzen kapitalistischen System den Krieg zu erklären. Sie suchen Hilfe bei bürgerlichen Parteien und Regierungen.

Ja, selbst unter denen, die sich bis zur Erkenntnis von der Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes durchgerungen haben, gibt es noch genug, die nicht über das Bereich der bestehenden Gesellschaft hinausgehen, die an dem Sieg des Proletariats zweifeln oder gar verzweifeln.

Gerade je rascher die ökonomische Entwickelung und damit die Proletarisierung der Bevölkerung vor sich geht, je zahlreichere Scharen vom Lande in die Stadt, von Ost nach West, aus den Reihen des Kleinbesitzes in die Reihen der Besitzlosen abströmen, desto zahlreicher im Proletariat die

Elemente, die die Bedeutung einer sozialen Revolution für sie noch nicht begriffen haben, ja die nicht einmal die Klassengegensätze unserer Gesellschaft verstehen.

Sie für den Gedanken des Sozialismus zu gewinnen, ist eine unerläßliche, aber in normalen Verhältnissen ungemein schwierige Aufgabe, die die größte Hingebung und Klugheit erheischt und doch nicht so schnell vor sich geht, wie wir wünschen. Unser Rekrutierungsgebiet beträgt heute wohl drei Viertel der Bevölkerung, wahrscheinlich noch mehr, die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen noch kein Drittel aller Wählenden, ein Viertel aller Wahlberechtigten.

Aber das Tempo des Fortschritts wird mit einem Schlage ein rapides, wenn Zeiten revolutionärer Gärung kommen. Es ist ganz unglaublich, wie rasch in solchen Zeiten die Masse der Bevölkerung lernt und zur Klarheit über ihre Klasseninteressen gelangt. Nicht nur ihr Mut und ihre Kampfeslust, sondern auch ihr politisches Interesse wird aufs mächtigste angestachelt durch das Bewußtsein, daß der Moment gekommen ist, sich endlich aus finsterster Nacht zu heller Sonnenglorie emporzuarbeiten. Selbst der Trägste wird emsig, selbst der Feigste kühn, selbst der Beschränkteste erhält einen weiteren Blick. In solchen Zeiten vollzieht sich in Jahren eine politische Erziehung der Massen, die sonst Menschenalter gebrauchen würde.

Ist eine derartige Situation eingetreten, ist ein Regime so weit, daß es an seinen inneren Widersprüchen zusammenzubrechen droht, und gibt es in der Nation eine Klasse, die ein Interesse daran, aber auch die Kraft dazu hat, zur politischen Herrschaft zu gelangen, dann bedarf es nur noch einer Partei, die das Vertrauen dieser Klasse besitzt, die dem wankenden Regime in unversöhnlicher Feindschaft gegenübersteht und die die gegebene Situation klar erkennt, um die aufstrebende Klasse zum Siege zu führen.

Diese Partei ist seit langem die Sozialdemokratie. Auch die revolutionäre Klasse ist da und bildet seit einiger Zeit die Mehrheit der Nation. Ist auch mit dem moralischen Zusammenbruch des herrschenden Regimes zu rechnen?

7. Die Milderung der Klassengegensätze.

Wir haben gesehen, wie Engels 1885 einmal bemerkte, daß seit der französischen Revolution, die mit ihren Nachwirkungen von 1789 bis 1815 währte, Revolutionen, große politische Machtverschiebungen, sich in Europa etwa alle 15 bis 18 Jahre wiederholen: 1815, 1830, 1848—52, 1870/71. Er nahm daher an, Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre werde die nächste Revolution fällig werden. Wirklich kam es um diese Zeit zu einem politischen Umschwung, zu einem Sturz des Bismarckschen Systems, zu einem Aufleben demokratischer und sozialpolitischer Bestrebungen in ganz Europa. Aber der Aufschwung war geringfügig und kurzlebig und seitdem werden bald zwei Jahrzehnte vollendet sein, ohne daß, wenigstens im eigentlichen Europa, eine wirkliche Revolution eingetreten wäre.

Woher kommt das? Warum die stete Unruhe in Europa von 1789 bis 1871 und warum von da an eine Beständigkeit der politischen Zustände, die in der letzten Zeit zu einer völligen politischen Versumpfung geworden ist?

Während der ganzen ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, bis 1848, waren die für das ökonomische und geistige Leben jener Zeit wichtigsten Schichten der Völker Europas allenthalben von der Staatsgewalt ausgeschlossen gewesen, die ihnen teils verständnislos, teils direkt feindselig, als Sachwalterin des Adels und Pfaffentums gegenüberstand. In Deutschland und Italien hinderte die Kleinstaaterei jeden wirtschaftlichen Aufschwung. Im Zeitalter von 1846 bis 1870 änderte sich das gewaltig. In dieser Zeit siegte das industrielle Kapital über den Grundbesitz, zuerst in England, wo die Kornzölle fielen (1846) und der Freihandel obenauf kam; oder das industrielle Kapital errang sich wenigstens Gleichberechtigung neben dem Grundbesitz, wie in Deutschland und Oesterreich. Die Intellektuellen bekamen Preß- und Bewegungsfreiheit, Kleinbürgertum und Kleinbauernschaft das Wahlrecht. Die nationale Einigung Deutschlands und Italiens befriedigte ein langempfundenes schmerzliches Sehnen dieser Nationen. Das vollzog sich freilich nach dem Niedergang der Revolution von 1848 nicht durch innere Bewegungen, sondern durch äußere Kriege. Der Krimkrieg von 1854—56 stürzte in Rußland die Leibeigenschaft und erzwang die Beachtung der industriellen Bourgeoisie durch die Regierung des Zaren. 1859, 1866 und

1870 wurde die Einigung Italiens, 1866 und 1870 die Deutschlands, freilich unvollständig, vollzogen, 1866 eine liberale Aera in Oesterreich veranlaßt, auch in Deutschland die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, einer gewissen Preß- und Koalitionsfreiheit angebahnt. Das Jahr 1870 vollendete diese Ansätze und brachte Frankreich die demokratische Republik. Und in England war 1867 eine Wahlreform durchgesetzt worden, die den oberen Schichten der Arbeiterschaft und den unteren des Kleinbürgertums das Wahlrecht verlieh, das ihnen bis dahin fehlte. Damit waren für alle Klassen der europäischen Nationen, mit Ausnahme des Proletariats, staatliche Grundlagen geschaffen, auf die sie ihre Existenz bauen konnten. Sie hatten, wenn auch unvollständig, erlangt, wonach sie seit der großen Revolution ununterbrochen gestrebt. Waren auch nicht alle ihre Wünsche erfüllt, und konnten sie nicht erfüllt werden, da die Interessen der verschiedenen Schichten der Besitzenden oft recht gegensätzliche sind, so fühlten sich die verkürzten Schichten nicht kräftig genug, die Alleinherrschaft im Staate anzustreben, und das, was ihnen fehlte, war nicht bedeutend genug, daß sie um deswillen das Risiko einer Revolution auf sich genommen hätten.

In der europäischen Gesellschaft blieb nur noch eine Klasse revolutionär, das Proletariat, und zwar vor allem das städtische Proletariat. In ihm lebte der revolutionäre Drang fort. Obwohl sich mit der Durchführung dieser Umwälzungen die politische Situation gründlich geändert hatte, hegte es auch weiterhin die Erwartung fort, die auf den Erfahrungen von 1789 bis 1871, also fast eines Jahrhunderts fußte, die Erwartung, es werde bald wieder eine Revolution geben, natürlich noch nicht eine rein proletarische, sondern eine kleinbürgerlich-proletarische, in der aber das Proletariat, seiner gewachsenen Bedeutung gemäß, die Führung übernehmen werde. Das war die Erwartung nicht etwa bloß einiger „dogmengläubigen Marxisten“, wie Engels und Bebel, sondern auch die von Realpolitikern, die vom Marxismus völlig unberührt blieben, wie Bismarck. Wenn er schon 1878 Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie für notwendig hielt, obwohl sie damals noch keine halbe Million Stimmen, keine 10 Prozent aller Wählenden, keine 6 Prozent der Wahlberechtigten auf sich vereinigte; und wenn er dann mit dem verzweifelten Gedanken umging, die Sozialdemokratie zu Straßenkämpfen zu provozieren, ehe sie übermächtig geworden sei, so ist das nur durch die Anschauung erklärlich, daß er die proletarisch-kleinbürgerliche Revolution vor der Tür sah.

Und in der Tat gab es eine Reihe von Umständen, die diese Ansicht begünstigten, auch abgesehen von der Erinnerung an die Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts.

Im Laufe der siebziger Jahre brach eine Wirtschaftskrisis über Europa herein, wie sie so schwer, ausgedehnt und andauernd noch nicht gekannt worden war: bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre dauerte sie. Das Elend in proletarischen und kleinbürgerlichen Kreisen, die Kleinmütigkeit in Kapitalistenkreisen, die sie hervorrief, wurden aber noch verschärft durch die gleichzeitigen Wirkungen der Lebensmittelkonkurrenz, namentlich Amerikas und Rußlands, die das Ende aller Warenproduktion in der Landwirtschaft Westeuropas herbeizuführen schien.

Das allgemeine Elend von Bauern, Handwerkern, Proletariern, die schwindende Zuversicht der Bourgeoisie, die brutalen Verfolgungen der sozialistischen Bestrebungen — seit 1871 in Frankreich, seit 1878 in Deutschland und nicht minder in Oesterreich —, alles schien darauf hinzudeuten, daß es binnen kurzem zu einer Katastrophe kommen werde.

Aber die staatlichen Grundlagen, die von 1848 bis 1871 geschaffen worden waren, entsprachen zu sehr dem Bedürfnis der Masse der Bevölkerung, als daß sie damals schon zusammengebrochen wären. Im Gegenteil, je drohender die Gefahr der Revolution erschien, die nur noch eine proletarische, antikapitalistische sein konnte, desto enger scharten sich die wohlhabenden Klassen um die Regierungen. Kleinbürger und Kleinbauern aber besaßen in den neuen politischen Rechten, namentlich dem Wahlrecht, sehr wirksame Mittel, auf die Regierungen einzuwirken und von ihnen materielle Konzessionen aller Art zu erlangen. Sie versuchten es um so lieber, von der Regierung Hilfe durch politische Dienste zu erkaufen, je unheimlicher ihnen ihr bisheriger Verbündeter in ihren politischen Kämpfen geworden war.

So erzeugte die Stimmung der Unzufriedenheit in weiten Bevölkerungsschichten, die aus wirtschaftlicher Depression und politischem Druck entsprang, nur jenen geringfügigen Umschwung, der, wie wir schon bemerkt, sein hervorstechendstes Merkmal im Sturze Bismarcks (1890) fand, neben dem noch als Anlauf zu einer gewaltsamen Aenderung der Staatsverfassung der Boulangismus in Frankreich (1889) zu nennen wäre. Damit endete aber nun auch der Schein einer revolutionären Situation.

Gerade um die Zeit jenes politischen Umschwungs hörte die so lange währende industrielle Depression auf. Eine Zeit des lebhaftesten wirtschaftlichen Aufschwunges begann, die, mit wenigen Unterbrechungen, bis vor kurzem währte. Die Kapitalisten und ihre Ideologen, Professoren, Journalisten und und sonstige Intellektuelle, faßten wieder neuen Mut. Die Handwerker nahmen Teil am Aufschwung, aber auch die Landwirtschaft kam nun wieder in die Höhe. In der rasch wachsen-

den industriellen Bevölkerung fand sie einen erweiterten Markt, namentlich für solche Produkte, wie Fleisch oder Milch, die der auswärtigen Lebensmittelkonkurrenz weniger unterlagen. Nicht die agrarischen Schutzzölle haben die europäische Landwirtschaft gerettet, denn auch in Ländern des Freihandels, wie England, Holland, Dänemark, kam sie wieder in die Höhe, sondern der rapide Aufschwung der Industrie seit dem Ende der achtziger Jahre.

Dieser Aufschwung selbst aber war seinerseits wieder eine Folge der raschen Ausdehnung des Weltmarkts, derselben Ausdehnung, die den Zustrom von Lebensmitteln ferner Länder nach Europa und damit die Krisis der Landwirtschaft erzeugt hatte. Diese Ausdehnung des Weltmarktes wurde namentlich hervorgerufen durch die Entwickelung des Eisenbahnnetzes außerhalb Westeuropas.

Es betrug die Länge der Eisenbahnen (in Kilometern):

	1880	1890	1906	Zunahme 1880—1906 Prozent
Deutschland	33 634	42 869	57 376	70
Frankreich	25 932	36 895	47 142	82
England	28 854	32 297	37 107	29
Dagegen:				
Rußland	22 664	32 390	70 305	210
Britisch-Indien . . .	14 772	27 316	46 642	215
China	11	200	5 953	54 000
Japan	121	2 333	8 067	6 666
Amerika	171 669	331 599	473 096	176
Afrika	4 607	9 386	28 193	513

Man sieht, um wieviel rascher in allen den neuen Gebieten des Kapitalismus der Eisenbahnbau seit 1880 und namentlich seit 1890 vor sich geht als in den alten Ländern.

Gleichzeitig sind aber auch die Transportmittel zur See sprunghaft gewachsen. Die Tragfähigkeit der Seedampfer betrug in Tonnen:

	1882	1893	1906	
Deutsches Reich .	249 000	783 000	2 097 000	(1907)
Großbritannien .	3 700 000	6 183 000	9 606 514	
Norwegen und Schweden . .	140 000	392 000	1 240 000	
Dänemark . . .	67 000	123 000	376 000	
Frankreich . . .	342 000	622 000	723 000	
Vereinigte Staaten	617 000	826 000	2 077 000	(1907)
Japan	40 000	108 000	939 000	

Diese Zahlen spiegeln die gewaltige Ausdehnung des Weltmarkts in den letzten zwei Jahrzehnten wider, die ihn

fähig machte, eine Zeitlang vermehrte Warenmassen aufzunehmen. In allen Industrieländern wurde dadurch das Interesse für den Weltmarkt in den Vordergrund gerückt, damit aber auch für die Kolonialpolitik, als Mittel, den auswärtigen Markt zu erweitern. Freilich hatte die Erwerbung neuen überseeischen Besitzes seit den achtziger Jahren nur wenig mit der Ausdehnung des Weltmarkts zu tun. Die neuere Kolonialpolitik seit dieser Zeit betraf fast ausschließlich Afrika, wo allein noch viel Land nach den Begriffen der europäischen Mächte „frei", das heißt von keiner starken Staatsgewalt besetzt war. Man braucht aber nur die obige Tabelle der Ausdehnung der Eisenbahnbauten anzusehen, um zu erkennen, wie wenig Afrika dabei beteiligt ist. Wohl ist die Kilometerzahl seiner Eisenbahnen von 1880 bis 1906 von 4600 auf 28 000 gestiegen, aber was will das bedeuten gegenüber dem Anwachsen dieser Zahl für Asien von 16 000 auf 88 000 und gar für Amerika von 171 000 auf 473 000! Und in Afrika selbst entfällt der Löwenanteil der Eisenbahnbauten nicht auf die neuen, seit den achtziger Jahren erworbenen Kolonien, sondern auf alte Kolonien und selbständige Staaten, wie folgende Tabelle zeigt:

Länge der Eisenbahnen in Kilometer:

	1880	1890	1906
Algier	1405	3104	4906
Aegypten	1449	1547	5252
Abessinien	—	—	306
Kapkolonie	1457	2922	5812
Natal	158	546	1458
Transvaal	—	120	2191
Oranjestaat	—	237	1283
Uebriges Afrika	438	919	6985
Zusammen	4607	9356	28193

Also nur 7000 Kilometer, ein Viertel der Eisenbahnen Afrikas, nicht einmal ein ganzes Prozent (0,7 Proz.) aller Eisenbahnen der Welt, entfallen auf jene Gebiete, die — auch nicht alle, aber zum größten Teil — durch die neuere Kolonialpolitik von europäischen Mächten besetzt wurden. Man sieht, wie wenig diese Kolonialpolitik mit der Erweiterung des Weltmarkts seit zwanzig Jahren und der Wiederbelebung der Produktion zu tun hat.

Aber diese Wiederbelebung hing offensichtlich mit der Erschließung auswärtiger Märkte zusammen, die wieder zeitlich mit der neueren Kolonialpolitik seit den achtziger Jahren zusammenfiel, und so wurde von der Masse der Bourgeoisie die Kolonialpolitik in Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufschwung gebracht und für die Bourgeois der europäischen

Großmächte erstand ein neues Ideal, das sie in den neunziger Jahren dem Sozialismus entgegenzusetzen begannen, demselben Sozialismus, vor dem so manche ihrer Denker in den achtziger Jahren bereits kapituliert hatten. Dies neue Ideal war die Angliederung eines überseeischen Reiches an das europäische Staatsgebiet, der sogenannte Imperialismus.

Der Imperialismus eines Großstaats heißt aber Eroberungspolitik und heißt Feindschaft gegen die anderen Großstaaten, die die gleiche Eroberungspolitik in den gleichen überseeischen Gebieten treiben wollen. Er ist undurchführbar ohne starke Kriegsrüstungen, ohne große stehende Armeen, ohne Flotten, die imstande sind, in entfernten Meeren Schlachten zu schlagen.

Das Bürgertum war bis in die sechziger Jahre hinein im allgemeinen militärfeindlich, weil es regierungsfeindlich war. Es haßte das stehende Heer, das so ungemein viel Geld kostete und die festeste Stütze einer ihm feindlichen Regierung war. Die bürgerliche Demokratie hielt das stehende Heer für überflüssig, da sie sich auf ihr Land beschränken, keine Eroberungskriege führen wollte.

Seit den siebziger Jahren ersteht steigende Sympathie im Bürgertum für die Armee, nicht bloß in Deutschland und Frankreich, wo der Krieg von 1870 das Heerwesen populär gemacht hatte — in Deutschland als Bringer glänzender Siege, in Frankreich als Mittel der Abwehr gleicher Verheerungen, wie jener Krieg sie gebracht. Auch in anderen Staaten fängt man an, sich für das Heerwesen zu begeistern, sowohl als Mittel zur Niederhaltung des inneren, wie zur Niederwerfung des äußeren Feindes. Die besitzenden Klassen werden in dem Maße armeefreundlicher, in dem sie regierungsfreundlicher werden. Wie sehr sie immer durch Interessengegensätze gespalten werden mögen, in der Opferfreudigkeit für die kriegerischen Rüstungen finden sie sich alle zusammen, die radikalsten Demokraten mit den konservativsten Feudalen. Das Proletariat, die Sozialdemokratie, bildet allein die Opposition dagegen.

So erstarkten die Regierungen ungemein in den letzten Jahrzehnten und die Möglichkeit des Umsturzes einer Regierung, der Revolution, schien ins Unabsehbare zu entschwinden.

Die grundsätzliche Opposition — nicht zu verwechseln mit der Gegnerschaft einer von der Regierung ausgeschlossenen ämtergierigen Clique gegen die im Amt befindliche Regierung — ward immer mehr auf das Proletariat beschränkt, aber auch manchen seiner Schichten schwand seit dem letzten politischen Umschwung von 1890 der revolutionäre Drang.

Dieser Umschwung beseitigte die schlimmsten Aeußerungen der politischen Niederhaltung des Proletariats in Deutschland und Oesterreich. Früher schon waren in Frankreich die letzten Reste der Verfolgungsära nach dem Aufstand der Kommune geschwunden.

Die Sozialreform, der gesetzliche Arbeiterschutz wollte freilich nicht vom Fleck kommen. Er gedieh noch am besten zu der Zeit, wo der industrielle Kapitalismus schon so weit entwickelt war, um seine Verwüstungen an der Volksgesundheit zu zeigen und dringend ihre Abhilfe zu erheischen, wo das industrielle Kapital aber noch nicht Staat und Gesellschaft ganz beherrschte, Kleinbürgertum, Grundbesitz, ein Teil der Intellektuellen noch im starken Gegensatz zu ihm standen und gleichzeitig noch gewähnt werden konnte, es sei möglich, durch ein bißchen Arbeiterschutz das Proletariat zufriedenzustellen, das bereits eine Macht zu werden begann. In dieser Situation befand sich England schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die bedeutendste Maßnahme seines Arbeiterschutzes, der Zehnstundentag für Arbeiterinnen, wurde damals Gesetz (1847).

Das kontinentale Europa hinkte weit hintennach. Erst 1877 bekam die Schweiz das eidgenössische Fabriksgesetz, das den Elfstundentag als Maximalarbeitstag auch für Männer einführte. Oesterreich führte 1885 den gleichen Maximalarbeitstag ein. Die Zeit des Umschwunges nach dem Sturze Bismarcks brachte dann auch in Deutschland und Frankreich einige kleine Fortschritte. 1891 kam die deutsche Novelle zur Gewerbeordnung zustande, die für Frauen (die bis dahin ungeschützt gewesen waren) den elfstündigen Maximalarbeitstag festsetzte. 1892 wurde diese Bestimmung auch in Frankreich eingeführt.

Das war alles! Seitdem sind keine Fortschritte erzielt worden, die der Rede wert wären. In Deutschland sind wir in ganzen 17 Jahren so weit gekommen, daß eben der Zehnstundentag für Arbeiterinnen festgesetzt wurde. Die männlichen Arbeiter bleiben noch immer völlig ungeschützt.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und ebenso jeglicher anderen Sozialreform herrscht völlige Stagnation.

Aber der wirtschaftliche Aufschwung seit dem Ende der achtziger Jahre bot einer Reihe von Arbeiterschichten die Möglichkeit, ohne Hilfe der Gesetzgebung, durch „direkte Aktion" der Gewerkschaften ihre Lage zu verbessern, dank der rasch steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften.

Diese steigende Nachfrage wird gut bezeichnet durch die Abnahme der Auswanderung aus dem Deutschen Reich.

Man zählte Auswanderer aus Deutschland:

1881	220 902
1887	104 787
1891	120 089
1894	40 964
1900	22 309
1907	31 696

Dies rasche Zunehmen der Nachfrage nach Arbeitskräften schuf eine verhältnismäßig günstige Position für eine erhebliche Anzahl Arbeiterschichten gegenüber dem Kapital. Die Gewerkschaften, die sich in den ersten zwei Jahrzehnten der neuen Aera seit 1870 infolge der wirtschaftlichen Depression und des politischen Drucks in Deutschland, Frankreich, Oesterreich nur langsam hatten entwickeln können, wuchsen jetzt rapid an, namentlich in Deutschland, dessen ökonomische Entwicklung die kraftvollste war. Die englischen Gewerkschaften, diese alten Preisfechter der Arbeiterklasse, wurden erreicht, ja überholt, und ansehnliche Verbesserungen an Lohnhöhe, Arbeitszeit und sonstigen Arbeitsbedingungen durchgesetzt.

In Oesterreich z. B. wuchs die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in dem Zeitraum 1892 bis 1906 von 46 606 auf 448 270, im Deutschen Reich die der Zentralverbände 1893 bis 1907 von 223 530 auf 1 865 506. Dagegen wuchsen in derselben Zeit die englischen Trade-Unions 1892 bis 1906 nur von mehr als 1 500 000 Mitgliedern auf 2 106 283. Sie nahmen um 600 000 Mitglieder zu, die deutschen um 1 600 000.

Aber nicht nur an Raschheit des Wachstums übertrafen die deutschen Gewerkschaften während dieser Periode die englischen, sie stellten auch eine höhere Form der gewerkschaftlichen Bewegung dar. Die englischen Trade-Unions waren rein urwüchsig entstanden, die Kinder bloßer Praxis; die deutschen wurden von Sozialdemokraten gegründet und geleitet, denen die fruchtbringende Theorie des Marxismus zur Seite stand. Dank dem hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung es vermocht, viel zweckmäßigere Formen anzunehmen. An Stelle der lokalen und beruflichen Zersplitterung der englischen Trade-Unions setzte sie große, zentralisierte Industrieverbände; sie wußte Grenzstreitigkeiten der einzelnen Organisationen viel mehr einzudämmen, und endlich hat sie viel mehr als die englische die Gefahren der zunftmäßigen Verknöcherung und aristokratischen Exklusivität vermieden. Weit mehr wie die englischen fühlen sich die deutschen Gewerkschafter als die Vertreter des gesamten Proletariats und nicht bloß als die der organisierten Mitglieder

ihres Berufs. Nur langsam gelingt es den Engländern, ihre überlieferten Beschränktheiten abzustreifen. Die Führung der internationalen gewerkschaftlichen Welt fällt immer mehr den deutschen Gewerkschaften zu — dank dem, daß sie bisher, bewußt oder unbewußt, mehr von marxistischer Theorie beeinflußt waren, als ihre englischen Genossen.

Diese glänzende Entwicklung namentlich der deutschen Gewerkschaften machte um so tieferen Eindruck auf die Proletariermassen, je mehr die Sozialreform in den Parlamenten stockte, je weniger praktische Erfolge die Arbeiterklasse in diesem Zeitraum auf politischem Wege erzielte.

Die Gewerkschaften und daneben noch die Genossenschaften schienen berufen, ohne jegliche politische Erschütterung, einfach durch Ausnutzung der gegebenen gesetzlichen Grundlage die Arbeiterklasse immer höher zu heben, das Kapital immer mehr einzuengen, an Stelle des kapitalistischen Absolutismus die „konstitutionelle Fabrik" zu setzen und durch dieses Uebergangsstadium allmählich ohne jeden schroffen Bruch und jede Katastrophe zur „industriellen Demokratie" zu gelangen.

Aber während sich so die Klassengegensätze immer mehr zu mildern schienen, erwuchsen schon die Elemente, die sie von neuem verschärfen sollten.

8. Die Verschärfung der Klassengegensätze.

Gleichzeitig mit der gewerkschaftlichen Organisation ging die Bildung einer anderen gewaltigen Organisation vor sich, die jener immer mehr den Weg zu versperren droht. Diese Organisation ist der Unternehmerverband.

Wir haben oben schon des Aktienwesens gedacht. Frühzeitig hatte es Handelsunternehmungen und Banken ergriffen. Seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bemächtigte es sich in steigendem Maße auch der Industrie. Wir haben auch schon darauf hingewiesen, wie die Zentralisation der Unternehmungen in wenigen Händen, die bereits durch das Vordringen des Großbetriebs angebahnt wurde, durch das Aktienwesen eine gewaltige Förderung erhielt. Es fördert die Expropriation der kleinen Vermögen, die in Aktienbesitz angelegt werden, durch die Herren der hohen Finanz, die sich in dem gefahrvollen Fahrwasser des modernen Wirtschaftlebens viel besser zurechtfinden als die kleinen „Sparer", ja zum Teil dessen Strudel und Untiefen künstlich hervorrufen. Durch das Aktienwesen werden aber auch die kleinen, in Aktien angelegten Vermögen zu Machtmitteln, die den Herren der hohen Finanz, den Beherrschern der Aktiengesellschaften, zur unumschränkten Verfügung anvertraut werden. Das Aktienwesen endlich erlaubt es einzelnen Herren der hohen Finanz, einzelnen Milliardären und Großbanken, zahlreiche Betriebe derselben Art ihrer Herrschaft früher schon zu unterwerfen, ehe sie ihren vollständigen Besitz erlangen, und sie so in einer gemeinsamen Organisation zu vereinigen.

Dank dem sehen wir seit den neunziger Jahren die Unternehmerorganisationen in allen kapitalistischen Ländern wie Pilze aus der Erde schießen, wobei sie je nach dem Stande der Gesetzgebung die verschiedensten Formen annehmen, alle aber sich die gleichen Ziele setzen: Schaffung künstlicher Monopole zur Erhöhung des Profits. Dies geschieht teils durch Erhöhung der Preise der Produkte, also durch vermehrte Ausbeutung der Konsumenten, teils durch Herabsetzung der Produktionskosten, was in verschiedenen Formen erreicht wird, die alle schließlich entweder zur Freisetzung oder zu vermehrter Ausbeutung von Arbeitern, häufig zu beidem führen.

Noch leichter als die Zusammenfassung der Unternehmer zu Kartellen und Trusts zur Hochhaltung der Preise vollzieht sich ihre Zusammenfassung in Organisationen zur Nieder-

haltung der Arbeiter. Auf dem letzteren Gebiet kennen sie keine Konkurrenz, keinen Gegensatz, da sind sie alle einig. Da fühlen nicht nur alle Unternehmer des gleichen Industriezweiges das gleiche Interesse, sondern auch alle der verschiedensten Industriezweige. Mögen sie sich auf dem Warenmarkt als Käufer und Verkäufer noch so feindselig gegenüberstehen, auf dem Arbeitsmarkt finden sie sich brüderlich zusammen als Käufer der gleichen Ware Arbeitskraft.

Diese Unternehmerorganisationen setzen dem Fortschritt der Arbeiterklasse durch die gewerkschaftliche Organisation immer größere Hindernisse entgegen. Naumann übertreibt ihre Kraft in seinen oben zitierten Ausführungen. Ganz willenlos sind ihnen gegenüber die Gewerkschaften nicht. Aber ihr siegreicher Vormarsch findet sich in den letzten Jahren immer mehr gehemmt, sie werden allenthalben in die Defensive gedrängt, dem Streik wird die Aussperrung immer öfter und immer wirksamer entgegengesetzt. Die günstigen Zeitpunkte, in denen sie noch erfolgreich Schlachten schlagen können, werden immer seltener.

Diese Situation wird noch verschlechtert dadurch, daß der Zuzug bedürfnisloser ausländischer Arbeitskräfte immer mehr steigt. Das ist eine naturnotwendige Folge des industriellen Aufschwungs, der ja daher rührt, daß der Weltmarkt durch Dampfschiffe und Eisenbahnen erweitert wurde, daß diese die entferntesten Erdenwinkel dem Zugang der Produkte kapitalistischer Industrie erschließen. In den neuerschlossenen Gegenden treten diese Produkte an die Stelle der Erzeugnisse der heimischen, namentlich bäuerlichen Hausindustrie; dadurch werden einerseits neue Bedürfnisse in den Bewohnern der neuerschlossenen Gegenden erweckt, andererseits wird die Notwendigkeit für sie erzeugt, G e l d in die Hand zu bekommen. Gleichzeitig werden durch den Niedergang der heimischen Industrie in jenen rückständigen Gegenden Arbeitskräfte überflüssig. In der Heimat finden sie keine Beschäftigung und schon gar nicht geldbringende Beschäftigung. Die neuen Verkehrsmittel, Eisenbahnen und Dampfschiffe, die ihnen die Industrieprodukte der kapitalistischen Länder bringen, bieten ihnen nun aber auch die Möglichkeit, als lebende Rückfracht leicht nach dem Industrielande zu kommen, das lohnende Arbeit in Aussicht stellt.

Der Austausch von Menschen gegen Waren ist eine unvermeidliche Folge der Ausdehnung des Marktes der kapitalistischen Industrie. Zuerst bringt sie Industrieprodukte im eigenen Lande von der Stadt aufs flache Land und zieht von dort nicht bloß Rohmaterialien und Lebensmittel, sondern auch Arbeitskräfte an sich. Wird das Industrieland zum Waren exportierenden Land, dann wird es damit bald auch

zum Menschen importierenden Land. So zuerst England, dem in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts namentlich aus Irland zahlreiche Arbeiterscharen zuströmten.

Sicher ist dieser Zustrom tiefstehender Elemente ein ernsthaftes Hindernis des proletarischen Klassenkampfes, aber er ist naturnotwendig mit der Ausdehnung des industriellen Kapitalismus verknüpft. Es geht nicht an, wie es moderne „Realpolitiker" des Sozialismus lieben, diese Ausdehnung als einen Segen für das Proletariat zu preisen und die Einwanderung der Ausländer als einen Fluch, der mit jenem Segen gar nichts zu tun habe. Jeder ökonomische Fortschritt ist unter dem System des Kapitalismus mit einem Fluch für das Proletariat verbunden. Wenn die Arbeiter Amerikas keinen Zustrom von Japanern und Chinesen wollen, müssen sie auch dagegen auftreten, daß amerikanische Dampfschiffe amerikanische Waren nach Japan und China bringen, mit amerikanischem Geld dort Eisenbahnen gebaut werden. Eins hängt mit dem andern notwendig zusammen.

Die Einwanderung von Ausländern ist ein Mittel, das Proletariat herabzudrücken, ebenso wie die Einführung von Maschinen, wie die Ersetzung der Männerarbeit durch Frauenarbeit, der Arbeit gelernter durch die ungelernter Arbeiter. Ihre niederdrückenden Folgen sind ein Grund, nicht gegen die ausländischen Arbeiter, sondern gegen die Herrschaft des Kapitals Front zu machen, allen Illusionen zu entsagen, als wenn die rasche Entwicklung der kapitalistischen Industrie dauernd den Arbeitern Vorteil brächte. Dies ist stets nur vorübergehend der Fall. Unvermeidlich kommt das bittere Ende hintennach. Auch jetzt wieder tritt das klar zutage.

Wir haben oben gesehen, wie sehr die Auswanderung aus dem Deutschen Reich in den letzten zwanzig Jahren stark abgenommen hat. Gleichzeitig aber wuchs die Zahl der Ausländer im Reich. Man zählte ihrer:

1880	276 057
1890	433 254
1900	778 698
1905	1 007 179

Die Zählung fand stets am 1. Dezember statt, zu einer Zeit, wo Landwirtschaft und Bauwesen ruhen. Die zahlreichen ausländischen Arbeiter, die nur im Sommer in Deutschland arbeiten, im Herbst aber in ihre Heimat zurückwandern, sind da nicht mitgezählt.

Die Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes durch Unternehmerverbände und den Zuzug anspruchsloser, unorganisierter, schutzloser fremder Arbeiter wurde doppelt bitter

empfunden, als eine Steigerung der Lebensmittelpreise eintrat.

Für die Lebenshaltung der europäischen Arbeiterklasse war von äußerster Wichtigkeit das Sinken der Lebensmittelpreise seit den siebziger Jahren, auf das wir schon hingewiesen haben. Es erhöhte die Kaufkraft ihres Geldlohnes, milderte die Wirkungen seines Sinkens während der Krise, ließ nach ihrer Ueberwindung den Reallohn noch rascher ansteigen als den Geldlohn, soweit nicht Agrarzölle die wohltätigen Wirkungen der niedrigen Lebensmittelpreise wieder wett machten.

Aber seit einigen Jahren sind die Lebensmittelpreise wieder im Steigen begriffen.

Am deutlichsten läßt sich ihre Bewegung in England verfolgen, wo sie durch keine Agrarzölle gehemmt und abgelenkt wird. Es betrug nach einer Tabelle Conrads dort der Weizenpreis für die Tonne, à 1000 Kilogramm:

1871—75	. . . . .	246,4 Mk.
1876—80	. . . . .	206,8 „
1881—85	. . . . .	180,4 „
1886—90	. . . . .	142,8 „
1891—95	. . . . .	128,2 „
1896	. . . . .	123,0 „

Dagegen ist die Bewegung in neuerer Zeit nach den Angaben der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs (1908, 4. Heft) folgende. In Liverpool notierte La Plata-Weizen im Juli bis September:

1901	. . . .	129,1 Mk.
1902	. . . .	— „
1903	. . . .	139,3 „
1904	. . . .	152,1 „
1905	. . . .	144,8 „
1906	. . . .	138,0 „
1907	. . . .	160,0 „
1908	. . . .	176,0 „

Natürlich schwanken die Preise der verschiedenen Jahre mit den wechselnden Ernten auf und ab. Aber es scheint doch, als hätten wir jetzt mit den steigenden Lebensmittelpreisen nicht eine vorübergehende, sondern eine dauernde Erscheinung vor uns.

Der Bankerott der russischen Landwirtschaft sowie die Verwandlung der Vereinigten Staaten aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat lassen erwarten, daß der massenhafte Zustrom billiger Lebensmittel nach Europa allmählich versiegt.

Die amerikanische Weizenproduktion z. B. nimmt seit einigen Jahren nicht mehr zu. Sie betrug:

Jahr	Bebaute Fläche Acres	Ertrag Bushels	Durchschnittspreis pro Bushel 1. Dezember
1901 . . .	49,9 Millionen	748 Millionen	62,4 Cents
1902 . . .	46,2 „	670 „	63,0 „
1903 . . .	49,5 „	638 „	69,5 „
1904 . . .	44,1 „	552 „	92,4 „
1905 . . .	48,9 „	693 „	74,8 „
1906 . . .	47,3 „	735 „	66,7 „
1907 . . .	45,2 „	634 „	87,4 „

Man sieht, die Produktion ist eher im Rückgang, als im Fortschreiten begriffen. Dafür zeigen die Preise eine entschiedene Tendenz, zu steigen.

In gleicher Richtung, wie das Stocken der Zufuhr von Lebensmitteln, wirken die Kapitalistenringe, die alle Preise und Frachten noch künstlich in die Höhe treiben.

Wir sehen hier ganz ab von den Agrarzöllen, die die Belastung des arbeitenden Volkes durch die steigenden Lebensmittelpreise von Staats wegen noch besonders vermehren.

Gesellt sich zu alledem nun noch eine Krise, wie sie am Ende des Jahres 1907 eintrat, mit ihrem Gefolge weitverbreiteter Arbeitslosigkeit, dann wird die Lage des Proletariats eine furchtbare, wie eben jetzt. Aber es darf nicht erwarten, daß das Ende der Krise ihm den Aufschwung der Zeit von 1895 bis 1907 wiederbringt. Die hohen Lebensmittelpreise werden bleiben und noch steigen; auch der Zustrom billiger Arbeitskräfte von außen wird nicht aufhören, im Gegenteil, mit Beginn einer besseren Konjunktur mit erhöhter Kraft wieder einsetzen. Vor allem aber die Unternehmerverbände werden mehr als je einen eisernen Ring bilden, den durch bloße gewerkschaftliche Mittel zu sprengen unmöglich ist.

So wichtig, ja unentbehrlich die Gewerkschaften sind und bleiben, wir dürfen nicht erwarten, daß sie durch rein gewerkschaftliche Methoden das Proletariat noch einmal so mächtig vorwärts bringen, wie es ihm im letzten Dutzend Jahre gelang. Wir müssen sogar mit der Möglichkeit rechnen, daß die Gegner die Kraft gewinnen, es zeitweise wieder zurückzudrängen.

Es ist bemerkenswert, daß schon in den letzten Jahren der Prosperität, als die Industrie voll beschäftigt war, über steten Arbeitermangel klagte, die Arbeiter nicht mehr imstande waren, ihren Reallohn — das heißt ihren Lohn nicht in Geld, sondern in Lebensmitteln gemessen — zu erhöhen, daß er vielmehr zurückging. Das ist für verschiedene Arbeiterschichten in

Deutschland durch private Untersuchungen nachgewiesen worden. Für Amerika haben wir eine offizielle Anerkennung dieser Tatsache für die gesamte Arbeiterschaft.

Das Arbeitsbureau in Washington unternimmt es seit 1890 jedes Jahr, die Arbeiterverhältnisse einer Anzahl Unternehmungen der wichtigsten Industriezweige der Vereinigten Staaten zu erforschen. In den letzten Jahren waren es 4169 Fabriken und sonstige Werkstellen, in denen die Höhe des Lohnes und der Arbeitszeit sowie die Haushaltungsbudgets der Arbeiter untersucht wurden, die Art ihres Konsums, die Preise ihrer Lebensmittel. Die so erlangten Zahlen wurden dann in Vergleich miteinander gebracht, um die Verbesserung oder Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter zu zeigen.

Für jede einzelne Rubrik wurde der Durchschnitt der Zahlen für 1890—99 gleich 100 gesetzt. Die Zahl 101 bezeichnet also eine Verbesserung um 1 Proz. gegenüber dem Durchschnitt von 1890—99, die Zahl 99 eine Verschlechterung um 1 Proz. Das Bureau fand nun:

Jahr	Wochenlohn eines vollbeschäftigten Arbeiters	Preise im Detailhandel der im Haushalt des Arbeiters verbrauchten Lebensmittel	Kaufkraft des Wochenlohnes
1890	101,0	102,4	98,6
1891	100,8	103,8	97,1
1892	100,3	101,9	99,4
1893	101,2	104,4	96,9
1894	97,7	99,7	98,0
1895	98,4	97,8	100,6
1896	99,5	95,5	104,2
1897	99,2	96,3	103,0
1898	99,9	98,7	101,2
1899	101,2	99,5	101,7
1900	104,1	101,1	103,0
1901	105,9	105,2	100,7
1902	109,2	110,9	98,5
1903	112,3	110,3	101,8
1904	112,2	111,7	100,4
1905	114,0	112,4	101,4
1906	118,5	115,7	102,4
1907	122,4	120,6	101,5

Zunächst zeigt uns diese Tabelle, was es mit dem sogenannten „reformistischen Aufstieg“ des Proletariats für eine Bewandtnis hat. Die letzten 17 Jahre waren ungewöhnlich

günstige für die Arbeiterklasse, sie waren Jahre eines stürmischen Aufschwungs in Amerika, wie er vielleicht nie wieder kommen wird. Und keine Arbeiterklasse erfreut sich solcher Freiheiten wie die amerikanische, keine ist realpolitischer, freier von allen revolutionären Ideologien, die sie von der Kleinarbeit um Verbesserung ihrer Lage ablenken könnten. Und dennoch steht im Jahre des Aufschwungs von 1907, wo der Geldlohn durchschnittlich noch um 4 Proz. gegen das Vorjahr stieg, der Reallohn nur wenig höher als 1890, wo die Geschäfte keineswegs glänzend gingen. Natürlich macht die Arbeitslosigkeit, die Unsicherheit der Existenz einen enormen Unterschied zwischen Krisis und Prosperität; aber die Kaufkraft des Wochenlohnes des vollbeschäftigten Arbeiters hat sich 1907 gegen 1890 nur wenig geändert.

Der Geldlohn freilich ist bedeutend gestiegen. Er fiel in der Zeit der Depression von 1890 bis 1894 von 101,0 auf 97,7, also um mehr als 3 Proz, um von da an stetig zu wachsen, bis 1907 auf 122,4, also um fast 25 Proz.

Die Preise der Lebensmittel dagegen sind von 1890 bis 1896 noch rascher gefallen als der Geldlohn, von 102,4 auf 95,5, um fast 7 Proz., so daß die Kaufkraft des Wochenlohnes nicht in demselben Maße fiel wie sein Geldbetrag. Der Reallohn fiel von 1890 bis 1894 nur von 98,6 auf 98,0, also bloß um 0,6 Proz, indes der Geldlohn gleichzeitig um 3 Proz. gefallen war. Von 1894 bis 1896 steigt der Geldlohn von 97,7 auf 99,5, indes die Lebensmittelpreise noch weiter fallen. So kommt der Arbeiter 1896 zu einer Kaufkraft seines Geldlohnes von 104,2.

Diese Kaufkraft hat sein Geldlohn seitdem nicht wieder erreicht. Trotz aller Prosperität bleibt sein Reallohn seit mehr als einem Jahrzehnt tiefer als er damals gewesen. Das nennt man einen langsamen, aber sicheren Aufstieg des Arbeiters!

Ebenso bemerkenswert ist es, daß noch mitten im höchsten Taumel des Geschäftslebens, als die Kapitalisten die fettesten Profite ergatterten, der Reallohn der Arbeiter nicht einmal mehr gleich blieb, sondern schon zu sinken begann. Wohl stieg von 1906 zu 1907 der Geldlohn von 118,5 auf 122,4, also um fast 4 Proz., aber die Preise der Lebensmittel schnellten gleichzeitig von 115,7 auf 120,6, also um fast 5 Proz. in die Höhe, so daß selbst damals die Kaufkraft des Wochenlohnes um 1 Proz. sank. In Wirklichkeit sind hier die Verhältnisse wohl noch schlimmer. Amerikanische Statistiken stehen nicht in dem Rufe, zuungunsten der bestehenden Verhältnisse zu schwarz zu malen.

Dies gibt eine Vorahnung davon, daß auch nach dem Vorbeigehen der Krise und dem Wiedereintritt der Prosperität das

Proletariat auf keine Wiederholung der letzten glänzenden gewerkschaftlichen Aera mehr zu rechnen hat.

Aber wir wiederholen, damit soll nicht gesagt sein, daß die Gewerkschaften dadurch machtlos oder gar überflüssig werden. Sie bleiben die größten Massenorganisationen des Proletariats, ohne die es wehrlos völliger Verelendung preisgegeben ist. Die Aenderung der Situation mindert nicht ihre Bedeutung, sondern wandelt nur ihre Kampfesmethoden. Wo sie mit großen Unternehmerorganisationen zu tun bekommen, mögen sie diesen direkt wohl nichts anhaben können; aber ihre Kämpfe mit solchen Organisationen wachsen riesenhaft an, vermögen die ganze Gesellschaft, den ganzen Staat zu erschüttern, Regierungen und Parlamente zu beeinflussen, wo die Unternehmer alle Konzessionen ablehnen.

Streiks in Zweigen der Industrie, die von Unternehmerverbänden beherrscht werden und die für das ganze Wirtschaftsleben von Bedeutung sind, bekommen immer mehr einen politischen Charakter. Andererseits kommen immer öfter Gelegenheiten, bei denen in rein politischen Kämpfen, z. B. Wahlrechtskämpfen, die Waffe des Massenstreiks erfolgreich wirkt.

So bekommen die Gewerkschaften immer mehr politische Aufgaben, in England wie in Frankreich, in Deutschland wie in Oesterreich wenden sie sich mehr der Politik zu. Das ist der berechtigte Kern des Syndikalismus der romanischen Länder, der aber leider infolge seiner anarchistischen Abstammung diesen Kern in einem Wust von Antiparlamentarismus erstickt. Und doch kann sich die „direkte Aktion" der Gewerkschaften nur als Ergänzung und Verstärkung nicht als Ersetzung der parlamentarischen Tätigkeit der Arbeiterparteien zweckmäßig betätigen.

Das Schwergewicht der proletarischen Aktion wird wieder mehr als in den letzten zwei Jahrzehnten in die Politik verlegt. Zunächst wendet sich natürlich das proletarische Interesse wieder mehr der Sozialreform, dem Arbeiterschutz zu. Aber da findet es eine allgemeine Stagnation, die unter den gegebenen Machtverhältnissen auf den gegebenen staatlichen Grundlagen nicht zu überwinden ist.

Man darf unter Stagnation nicht völligen Stillstand verstehen, der ist unmöglich in einer so wildbewegten Gesellschaft wie der unseren, wohl aber ein so verlangsamtes Tempo des Fortschritts, daß er zum Stillstand, ja zum Rückschritt wird, wenn man sein Tempo vergleicht mit dem der technischen und ökonomischen Umwälzung und des Wachstums der Ausbeutung. Und diese unsäglich langsamen Fortschritte müssen immer mehr durch große Kämpfe, namentlich gewerkschaftlicher Art, vorbereitet und erzwungen werden, deren Lasten und

Opfer rasch zunehmen und immer mehr die schließlichen positiven Resultate überwiegen.

Man darf eben nicht vergessen, daß gerade unser „positives“ und „reformatorisches“ Wirken nicht nur das Proletariat kräftigt, sondern auch unsere Gegner zu immer energischerem Widerstand gegen uns anreizt. Und je mehr die Kämpfe um soziale Reformen wieder zu politischen Kämpfen werden, desto mehr trachten auch die Unternehmerverbände danach, Parlamente und Regierungen gegen die Arbeiter und ihre Organisationen „scharf“ zu machen und deren politischen Rechte zu verkümmern.

So tritt im politischen Leben wieder der Kampf um politische Rechte in den Vordergrund, werden die Verfassungsfragen, die Fragen der Grundlagen des staatlichen Lebens zu den entscheidenden Fragen.

Die Gegner des Proletariats arbeiten immer mehr darauf hin, seine politischen Rechte wieder einzuengen. In Deutschland mehren sich nach jedem großen Wahlsieg des Proletariats die Drohungen der Ersetzung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts durch ein Pluralwahlrecht. In Frankreich und der Schweiz wütet Militär gegen Streikende; in England und Amerika sind es die Gerichte, die die Bewegungsfreiheit des Proletariats einengen, der offen entgegenzutreten das Parlament oder der Kongreß nicht den Mut hat.

Aber das Proletariat kann sich nicht damit begnügen, solche Knebelungsversuche nach Möglichkeit abzuwehren. Seine Lage wird immer bedrängter, wenn es ihm nicht gelingt, neue Grundlagen des staatlichen Lebens zu erobern, die ihm erlauben, den staatlichen Apparat ständig seinen Klasseninteressen dienstbar zu machen. Am meisten bedarf es dessen heute, abgesehen von Rußland, im Deutschen Reich. Schon das Reichstagswahlrecht wendet sich immer mehr gegen das städtische Proletariat. Die Einteilung der Reichstagswahlkreise ist heute noch dieselbe wie 1871. Aber wir haben gesehen, wie sich seitdem das Verhältnis von Stadt zu Land gewandelt hat. Wenn dieses 1871 noch so war, daß zwei Drittel der Bevölkerung auf dem Lande und ein Drittel in Städten wohnten, so hat sich dies Verhältnis jetzt verkehrt, aber die Wahlkreiseinteilung ist dieselbe geblieben. Sie bevorzugt immer mehr das flache Land auf Kosten der Städte. Bei den letzten Reichstagswahlen erhielt die Sozialdemokratie 29 Proz. aller abgegebenen Stimmen, aber nur 10,8 Proz. der Mandate, das Zentrum dagegen 19,4 Proz. der Stimmen und 26,4 Proz. der Mandate, und die Konservativen 9,4 Proz. der Stimmen, dagegen 15,7 Proz. der Mandate.

Zusammen erhielten die beiden letzteren Parteien noch nicht so viel Stimmen, wie die Sozialdemokratie, dafür aber

42,1 Proz., also viermal so viel Mandate. Der Sozialdemokratie hätten bei einem Proportionalwahlrecht 1907 116 Mandate gebührt, statt 43; den Konservativen und dem Zentrum zusammen 115, statt 164.

Das Fortbestehen der jetzigen Wahlkreiseinteilung bedeutet ein Pluralwahlrecht der rückständigsten Bevölkerungsschichten, ein Pluralwahlrecht, dessen Ungleichheit von Jahr zu Jahr steigt, in demselben Maße steigt, in dem das städtische Proletariat wächst.

Dabei haben wir ein System der Stimmenabgabe, das gerade auf dem Lande und in den kleinen Städten die politische Abhängigkeit des Proletariats von den besitzenden Klassen fast in demselben Maße wie ihre ökonomische Abhängigkeit zur Geltung bringt, da die Wahlkuverts in der jetzt üblichen Weise das Wahlgeheimnis mehr noch als das frühere System wirkungslos machen.

Aber freilich, mit der Beseitigung dieser Schäden allein wäre es nicht getan. Was nutzt das Steigen unseres Einflusses, unserer Macht im Reichstag, wenn der Reichstag selbst ohne Einfluß und Macht dasteht. Die Macht muß ihm erst erobert, ein wirklich parlamentarisches Regime durchgesetzt, die Reichsregierung muß zum Ausschuß des Reichstages gemacht werden.

Der Reichstag krankt indes nicht bloß an der Unabhängigkeit der Reichsregierung von ihm, sondern nicht minder daran, daß das Reich noch gar kein richtiger einheitlicher Staat ist. Seine Kompetenzen sind äußerst beschränkt, auf Schritt und Tritt stößt er auf die Souveränität der Einzelstaaten, ihrer Regierungen und Landtage und auf ihre bornierten Partikularinteressen. Mit den Kleinstaaten freilich würde er wohl leicht fertig, aber eine gewaltige Masse versperrt ihm den Weg: Preußen und sein Dreiklassenlandtag. Der preußische Partikularismus vor allem muß gebrochen werden, sein Landtag muß aufhören, der Hort aller Reaktion zu sein. Eroberung des geheimen und gleichen Wahlrechts für die norddeutschen Landtage, vor allem den preußischen, aber auch Erhebung des Reichstages zur herrschenden Macht gehören mit zu den dringendsten politischen Aufgaben des Tages.

Aber wenn es auf diese Weise gelingt, Deutschland in einen demokratischen Staat zu verwandeln, so genügt das noch nicht, dem Proletariat vorwärts zu helfen. Das deutsche Proletariat, das heute schon die große Mehrheit der Bevölkerung bildet, erhält dann wohl die Klinke der Gesetzgebung in die Hand, aber die nützt ihm nicht viel, wenn der Staat nicht über reiche Mittel verfügt, die zu sozialen Reformen unerläßlich sind.

Heute aber werden alle Mittel des Staates aufgezehrt durch den Militarismus und Marinismus. Das stete Anwachsen der Ausgaben dafür ist schuld daran, daß der heutige Staat selbst solche Kulturaufgaben vernachlässigt, die im dringendsten Interesse der Gesamtbevölkerung, nicht bloß des Proletariats liegen, wie die Verbesserung des Schulwesens, der Kommunikationen — Kanäle und Straßen — usw., Unternehmungen, die die Produktivität und die Konkurrenzfähigkeit des Landes ungemein heben würden und daher sogar vom rein geschäftlichen kapitalistischen Interesse geboten sind.

Aber dafür sind keine großen Summen aufzubringen, denn Armee und Flotte fressen alles und werden immer mehr fressen, solange das jetzige System weiter herrscht.

Aufhebung der stehenden Heere und Abrüstung sind unerläßlich, soll der Staat erhebliche Sozialreformen durchführen können. Das erkennen selbst bürgerliche Elemente immer mehr an, aber sie sind unfähig, es zu leisten. Friedensschwätzereien in Suttnerscher Manier helfen keinen Schritt vorwärts.

Das jetzige Wettrüsten ist vor allem eine Folge der Kolonialpolitik und des Imperialismus, und es hilft nichts, Friedenspropaganda zu machen, solange man diese Politik mitmacht. Wer Kolonialpolitik will, muß auch Militarismus und Marinismus wollen, denn es wäre unsinnig, sich bestimmte Zwecke zu setzen und die Mittel zu ihrer Erreichung abzulehnen. Das mögen diejenigen unserer Freunde bedenken, die für den Weltfrieden und die Abrüstung schwärmen, alle möglichen bürgerlichen Friedenskongresse mitmachen und gleichzeitig die Kolonialpolitik für notwendig halten, freilich eine ethische, sozialistische Kolonialpolitik. Sie geraten in die Lage jener preußischen Fortschrittler der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, die als bürgerliche Politiker vor der Revolution zurückschreckten, die Einigung Deutschlands nicht durch die Revolution, sondern durch das siegreiche Hohenzollerntum anstrebten, die aber gleichzeitig als demokratische Politiker den Militarismus zu beschränken suchten und den Hohenzollern die militärischen Machtmittel zur Durchführung ihrer Aufgabe möglichst verweigerten. Sie gingen an ihrem eigenen Widerspruch zugrunde.

Wer für die Kolonialpolitik Stimmung macht, muß auch entschlossen sein, das Wettrüsten mitzumachen. Wer diesem Einhalt tun will, muß die Bevölkerung von der Nutzlosigkeit, ja Verderblichkeit der Kolonialpolitik überzeugen.

Das sind in der gegebenen Situation die dringendsten politischen Aufgaben des kämpfenden Proletariats, das ist die

„positive“ Politik, die es zu machen hat. Ehe diese Aufgaben nicht gelöst sind, hat es auf keinen weiteren „reformistischen“ Aufstieg von Belang zu hoffen, angesichts des Wachstums der Unternehmerverbände, der Lebensmittelpreise, des Zustroms tiefer stehender Arbeiterschichten, des allgemeinen Stillstandes aller gesetzlichen Sozialreform, des Wachsens der Staatslasten, die ihm aufgebürdet werden.

Die Verbesserung des Reichstagswahlrechts, die Eroberung des gleichen und geheimen Wahlrechts zu den Landtagen, namentlich Sachsens und Preußens, die Erkämpfung einer herrschenden Stellung des Reichstags sowohl gegenüber den Regierungen wie gegenüber den Einzellandtagen, das sind Aufgaben, die speziell das deutsche Proletariat angehen, das erst die volle Demokratie und Reichseinheit zu erkämpfen hat. Der Kampf gegen Imperialismus und Militarismus ist die gemeinsame Aufgabe des gesamten internationalen Proletariats.

Mancher dürfte meinen, daß die Lösung dieser Aufgaben uns auch noch nicht weiter bringen werde. Haben wir nicht in der Schweiz einen Staat, der schon alle diese Bedingungen erfüllt: vollste Demokratie, Milizsystem, das Fehlen jeglicher Kolonialpolitik? Und doch stockt auch in der Schweiz die Sozialpolitik, wird das Proletariat von den Unternehmern dort ebenso ausgebeutet und geknechtet wie anderswo.

Darauf ist zunächst zu bemerken, daß die Schweiz sich den Konsequenzen des Wettrüstens um sie herum nicht entzieht, sondern fleißig mitrüstet, was sie nicht wenig Geld kostet. Ein Teil der Militärausgaben wird von den Kantonen getragen, trotzdem wuchsen die Ausgaben des Bundes in folgender sprunghaften Weise:

1875	39	Millionen Franken
1885	41	„ „
1895	79	„ „
1905	117	„ „
1906	129	„ „
1907	139	„ „

Speziell die Militärausgaben sind in raschem Wachsen, ebenso aber auch die Einnahmen aus Zöllen. Es betrugen

	Die Ausgaben des Bundes für das Militär	Einnahmen des Finanz- und Zolldepartements
1895 . .	23 Millionen	4 Millionen
1905 . .	31 „	64 „
1906 . .	35 „	62 „
1907 . .	42 „	63 „

Rechnet man von den Einnahmen und Ausgaben die der Post und des Telegraphen ab, die sich fast decken (59 Mill. Ausgaben und 63 Mill. Einnahmen), so finden wir 1907 83 Millionen Einnahmen, wovon 73 Millionen aus Zöllen, und 80 Millionen Ausgaben, davon 42 Millionen für das Militär und 6 Millionen für die Verzinsung der Staatsschuld.

Also selbst in der Schweiz schluckt der Militarismus den Löwenanteil der Staatseinnahmen, und seine Anforderungen sind in raschem Wachstum begriffen.

Dann aber macht es einen gewaltigen Unterschied, ob man ein Recht vererbt oder geschenkt überkommt, oder ob man es in zähem, opfervollem Ringen erobert.

Es wird wohl niemand so naiv sein, behaupten zu wollen, daß wir kampflos und unmerklich aus dem Militärstaat und dem Absolutismus in die Demokratie, aus dem erobernden Imperialismus in den Bund freier Völker „hineinwachsen" werden. Die Anschauung vom Hineinwachsen konnte nur zu einer Zeit erstehen, wo man glaubte, die gesamte Weiterentwickelung werde sich ausschließlich auf ökonomischem Boden vollziehen, ohne daß irgendeine Aenderung der politischen Machtverhältnisse und Einrichtungen erforderlich sei. Sobald sichs herausstellt, daß solche Aenderungen dringend notwendig für das Proletariat sind, soll es seinen ökonomischen Aufstieg weiter vollziehen können, ist damit auch die Notwendigkeit politischer Kämpfe, Machtverschiebungen und Umwälzungen gegeben.

In diesen Kämpfen muß das Proletariat gewaltig wachsen, es kann nicht in ihnen siegen, nicht die oben genannten Ziele, Demokratie und Beseitigung des Militarismus, erreichen, ohne selbst zu einer beherrschenden Position im Staate zu gelangen.

So muß denn die Eroberung der Demokratie und die Beseitigung des Militarismus in einem modernen Großstaat ganz andere Wirkungen üben, wie jetzt das von altersher überkommene Milizsystem und die republikanischen Einrichtungen in der Schweiz.

Um so mehr, je mehr diese Umwandlungen ausschließlich vom Proletariat errungen werden. Und es hat keine Aussicht auf treue Bundesgenossen in den kommenden Kämpfen. Ehedem rechneten wir auf Bundesgenossen aus bürgerlichem Lager, namentlich Kleinbürger und Kleinbauern. Wir haben gesehen, wie sehr Marx und Engels lange Zeit erwarteten, die kleinbürgerliche Demokratie werde in der Revolution wenigstens anfangs mittun, wie es 1848 und noch 1871 in Paris tat. Als die demokratischen Politiker und Parteien immer mehr versagten, glaubten wir Marxisten immer noch, größere Massen

von Kleinbürgern und Kleinbauern an uns ziehen, für unsere revolutionären Ziele interessieren zu können. Diese Erwartung fand noch Ausdruck in meinem oben zitierten Artikel aus dem Jahre 1893, und noch stärkeren Ausdruck in der Engelsschen Einleitung aus dem Jahre 1895:

„Geht das so voran, so erobern wir bis Ende des Jahrhunderts den größten Teil der Mittelschichten der Gesellschaft, Kleinbürger und Kleinbauern und wachsen aus zu der entscheidenden Macht im Lande."

Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt — auch hier wieder zeigte sichs, daß wir Marxisten mit unseren Erwartungen oder „Prophezeiungen" dann unrecht behielten, wenn wir das revolutionäre Empfinden des Kleinbürgertums überschätzten. Man sieht aber auch, wie begründet der Vorwurf ist, marxistischer Dogmenfanatismus weise solche Elemente aus der Partei fort. Wenn Engels sich 1894 gegen das französische und ich mich ein Jahr später gegen das deutsche Agrarprogramm wendete, geschah es nicht, weil wir die Gewinnung der Bauern für überflüssig, sondern nur, weil wir die besondere vorgeschlagene Art ihrer Gewinnung für falsch hielten. Seitdem haben Parteigenossen in Frankreich, Oesterreich, der Schweiz ihr Glück bei den Bauern mit dieser Art versucht, ohne Erfolg damit zu haben.

Das gleiche gilt vom Kleinbürgertum. Von breiten Mittelschichten kann man sagen, daß, welche Art sozialistischer Propaganda immer unter ihnen geübt werden mag, sie für uns heute schwerer zu gewinnen sind als je. Diese Auffassung entstammt nicht marxistischer „Orthodoxie" — wir haben gesehen, daß der Marxismus eher durch zu große als durch zu geringe Erwartungen in diesem Punkte fehlte — sie ist ein Ergebnis bitterer Erfahrungen der letzten Jahre. Unser marxistischer „Dogmenfanatismus" ist dabei nur insofern beteiligt, als er es uns erleichterte, diese Erfahrungen anzuerkennen und sie zu begreifen, das heißt, ihre Ursachen bloßzulegen — die unerläßliche Vorbedingung für eine erfolgreiche „Realpolitik".

Auch hier finden wir wieder, daß unsere „positive" Arbeit, sobald sie das Proletariat stärkt, gerade dadurch auch seinen Gegensatz zu den anderen Klassen verschärft.

Manche von uns erwarteten, die Kartelle und Ringe der Kapitalisten ebenso wie die Zollpolitik würden die Mittelschichten, die darunter so sehr litten, in unsere Reihen führen. Tatsächlich ereignete sich das Gegenteil. Die Agrarzölle und Unternehmerverbände kamen gleichzeitig auf mit den Gewerkschaften. So sahen sich die Handwerksmeister gleichzeitig von allen Seiten bedrängt. Die Zölle und Unternehmerverbände trieben ihnen die Preise der Lebensmittel und Roh-

materialien in die Höhe, indessen die Gewerkschaften die Löhne steigerten. Wohl war diese Lohnsteigerung meist nur eine Erhöhung des Geldlohnes, nicht des Reallohnes, die Preise stiegen mehr als die Löhne. Nichtsdestoweniger erbitterten die Lohnkämpfe die kleinen Meister, und sie sahen dabei in den Unternehmerverbänden und den Parteien des Zollwuchers ihre Verbündeten gegen die organisierten Arbeiter. Diese, nicht Zölle und Kartelle, sollten nicht bloß am Steigen der Geldlöhne, sondern auch an den hohen Preisen der Rohmaterialien und Wohnungen schuld sein, die den Lohnerhöhungen entsprängen!

Die Kleinhändler wieder sahen sich durch das Steigen der Preise ebenfalls bedrängt, da die Kaufkraft ihrer Kunden, meist Arbeiter, nicht in gleichem Maße zunahm. Sie richteten ihren Groll um so eher gegen die Arbeiter als gegen die Zollpolitik und die Unternehmerverbände, je mehr sich die Arbeiter den Folgen der Preissteigerungen zu entziehen suchten durch Ausschaltung des Zwischenhandels in Konsumvereinen.

Eine Preissteigerung verschärft stets den Gegensatz zwischen Käufern und Verkäufern. Das vermehrte auch den Gegensatz zwischen den Proletariern als Käufern von Lebensmitteln und den Bauern als Verkäufern.

Man darf nicht vergessen, daß der Arbeiter auf dem Warenmarkt eine besondere Rolle spielt. Jeder andere tritt dort auf nicht bloß als Käufer, sondern auch als Verkäufer von Produkten. Was der Warenverkäufer bei einer allgemeinen Preissteigerung als Käufer anderer Waren verliert, gewinnt er bei der Steigerung der eigenen. Nur der Arbeiter kommt auf den Weltmarkt bloß als Käufer, nicht als Verkäufer von Produkten. Seine Arbeitskraft ist eine Ware eigener Art mit eigenen Preisgesetzen, so daß der Arbeitslohn nicht ohne weiteres den allgemeinen Preisänderungen folgt. Die Arbeitskraft ist eben kein vom Menschen losgelöstes Produkt, sondern mit seinem Leben selbst untrennbar verbunden, ihr Preis unterliegt physiologischen, psychischen, historischen Bedingungen, die für die anderen Waren nicht in Betracht kommen und die in den Geldlohn ein größeres Moment des Beharrens hineinbringen, als den Preisen der Produkte eigen ist. Nur langsam folgt er ihren Schwankungen und nur bis zu einem gewissen Grade. Bei Preisherabsetzungen gewinnt er also mehr, als andere Käufer von Produkten, bei Preissteigerungen verliert er mehr. Sein Standpunkt auf dem Warenmarkt steht im Gegensatz zu dem der Verkäufer; trotzdem er alles produziert und nur einen Teil seiner Produkte konsumiert, ist sein Standpunkt der des Konsumenten, nicht des

Produzenten. Denn nicht ihm gehören die Produkte, die er produziert, sondern seinem Ausbeuter, dem Kapitalisten. Dieser ist es, der mit den Produkten der Arbeit des Lohnarbeiters als ihr Produzent und Verkäufer auf dem Warenmarkt erscheint. Der Arbeiter erscheint dort nur als Käufer von Lebensmitteln.

Daher sein Gegensatz zu deren Verkäufern, also auch zu den Bauern, so weit diese als Verkäufer an ihn auftreten. Nicht nur in der Frage der Agrarzölle, auch bei anderen Gelegenheiten, z. B. bei Versuchen der Milchverteuerung, standen den Bauern gerade die Arbeiter am energischsten gegenüber.

Nicht minder wurden die Bauern, soweit sie Lohnarbeiter beschäftigten, durch die Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse in der Industrie erbittert. Die Zeit der industriellen Prosperität, des Erstarkens der Gewerkschaften und ihrer Siege war auch die Zeit des Arbeitermangels in der Landwirtschaft. Nicht bloß die Knechte und Mägde, nein, selbst die Kinder der Bauern zogen in wachsenden Scharen der Industrie zu, entflohen der Barbarei der Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft. Schuld an dem daraus entstehenden Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande waren natürlich die verfluchten Sozi.

So ist es gekommen, daß wachsende Schichten jener Bevölkerungsklassen, die ehedem den Kern der kleinbürgerlichen Demokratie ausmachten, und energische Verfechter der Revolution, dann wenigstens, wenn auch nur laue, Verbündete des revolutionären Proletariats gewesen waren, jetzt allenthalben geradezu in seine wütendsten Feinde verwandelt sind. Am wenigsten noch im „marxistisch verseuchten" Deutschland, weit mehr noch in Frankreich, Oesterreich, der Schweiz.

In den Großstaaten wird die Feindschaft der mittleren Klassen gegen das Proletariat noch vermehrt durch die gegensätzliche Stellung in der Frage des Imperialismus und der Kolonialpolitik. Wer nicht auf dem Boden des Sozialismus steht, diesen ablehnt, dem bleibt, will er nicht verzweifeln, gar nichts anderes übrig als der Glaube an die Kolonialpolitik. Sie ist die einzige Aussicht, die der Kapitalismus seinen Verfechtern noch zu bieten hat. Damit ist aber die Akzeptierung des Militarismus und Marinismus konsequenterweise verbunden. Auch jene Mittelschichten, die nicht im Interessenkreise des Handwerks, des Zwischenhandels, der Lebensmittelproduktion stehen, die Intellektuellen, werden daher, soweit sie sich nicht zum Sozialismus durchzuringen vermögen, vom Proletariat und dessen weiterblickenden Vertretern abgestoßen durch seine Verwerfung des Imperialismus und des Militarismus. Alle die Herren Barth, Brentano, Naumann

und so weiter, die der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des Proletariats und auch seinen demokratischen Bestrebungen so freundschaftlich gegenüber stehen, sie sind begeisterte Flottenschwärmer und Weltpolitiker, und nur so lange Freunde der Sozialdemokratie, so lange der Imperialismus und dessen Hilfsmittel nicht in Frage kommen.

So scheint diese Politik berufen, die Isolierung des Proletariats zu vollenden und es dadurch zu politischer Unfruchtbarkeit gerade in dem Zeitpunkt zu verurteilen, wo es politischer Machtentfaltung mehr als je bedarf.

Und doch kann gerade Politik des Imperialismus zum Ansatzpunkt werden, von dem aus das herrschende System aus den Angeln gehoben wird.

9. Ein neues Zeitalter der Revolutionen.

Wir haben gesehen, wie in der Schweiz die Kosten des Militarismus rasch steigen. Das ist aber nur ein schwacher Abglanz dessen, was die großen Militärstaaten leisten. Sehen wir nur das Deutsche Reich an. Dort verausgabte man (nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich) Millionen Mark für

	1873	1880/81	1891/92	1900	1908
Landheer	308	370	488	666	856
Marine	26	40	85	152	350
Kolonialverwaltung .	—	—	—	21	21
Pensionsfonds . . .	21	18	41	68	110
Zinsen der Staatsschuld	—	9	54	78	156
Zusammen	355	437	668	985	1493
Jährliche Zunahme .		12	21	35	64
Gesamtausgaben des Reichs	404	550	1118	2056 bezw. 1640*)	2785
Jährliche Zunahme .		21	52	58	91

Wir sehen, die Ausgaben steigen ununterbrochen, aber in stets wachsendem Tempo; innerhalb des ersten Jahrzehnts des Reiches um 21 Millionen, schließlich, innerhalb des letzten Jahrzehnts um 91 Millionen im Jahr. In den letzten Jahren erreichte die jährliche Steigerung gar 200 Millionen. (1905: 2195; 1906: 2392; 1907: 2597, 1908: 2785 Millionen).

Die Hauptzunahme trifft auf die Kosten der Kriegsrüstungen. Und darunter wieder mehr noch auf die Flotte als das Landheer. Während die Bevölkerung des Reichs von 1891 bis 1908 von 50 Millionen auf 63 Millionen, also um ein Viertel wuchs, haben sich die Kosten des Landheeres inzwischen fast verdoppelt, des Pensionsfonds und der Verzinsung der Staatsschuld fast verdreifacht, die der Marine vervierfacht. Und in diesem tollen Wachstum gibt es kein Einhalten, so lange nicht das bestehende Regime von Grund aus geändert wird. Die stete Umwälzung der Technik, die das kapitalistische Maschinenwesen und die Ein-

*) Von 1900 an erscheinen die Ausgaben für Post, Reichsbahnen und Reichsdruckerei im Ausgabenetat, wo sie bis dahin nicht aufgeführt wurden. Sie betrugen 1900 416 Millionen.

führung der Naturwissenschaft in die Produktion mit sich bringt, bemächtigt sich auch des Kriegswesens, schafft auch da einen beständigen Konkurrenzkampf neuer Erfindungen, eine beständige Entwertung des Bestehenden, eine beständige Ausdehnung der Machtmittel, aber nicht, wie in der Produktionsweise, zu steter Vermehrung der Produktivität der Arbeit, sondern zu steter Vergrößerung der Verheerungen des Krieges und zu steter Vermehrung der unproduktiven Verschwendung des Friedens.

Neben der Umwälzung durch die Technik ist es aber auch die stete Erweiterung des Herrschafts- oder wenigstens Einflußgebiets eines jeden Großstaats durch die Weltpolitik, die es immer notwendiger macht, daß er seine Machtmittel erweitert. So lange die Weltpolitik dauert, muß der Wahnsinn des Wettrüstens bis zur völligen Erschöpfung zunehmen: Der Imperialismus aber, das haben wir gesehen, ist die einzige Hoffnung, die einzige Idee für die Zukunft, die der bestehenden Gesellschaft noch winkt. Außer ihr gibt es nur noch eine Alternative: den Sozialismus. Und so wird sich dieser Wahnsinn steigern, bis das Proletariat die Kraft gewinnt, die Politik des Staates zu bestimmen, die Politik des Imperialismus zu überwinden und durch die des Sozialismus zu ersetzen. Je länger das Wettrüsten dauert, desto schwerer die Lasten, die es jedem Volke auferlegt. Desto mehr sucht sie aber auch jede Klasse den anderen zuzuschieben, desto mehr verschärft das Wettrüsten die Klassengegensätze.

Im Deutschen Reiche sind es natürlich die Arbeiter, denen die Hauptlast zugeschoben wird. Das war schon schlimm genug in der Zeit des geschäftlichen Aufschwungs, der niedrigen Lebensmittelpreise, des Vordringens der Gewerkschaften. Es wird unerträglich in der Zeit der Krise, der Teuerung, der Uebermacht der Unternehmerverbände.

Aber durch die wachsende Steuerlast wird nicht bloß das Einkommen des Arbeiters verringert, die Kaufkraft seines Lohnes herabgesetzt, es wird auch der industrielle Fortschritt selbst, der angeblich durch die Weltpolitik gefördert werden soll, aufs äußerste bedroht.

Die Vereinigten Staaten sind der gefährlichste Konkurrent der deutschen Industrie. Diese ist jenen gegenüber benachteiligt durch das deutsche Schutzzollsystem. Wohl hat Amerika noch höhere Schutzzölle, aber nur *industrielle*, keine *agrarischen*. Es verfügt über die billigsten Lebensmittel und produziert fast alle Rohstoffe selbst. Dabei hat es den Vorteil, keine nennenswerte Landmacht zum Nachbar zu haben. Es braucht nicht eine halbe Million Menschen jahraus jahrein durch öde Soldatenspielerei der Produktion zu entziehen.

Je mehr der Militarismus in Europa steigt, desto gewaltiger wächst die industrielle Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten, desto mehr wird der wirtschaftliche Fortschritt Europas verlangsamt. Desto ungünstiger auch die ökonomische Lage der europäischen Arbeiterschaft. Und um diesen Prozeß noch zu fördern, werden ihr die schwersten Opfer zugemutet.

Wohl sind auch die Vereinigten Staaten in die Bahn des Imperialismus eingetreten und damit in die der vermehrten Rüstungen. Seit dem Krieg mit Spanien wachsen auch ihre Ausgaben für Heer und Flotte. Immerhin werden sie dadurch weniger geschädigt als die europäischen Großmächte, weil sie nicht gleich diesen ein großes stehendes Landheer in der Heimat zu erhalten haben. In den ganzen Vereinigten Staaten befinden sich bloß 60 000 Mann. Wie auf dem Gebiet der industriellen Konkurrenz können auch auf dem des Wettrüstens die Vereinigten Staaten am längsten mittun, ohne daß ihnen der Atem ausgeht.

Es betrug in den Vereinigten Staaten

Jahr	Bevölkerung in Millionen Köpfen	Staatsschuld in Millionen Dollars	Ausgaben für Landheer in Millionen Dollars	Ausgaben für Flotte in Millionen Dollars	Wert des Exports von		
					Lebensmitteln	Rohstoffen	Fabrikaten
					Proz. des Gesamtexports		
1880	50	1 919	38	14	56	29	15
1890	63	890	45	22	42	36	21
1900	76	1 101	135	56	40	24	35
1907	86	879	123	97	28	32	40

Man sieht, die Staatsschuld nimmt ab. 1900 wuchs sie allerdings, ebenso wie die Ausgaben für das Heer, infolge des Krieges mit Spanien. Aber seitdem konnte sie wieder verringert werden, trotz steigender Ausgaben für Flotte und Heer. Die Kosten des Landheeres wurden für 1908 auf 190 Millionen Dollars berechnet, 800 Millionen Mark, fast so viel wie in Deutschland, freilich bei einer Bevölkerung von 86 Millionen Köpfen.

Die Tabelle des Exports zeigt aber, wie rasch der Export von Fabrikaten aus Amerika wächst, wie sehr es immer mehr als Industriestaat, nicht als Agrarstaat, auf dem Weltmarkt auftritt.

Von der deutschen Gesamtausfuhr von Waren im Wert von 7500 Millionen Mark waren 1907 5000 Millionen

Fabrikate. In den Vereinigten Staaten waren von einer Gesamtausfuhr im Wert von 8000 Millionen Mark (1,853 Millionen Dollars) heimischer Erzeugnisse über 3000 Millionen (740 Millionen Dollars) Fabrikate. 1890 betrug der Wert der deutschen Ausfuhr an Fabrikaten 2147 Millionen Mark, der der amerikanischen nur rund 800 Millionen Mark (179 Millionen Dollars). Die erstere hat sich also im gleichen Zeitraum um 150 Proz. vermehrt, die letztere um 300 Proz.

Man sieht, die Vereinigten Staten sind uns als Industriestaat schon bedenklich an den Leib gerückt.

Und in dieser Situation, während die Vereinigten Staaten von 1900 bis 1907 ihre Staatsschuld um 230 Millionen Dollars (1 Milliarde Mark) verringern, vermehrt Deutschland seine Schuldenlast in dem gleichen Zeitraum um 1½ Milliarden. Und eben jetzt, wo dies geschrieben wird, werden wieder neue kolossale Erhöhungen der Ausgaben und eine Steuererhöhung von einer halben Milliarde geplant.

Wird die Arbeiterklasse durch solche Lasten am stärksten getroffen und niedergedrückt, so beschweren sie auch die Industrie, erschweren deren Konkurrenzkampf, was aber auch wieder am Arbeiter ausgeht, auf dessen Rücken dieser Kampf ausgekämpft wird. Indessen findet die Belastung des Arbeiters ihre Grenzen, über die sie nicht hinausgetrieben werden kann, und so muß das Wettrüsten schließlich auch den industriellen Fortschritt selbst lähmen.

Gleichzeitig verschärft es aber immer mehr die nationalen Gegensätze und schürt es die Kriegsgefahr, wo es doch der Erhaltung des Friedens dienen soll. Jeder Regierung werden die fortgesetzten, sich überstürzenden Rüstungen immer unerträglicher, aber keine der herrschenden Klassen sucht die Schuld daran in der Weltpolitik, die sie treiben. Sie dürfen sie dort nicht sehen, weil dort die letzte Zuflucht des Kapitalismus liegt. So sucht jeder die Schuld nur beim andern, die Deutschen bei den Engländern, die Engländer bei den Deutschen. Alle werden dadurch nervöser und argwöhnischer, was aber nur eine neue Anstachlung bildet, die Rüstungen mit vermehrter Hast fortzusetzen, bis es schließlich heißt: Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Schon längst hätte diese Situation zum Kriege geführt, als der einzigen Alternative neben der Revolution, aus diesem tollen Zustand gegenseitiger Hinaufschraubung der Staatslasten herauszukommen, wenn nicht eben diese Alternative der Revolution hinter dem Kriege noch näher stände als hinter dem bewaffneten Frieden. Es ist die steigende Kraft des Proletariats, die seit drei Jahrzehnten jeden europäischen Krieg verhindert, die auch jetzt jede Regierung vor einem

solchen zurückschaudern läßt. Aber die Mächte treiben einem Zustand entgegen, in dem schließlich die Gewehre von selbst losgehen.

In der gleichen Richtung wirkt eine andere Erscheinung, die mehr noch als das Wettrüsten berufen ist, die Weltpolitik ad absurdum zu führen, und damit der bestehenden Produktionsweise ihre letzte Entwicklungsmöglichkeit abzuschneiden.

Die Kolonialpolitik oder der Imperialismus beruht auf der Annahme, daß nur die Völker der europäischen Zivilisation einer selbständigen Entwicklung fähig seien. Die Menschen anderer Rassen gelten als Kinder, Idioten oder Lasttiere, je nachdem man sie mit mehr oder weniger Unfreundlichkeit behandelt, auf jeden Fall als tiefer stehende Wesen, die man nach Belieben dirigieren kann. Selbst Sozialisten gehen von dieser Anschauung aus, sobald sie Kolonialpolitik — natürlich ethische — treiben wollen. Aber die Wirklichkeit lehrt sie bald, daß unser Parteigrundsatz von der Gleichheit aller Menschen keine bloße Redensart, sondern eine sehr reelle Kraft ist.

Wohl standen die Völker, die sich außerhalb der europäischen Zivilisation befanden, dieser Jahrhunderte hindurch meist so gut wie widerstandslos, stets zu dauerndem Widerstand unfähig gegenüber; aber das beruhte nicht darauf, daß sie von Natur aus tiefer gestellt waren, wie es der protzige Dünkel der europäischen Bourgeoisie meint, der seinen wissenschaftlichen Ausdruck in den Phantasien unserer Rassentheoretiker findet. Jene Völker wurden einfach erdrückt durch die Ueberlegenheit europäischer Technik, freilich auch europäischen Geistes, dessen Ueberlegenheit aber in letzter Linie auch auf der der Technik beruht. Die Völker außereuropäischer Zivilisation sind — wenige ganz rückständige Stämme mit ein paar Tausend Menschen vielleicht ausgenommen — sehr wohl fähig, deren geistiges Leben aufzunehmen, aber es fehlten ihnen bisher die materiellen Bedingungen dazu.

Die Ausdehnung des Kapitalismus hat an diesem Zustand lange nur wenig geändert. Die kapitalistischen Exporteure brachten in die Gegenden, die außer der europäischen Zivilisation lagen (zu der heute natürlich auch Amerika und Australien gehören), zunächst nur kapitalistische P r o d u k t e, nicht kapitalistische P r o d u k t i o n. Und sie beschränkten sich dabei vornehmlich auf die Wasserwege, die Küsten der Meere und einiger großen Ströme. Darin trat ein gewaltiger Umschwung während des letzten Menschenalters und namentlich der letzten zwei Jahrzehnte ein. Sie brachten nicht nur eine neue Aera der überseeischen Eroberungspolitik, die Ausfuhr aus den Industriestaaten nach den barbarischen Ländern wurde

nun aus einer bloßen Ausfuhr von Produkten auch eine von Produktions- und Transportmitteln des modernen Industrialismus.

Wir haben oben gesehen, in welchem Maße das Eisenbahnwesen während dieses Zeitalters namentlich im Orient (Rußland hier einbegriffen) rapide Fortschritte machte. Aber auch die kapitalistische Industrie entwickelte sich dort rasch, die Textilindustrie, Eisenindustrie, Bergbau. Der letztere revolutionierte auch das südliche Afrika.

Auf diesem Export von Produktionsmitteln beruhte die neue Blüte der kapitalistischen Industrie seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Sie schien in der ersten Hälfte der achtziger Jahre schon am Ende ihrer Aufschwungsfähigkeit zu sein und war es, was den Export von Fabrikaten anbelangt. Aber der Export von Produktionsmitteln, der ihr dann wieder jenen unerwarteten, glänzenden Aufschwung verlieh, er war nur möglich dadurch, daß er eine kapitalistische Produktionsweise in den Ländern der außereuropäischen Zivilisation großzog und dort die überkommenen wirtschaftlichen Verhältnisse rasch über den Haufen warf. Damit wurde aber auch die Fortsetzung der alten Denkweisen im Orient unmöglich. Mit der neuen, aus Europa stammenden Produktionsweise entwickelten sich plötzlich die geistigen Fähigkeiten der bis dahin barbarischen Völker zu europäischer Höhe. Jedoch atmete der neue Geist nicht Liebe zu Europa. Die neuen Länder wurden zu Konkurrenten der alten. Konkurrenten sind aber Feinde. Das Erstehen des europäischen Geistes in den Ländern des Orients machte diese nicht zu Freunden, sondern nur zu ebenbürtigen Feinden Europas. Das trat nicht sofort zutage. Wir haben oben gesehen, welche Rolle das Kraftbewußtsein im gesellschaftlichen Leben spielt, und wie lange eine neuaufkommende Klasse oder Nation in dienender Stellung bleiben kann, die schon die Kraft zur Selbständigkeit besitzt, sich aber noch nicht deren bewußt geworden ist. Das zeigte sich auch jetzt. Die Völker des Orients waren zu oft von den Europäern besiegt worden, als daß sie nicht jeden Widerstand gegen diese für vergeblich gehalten hätten. Die Europäer waren der gleichen Ansicht. Darauf beruhte ihre Kolonialpolitik, bei der sie über die fremden Völker verfügten, sie vertauschten und verhandelten, als wären es Stücke Vieh.

Aber sobald die Japaner das Eis gebrochen hatten, wirkte das sofort auf den ganzen Orient zurück. Ganz Ostasien ebenso wie die ganze mohammedanische Welt erhoben sich zu selbständiger Politik, zum Widerstand gegen jegliche Herrschaft von außen.

Damit ist der Imperialismus zum Stillstand gebracht. Er kann nicht mehr recht vom Fleck. Und doch muß er stetig weiter geführt werden, wie der Kapitalismus sich stetig weiter ausdehnt und ausdehnen muß, soll seine Ausbeutung nicht völlig unerträglich werden.

Als einziges Ausdehnungsgebiet bleibt jetzt das äquatoriale Afrika, wo das Klima der beste Verbündete der Eingeborenen ist, wo europäische Krieger nicht verwendbar sind, wo die Europäer Eingeborene als Söldner anwerben, bewaffnen und in den Waffen üben müssen — die Zeit vorbereitend, wo sich ihre Soldtruppen gegen die eigenen Herren wenden werden.

Ueberall in Asien und Afrika verbreitet sich der Geist der Rebellion, verbreitet sich aber auch der Gebrauch europäischer Bewaffnung, wächst der Widerstand gegen die europäische Ausbeutung. Man kann nicht in ein Land die kapitalistische Ausbeutung verpflanzen, ohne auch den Samen der Auflehnung gegen diese Ausbeutung dort zu säen.

Zunächst äußert sich das in einer steten Erschwerung der Kolonialpolitik, in einem Wachsen ihrer Kosten. Unsere Kolonialschwärmer trösten uns über die Lasten, die uns die Kolonien jetzt auflegen mit dem Hinweis auf deren reiche Erträgnisse, die uns die Zukunft bringt. In Wirklichkeit müssen die Kriegskosten von jetzt an stets zunehmen, die von uns die Behauptung der Kolonien fordert — doch wird es dabei nicht bleiben. Die Länder Asiens und Afrikas gehen in ihrer Mehrzahl einem Zustand entgegen, in dem die zeitweilige Empörung zur offenen, dauernden wird und schließlich zur Abschüttelung des fremden Joches führt. Am nächsten dazu sind die britischen Besitzungen in Ostindien; ihr Verlust käme einem Bankerott des englischen Staates gleich.

Wir haben schon bemerkt, daß sich seit dem japanisch-russischen Kriege Ostasien und die mohammedanische Welt zur Abwehr des europäischen Kapitalismus erhoben. Sie bekämpfen damit denselben Feind, den das europäische Proletariat bekämpft. Freilich dürfen wir nicht vergessen, daß sie wohl denselben Feind bekämpfen, aber keineswegs zu demselben Zweck. Nicht um das Proletariat zum Sieg über das Kapital zu führen, sondern um dem auswärtigen Kapitalismus einen inneren, nationalen entgegenzusetzen, erheben sie sich. Wir dürfen uns darüber keinen Illusionen hingeben. So wie die Buren arge Leuteschinder, sind die Beherrscher Japans die schlimmsten Sozialistenverfolger, haben sich die Jungtürken auch schon gedrängt gefühlt, gegen streikende Arbeiter einzuschreiten. Wir dürfen also den Gegnern des europäischen Kapitalismus außerhalb Europas nicht kritiklos gegenüberstehen.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß durch sie der europäische Kapitalismus und dessen Regierungen geschwächt werden und ein Element politischer Unruhe in die ganze Welt getragen wird.

Wir haben gesehen, wie in Europa eine Zeit steter Unruhe von 1789 bis 1871 dauerte, bis die industrielle Bourgeoisie sich dort allenthalben die ihre rasche Entwickelung ermöglichenden politischen Bedingungen erobert hatte. Eine ähnliche Zeit steter politischer Unruhe ist seit dem russisch-japanischen Krieg, seit 1905, für den Orient eingetreten. Es sind die Völker Ostasiens und der mohammedanischen Welt, ebenso wie die Rußlands, die jetzt in eine Position eintreten, in vielem ähnlich der der westeuropäischen Bourgeoisie ums Ende des 18. und den Beginn des 19. Jahrhunderts. Natürlich sind die Verhältnisse nicht ganz die gleichen. Schon das macht sie verschieden, daß die Welt seitdem um ein Jahrhundert älter geworden ist. Die politische Entwickelung eines Landes hängt nicht bloß von seinen eigenen sozialen Verhältnissen ab, sondern auch von den Verhältnissen der gesamten Umwelt, die auf das Land einwirkt. Die verschiedenen Klassen Rußlands, Japans, Indiens, Chinas, der Türkei, Aegyptens usw. mögen in einem ähnlichen Verhältnis zueinander stehen, wie die Klassen Frankreichs vor der großen Revolution. Aber sie werden beeinflußt durch die Erfahrungen der Klassenkämpfe, die England, Frankreich, Deutschland seitdem durchgemacht haben. Andererseits ist ihr Kampf für günstige Bedingungen einer nationalen kapitalistischen Produktionsweise gleichzeitig ein Kampf gegen das ausländische Kapital und dessen Fremdherrschaft, ein Kampf, den die Völker Westeuropas in dem revolutionären Zeitalter 1789—1871 nicht zu führen hatten.

Aber so sehr diese Verschiedenheiten auch dahin wirken, daß sich jetzt im Osten nicht einfach die Ereignisse wiederholen, die der Westen vor einem Jahrhundert durchmachte, die Aehnlichkeit der Situation ist groß genug, daß für den Osten nun ein revolutionäres Zeitalter ähnlicher Art beginnt, ein Zeitalter von Verschwörungen, Staatsstreichen, Insurrektionen, Reaktionen und erneuten Insurrektionen, steten Umwälzungen, das so lange dauert, bis die Bedingungen einer ruhigen Entwicklung und gesicherter nationaler Unabhängigkeit für jene Welt erreicht sind.

Dank der Weltpolitik ist aber der Orient — dieses Wort im weitesten Sinne genommen — politisch und ökonomisch so eng mit dem Abendlande verknüpft, daß die politische Unruhe des Ostens auch die des Westens nach sich zieht. Das so mühsam erreichte politische Gleichgewicht der Staaten kommt jetzt durch unerwartete Veränderungen, auf die sie keinen Einfluß haben, ins Wanken; Probleme, deren friedliche Lösung

unmöglich schien, und die man deshalb auf die lange Bank schob, wie das Verhältnis zu den Balkanstaaten, erstehen plötzlich und heischen ihre Lösung. Unruhe, Mißtrauen, Unsicherheit überall, die durch das Wettrüsten schon gesteigerte Nervosität wird auf den Gipfel getrieben. Der Weltkrieg wird nun in bedrohlichste Nähe gerückt; der Krieg bedeutet aber auch die Revolution. Im Jahre 1891 meinte Engels noch, es wäre ein großes Pech für uns, wenn ein Krieg ausbräche, der die Revolution nach sich zöge und uns ans Ruder brächte, da dies vorzeitig geschähe. Eine Weile könnte das Proletariat durch Ausnutzung des gegebenen staatlichen Bodens noch sicherer vorwärts kommen, als durch das Risiko einer durch einen Krieg herbeigeführten Revolution.

Seitdem hat sich die Situation sehr geändert. Das Proletariat ist heute so erstarkt, daß es einem Kriege mit mehr Ruhe entgegensehen darf. Und es kann nicht mehr von einer vorzeitigen Revolution reden, wenn es aus dem gegebenen staatlichen Boden so viel Kraft gesogen hat, als ihm zu entnehmen war, wenn eine Umgestaltung dieses Bodens zu einer Bedingung seines weiteren Aufstiegs geworden ist.

Das Proletariat haßt den Krieg mit aller Macht, es wird alles aufbieten, keine Kriegsstimmung aufkommen zu lassen. Sollte es trotzdem zum Ausbruch eines Krieges kommen, so ist das Proletariat heute diejenige Klasse, die seinem Ausgang am zuversichtlichsten entgegensehen darf.

Es ist seit 1891 nicht nur an Zahl ungemein gewachsen, nicht nur organisatorisch gefestigt, es hat auch an moralischer Ueberlegenheit ungeheuer gewonnen. Vor zwei Jahrzehnten stand in Deutschland der Sozialdemokratie noch das große Prestige gegenüber, das die Beherrscher des Reichs in den Kämpfen um dessen Gründung gewonnen hatten. Heute ist dies Prestige in alle Winde zerstoben.

Je mehr anderseits die Idee des Imperialismus bankerott macht, desto mehr wird die Sozialdemokratie die einzige Partei, die noch eine große Idee, ein großes Ziel verficht, die alle die Tatkraft und Hingebung zu entfesseln vermag, die aus einem solchen Ziele entströmen.

In den Reihen der Gegner dagegen wird Kleinmut und Apathie gesät durch das Bewußtsein, daß Korruption und Unfähigkeit ihre Leiter degradieren. Sie glauben nicht mehr an ihre Sache und nicht mehr an ihre Führer, die gerade jetzt, in einer Situation, deren Schwierigkeiten von Tag zu Tag sich häufen, immer mehr versagen und versagen müssen, immer mehr ihre vollendete Nichtigkeit enthüllen.

Auch das ist kein Zufall und keine Verschuldung einzelner Personen, sondern in den Verhältnissen begründet.

Kautsky, Der Weg zur Macht.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Die Ursachen sind mannigfachster Art. Sobald eine Klasse oder ein Staatswesen aus dem revolutionären in das konservative Stadium geraten, sobald sie nicht mehr um ihre Existenz oder um ihr Aufkommen zu kämpfen haben, sich mit dem Bestehenden abfinden und nur noch in Kleinigkeiten daran zu bessern suchen, muß das verengend auf den geistigen Horizont ihrer Wortführer und Lenker wirken. Ihr Interesse für große Fragen erlischt, aber auch ihre Kühnheit wird nicht mehr angestachelt, kühne Denker und Kämpfer werden vielmehr als unbequem empfunden und zurückgeschoben. Kleinliches Intrigantentum und feige Charakterlosigkeit treten in den Vordergrund.

In gleicher Richtung wirkt die Tatsache, daß für Staatsmänner und Denker von Klassen und Staaten, die nicht mehr um Großes zu ringen haben, das selbstlose Interesse für die Gesamtinteressen der Klasse, des Gemeinwesens, der Gesellschaft durch das Interesse für die eigene Person verdrängt wird. Die nach Macht strebenden Personen werden nicht mehr beseelt von dem Drange, Großes, Neues für die Gemeinschaft zu schaffen, sondern nur noch von dem, Reichtum und Macht für sich zu erwerben. Ihr skrupelloses Strebertum findet seine Ergänzung in dem Streben der Machthaber, nicht solche Kräfte heranzuziehen, die am fähigsten sind, dem Gemeinwesen zu dienen, sondern solche, die sich den persönlichen Bedürfnissen und Neigungen der Machthaber am schmiegsamsten oder amüsantesten anzupassen wissen.

Zu diesen allgemeinen Ursachen des moralischen und intellektuellen Niedergangs alles Machthabertums in einem konservativen Stadium gesellen sich jetzt noch besondere, die der Eigenart des Kapitalismus entspringen.

Ehedem waren die ausbeutenden Klassen auch die regierenden. Wenigstens die Spitzen des staatlichen Apparats reservierten sie für sich. Die Kapitalistenklasse dagegen ist so von der Geschäftsmacherei erfüllt, daß sie die Politik andern überläßt, die freilich im Grunde nichts anderes sind, als ihre Kommis — in demokratischen Ländern Geschäftspolitikern, Parlamentariern und Journalisten, in absolutistischen der Hofgesellschaft, in Ländern mit einer Zwischenstellung einem bunten Gemisch dieser Elemente, wobei bald das eine, bald das andere überwiegt.

Solange die kapitalistische Ausbeutung gering ist, heißt die Losung des Kapitals: Sparen, und es sucht sie auch der Staatsverwaltung beizubringen. Das Kleinbürgertum bleibt dieser Losung nolens volens getreu, das Großkapital entwickelt dagegen, je mehr der Grad der Ausbeutung steigt, die es übt, eine Prunksucht und Verschwendung, die schließlich ein ebenso tolles Tempo einschlägt, wie das Wettrüsten und ebenso wahnwitzige Formen annimmt.

Ehedem waren es die Herren des Staates, die an Reichtum und Prunk alle Untertanen hinter sich ließen. Jetzt werden die Politiker und Staatsmänner bis in die höchsten Regionen hinauf immer mehr ausgestochen von den Beherrschern der hohen Finanz. Die regulären Einnahmen der regierenden Staatsmänner aus dem Staatssäckel zu steigern, geht aber schwer, namentlich in parlamentarischen Staaten, wo man Rücksichten auf die Wähler und Steuerzahler zu nehmen hat, die nach Sparsamkeit schreien. Es geht um so schwerer, je mehr die Kriegsrüstungen das ganze Wachstum der Staatseinnahmen aufsaugen.

Wollen Politiker und Staatsmänner die steigende Lebenshaltung der großen Ausbeuter mitmachen, dann bleibt ihnen nichts übrig, als sich neben den legitimen Einnahmequellen illegitime zu eröffnen, durch Ausnutzung und Prostituierung ihres staatlichen Einflusses. Sie benutzen ihre Kenntnis der Staatsgeheimnisse und ihren Einfluß auf die Staatspolitik zu Börsenspekulationen; sie beuten die Gastfreiheit der großen Ausbeuter in parasitischster Weise aus; sie lassen sich von ihnen ihre Schulden bezahlen, ja nehmen schließlich in den schlimmsten Fällen direkte Bestechungen an, um dafür ihre politische Macht zu verkaufen.

Das Uebel ist allgemein, in allen kapitalistischen Staaten mit großen Ausbeutern zu finden. Es ergreift stets die politisch einflußreichsten Organe am ehesten, in demokratischen Staaten die Parlamentarier und Journalisten, in absolutistischen die Hofgesellschaft. Ueberall züchtet es eine tiefgehende Korruption, die um so rascher um sich frißt, je mehr die kapitalistische Ausbeutung und Verschwendung und damit die Bedürfnisse auch der Politiker und Staatsmänner wachsen, je mehr die Kraft und die wirtschaftlichen Funktionen der Staatsgewalt steigen.

Wohl darf man nicht glauben, daß die von der Korruption Betroffenen ihrer stets bewußt oder daß alle Politiker und Staatsmänner der herrschenden Klassen korrupt sind. Das wäre übertrieben. Aber die Verführung zur Korruption steigt immer mehr in diesen Kreisen, es erfordert eine immer größere Charakterstärke, ihr nicht zu erliegen, und man erliegt ihr um so leichter, je verbreiteter die Atmosphäre der Korruption, je entwickelter und einschmeichelnder ihre Praxis, die den von der Korruption Ergriffenen seinen eigenen Niedergang gar nicht fühlen läßt.

So sehen wir, daß in demselben Maße, in dem sich die Probleme der Politik immer mehr komplizieren, in dem sie immer größere Anforderungen an Wissen, Gewissenhaftigkeit, weiten Blick und Entschlossenheit der Staatsmänner stellen, daß in demselben Maße in den herrschenden Klassen immer

mehr seichte Schwätzerei an Stelle wissenschaftlichen Ernstes tritt, Leichtfertigkeit an Stelle der Gewissenhaftigkeit, persönliches Streber- und beschränktes Intrigantentum an Stelle konsequenter Verfolgung weiter Ziele, haltloses Schwanken zwischen herausfordernder Brutalität und feigem Zurückweichen an Stelle ruhiger, entschlossener Festigkeit. Und gleichzeitig tiefgehende Begehrlichkeit und Korruption, die hier in einem Panamaskandal zutage tritt, dort in einem Bündnis zwischen Gouverneuren und Gaunern, fast überall in Betrügereien der Lieferanten von Kriegsmaterial, die hier mürbe Panzerplatten liefern, dort unbrauchbare Geschütze, an anderer Stelle wieder dem Vaterland das Doppelte dessen anrechnen, was sie vom Ausland nehmen. Seit jeher bildeten die Kriegslieferungen ein Mittel der Bereicherung vieler Kapitalisten, aber noch nie standen die Lieferanten von Kriegsmaterial den Regierungen so nahe wie jetzt, hatten sie so viel Einfluß auf die Politik, die über Krieg und Frieden entscheidet.

Und diese selben Lieferanten sind heute die größten Industriellen, die größten Ausbeuter des Proletariats. Sie haben das größte Interesse an brutalem Krieg gegen den inneren wie gegen den äußeren Feind und den größten Einfluß auf die Regierungen, die immer mehr aus haltlosen Individuen bestehen.

Da muß jeder Staat von seinen Nachbarn, muß die Arbeiterklasse eines jeden Staats von ihren Beherrschern jeden Moment auf eine Provokation, auf einen Ueberfall gefaßt sein, die unabsehbares Unheil nach sich ziehen können. Alles das kann im Kleinbürgertum eine neue Wandlung hervorrufen.

Natürlich vollzieht sich der moralische Niedergang der herrschenden Klassen in Regionen, die der Volksmasse unzugänglich sind. Es erfordert eine Katastrophe, wie z. B. den russisch-japanischen Krieg, um die ganze Fäulnis des Systems bloßzulegen. In gewöhnlichen Zeiten wird zunächst nur hier und da durch besondere Ungeschicklichkeit ein Zipfelchen des Mantels gelüftet, der sonst alles schamhaft verhüllt. Die klassenbewußten Proletarier werden durch solche Enthüllungen nur wenig berührt. Sie stehen den herrschenden Klassen seit jeher feindlich gegenüber und täuschen sich nicht über deren sittlichen Qualitäten.

Anders das Kleinbürgertum. Je mehr es seiner demokratischen Vergangenheit untreu wird, je mehr es sich hinter die Regierungen verkriecht und von ihnen Hilfe erwartet, je größer sein Vertrauen zu ihnen und ihrer Unerschütterlichkeit, um so größer sein Entsetzen, wenn ihm ihr Tiefstand offenkundig wird und ihr Prestige zum Teufel geht.

Und gleichzeitig wächst seine Bedrängung durch die großen Kapitalistenringe und durch die Anforderungen des Staates an seinen Geldbeutel. Das verbessert nicht sein Vertrauen zu den herrschenden Klassen.

Vollends aus dem Häuschen müßte es aber kommen, wenn Unfähigkeit, Leichtsinn, Korruption der Regierenden frivolerweise eine Katastrophe heraufbeschwören sollten, einen Krieg oder einen Staatsstreich, der das Land den schlimmsten Bedrängnissen aussetzte. Da wird sich um so leichter und wilder die blinde Wut des Kleinbürgertums mit einem Male gegen die zu solcher Zeit Regierenden wenden, je mehr es früher von ihnen erwartet, je gewaltiger es sich ihre Einsicht und Hoheit übertrieben hatte.

Das letzte Jahrzehnt hat sicher im Kleinbürgertum einen steigenden Haß gegen das Proletariat entwickelt. Dieses muß seine Politik darauf einrichten, die kommenden Kämpfe allein auszufechten. Aber schon Marx hat darauf hingewiesen, daß der Kleinbürger als Mittelding zwischen Kapitalist und Proletarier zwischen beiden hin und her schwankt, der Mann des einerseits und andererseits ist. Wir dürfen auf ihn nicht rechnen, er wird stets ein unsicherer Kantonist sein — als Masse; vereinzelte können vorzügliche Parteigenossen sein —; seine Feindschaft gegen uns kann noch wachsen. Aber das schließt nicht aus, daß er eines Tages, unter der Wirkung unerträglichen Steuerdrucks und eines plötzlichen moralischen Zusammenbruchs der Herrschenden in Masse zu uns abschwenkt und vielleicht dadurch unsere Gegner hinwegfegt, unseren Sieg entscheidet. Und wahrlich, er könnte keinen klügeren Streich tun, denn das siegreiche Proletariat hat allen jenen, die nicht Ausbeuter sind, allen Unterdrückten und Ausgebeuteten, auch solchen, die heute als Kleinbürger oder Kleinbauern vegetieren, eine gewaltige Verbesserung ihrer Lebenslage zu bieten.

So feindlich das Kleinbürgertum uns momentan gegenüberstehen mag, es ist weit entfernt, eine feste Stütze des Bestehenden zu bilden. Auch es wankt und kracht in allen Fugen, wie alle anderen Stützen der Gesellschaft.

Die Sicherheit des Bestehenden hört im Volksbewußtsein ebenso wie in der Wirklichkeit immer mehr auf, man fühlt, daß wir in eine Periode allgemeiner Unsicherheit geraten sind, daß es so nicht mehr weitergehen kann, wie es ein Menschenalter lang voranging, daß die heutigen Zustände, die rapid immer unhaltbarer werden, kein Menschenalter mehr überleben können.

In dieser allgemeinen Unsicherheit sind aber die nächsten Aufgaben des Proletariats klar gegeben. Wir haben sie bereits entwickelt. Es kommt nicht mehr vorwärts ohne Aende-

rung der staatlichen Grundlagen, auf denen es seinen Kampf führt. Die Demokratie im Reich, aber auch in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen und Sachsen, aufs energischste anzustreben, das ist seine nächste Aufgabe in Deutschland; seine nächste internationale Aufgabe der Kampf gegen Weltpolitik und Militarismus.

Ebenso klar wie diese Aufgaben, liegen auch die Mittel zutage, die uns zu ihrer Lösung zu Gebote stehen. Zu den bisher schon angewandten ist noch der Massenstreik getreten, den wir theoretisch bereits anfangs der neunziger Jahre akzeptierten, dessen Anwendbarkeit unter günstigen Umständen seitdem wiederholt erprobt wurde. Wenn er seit den glorreichen Tagen von 1905 etwas in den Hintergrund getreten ist, so beweist das nur, daß er nicht in jeder Situation wirksam ist, daß es töricht wäre, ihn unter allen Umständen anwenden zu wollen.

Soweit ist die Situation klar. Aber nicht das Proletariat allein kommt bei den bevorstehenden Kämpfen in Betracht, zahlreiche andere Faktoren werden dabei mitwirken, die völlig unberechenbar sind.

Unberechenbar sind unsere Staatsmänner, ihre Personen wechseln rasch und ebenso rasch ihre Stimmungen. Von einer konsequenten, zielbewußten Politik ist bei ihnen nicht mehr zu reden.

Unberechenbar sind auch die kleinbürgerlichen Massen, die bald hierhin, bald dorthin ihr Schwergewicht in die Wagschale werfen und sie unstet auf und niederzucken lassen.

Noch unberechenbarer sind weiter die Wirrnisse der auswärtigen Politik, an der so viele unstete Staaten beteiligt sind, so daß die Unberechenbarkeit der inneren Politik eines jeden Staates in der auswärtigen noch vervielfacht in Erscheinung tritt.

Völlig unberechenbar endlich sind die Wandlungen der Staaten des Orients, bei denen so viele völlig neue Faktoren in Wirkung treten, über die noch gar keine Erfahrungen vorliegen.

Alle diese Faktoren sind jetzt in innigste und ununterbrochene Wechselwirkung getreten, sie werden dafür sorgen, daß wir aus den Ueberraschungen nicht herauskommen.

In diesem allgemeinen Schwanken wird sich aber die Sozialdemokratie um so mehr behaupten, je weniger sie selbst schwankt, je fester sie sich selbst treu bleibt. Gegenüber der haltlosen Stimmungspolitik wird sie das Kraftbewußtsein der arbeitenden Massen um so mehr steigern, je mehr ihre Theorie ihr eine konsequente, zielsichere Praxis ermöglicht. Je mehr sich inmitten der Erschütterungen jeglicher Autorität die Sozialdemokratie als unerschütterliche Macht bewährt, desto

höher wird ihre Autorität steigen. Und je mehr sie in unversöhnlicher Opposition gegen die Korruption der herrschenden Klassen verharrt, desto lebhafter das Vertrauen, das ihr die großen Volksmassen inmitten der allgemeinen Fäulnis entgegenbringen, die heute auch schon die bürgerliche Demokratie erfaßt hat, welche ihre Grundsätze völlig preisgibt, bloß um Regierungsgunst zu gewinnen.

Je unerschütterlicher, konsequenter, unversöhnlicher die Sozialdemokratie bleibt, um so eher wird sie ihre Gegner meistern.

Es heißt der Sozialdemokratie politischen Selbstmord zumuten, wenn man von ihr gerade jetzt die Teilnahme an einer Koalitions-, einer Blockpolitik verlangt, wo das Wort von der „reaktionären Masse" zur Wahrheit geworden ist. Es heißt, von der Sozialdemokratie moralischen Selbstmord verlangen, wenn man will, sie solle sich durch eine Blockpolitik mit bürgerlichen Parteien verbinden, eben jetzt, wo diese sich prostituiert und aufs tiefste kompromittiert haben; sie solle sich mit ihnen verbinden zur Förderung gerade jener Prostitution.

Besorgte Freunde befürchten für die Sozialdemokratie ein vorzeitiges Gelangen zur Staatsmacht **durch** eine Revolution. Aber wenn es für uns ein vorzeitiges Gelangen zur Staatsmacht gibt, so ist es die Gewinnung eines Anscheins von Staatsmacht **vor** der Revolution, das heißt, ehe das Proletariat die wirkliche politische Macht errungen hat. Solange dies nicht gelungen, kann die Sozialdemokratie zu einem Anteil an der Staatsmacht nur dadurch gelangen, daß sie einer bürgerlichen Regierung ihre politische Kraft verkauft. Das Proletariat als Klasse kann dabei nie gewinnen, sondern im besten Falle nur die Parlamentarier, die das Verkaufsgeschäft abschließen.

Wem die Sozialdemokratie das Mittel ist, das Proletariat zu befreien, der muß sich derartiger Teilnahme seiner Partei an der herrschenden Korruption auf das entschiedenste widersetzen. Wenn es ein Mittel gibt, uns das Vertrauen aller ehrlichen Elemente in den Massen zu rauben, uns die Mißachtung aller kampffähigen und kampflustigen Proletarierschichten zuzuziehen, unseren Aufstieg zu hemmen, dann besteht es in der Teilnahme der Sozialdemokratie an einer Blockpolitik.

Gedeihen würden dabei nur jene Elemente, denen unsere Partei nichts ist als die Leiter, um persönlich höher zu kommen, die Streber und Aemterjäger. Je weniger solcher Elemente wir an uns ziehen, je mehr wir davon abstoßen, desto besser für unseren Kampf.

Wie sich dieser im einzelnen gestalten wird, darüber ist freilich über das hier Angedeutete hinaus kaum etwas Be-

stimmtes zu sagen. Niemals war es schwieriger wie jetzt, Formen und Tempo der kommenden Entwickelung vorauszusagen, wo alle in Betracht kommenden Faktoren, das Proletariat ausgenommen, so unbestimmt und unberechenbar sind.

Sicher ist nur die allgemeine Unsicherheit. Sicher, daß wir in eine Periode allgemeiner Unruhe, steter Machtverschiebungen eingetreten sind, die, wie immer ihre Formen und ihre Dauer auch sein mögen, nicht eher mehr in einem Zustande länger dauernder Ruhe enden kann, als bis das Proletariat die Kraft erlangt hat, die Kapitalistenklasse politisch und ökonomisch zu expropriieren und damit eine neue Aera der Weltgeschichte zu inaugurieren.

Ob diese revolutionäre Periode ebenso lange dauern wird, wie die der Bourgeoisie, die 1789 begann und bis 1871 währte, ist natürlich unabsehbar. Wohl vollzieht sich heute alle Entwicklung weit rapider als ehedem, aber andererseits ist auch das Kampffeld ungeheuer gewachsen. Als Marx und Engels das „Kommunistische Manifest“ schrieben, sahen sie als das Kampffeld der proletarischen Revolution nur Westeuropa vor sich. Heute ist es die ganze Welt geworden. Heute werden die Schlachten im Befreiungskampfe der arbeitenden und ausgebeuteten Menschheit nicht nur an der Spree und der Seine geschlagen, sondern auch am Hudson und Mississippi, an der Newa und den Dardanellen, am Ganges und Hoangho.

Und ungeheuer, wie das Kampffeld ist auch die Aufgabe, die ihm schließlich entsprießt: die gesellschaftliche Organisation der Weltwirtschaft.

Aber das Proletariat wird aus der revolutionären Aera, die anhebt und vielleicht ein Menschenalter lang dauert, auch anders hervorgehen, als es in sie hineingeht.

Bildet heute schon seine Elite die stärkste, weitestblickende, selbstloseste, kühnste, in den größten freien Organisationen vereinigte Schicht der Nationen europäischer Kultur, so wird es im Kampf und durch den Kampf die selbstlosen und weitblickenden Elemente aller Klassen in sich aufnehmen, in seinem eigenen Schoße selbst seine zurückgebliebensten Elemente organisieren und bilden, mit Hoffnungsfreudigkeit und Einsicht erfüllen; wird es seine Elite an die Spitze der Kultur erheben und fähig machen, jene ungeheure ökonomische Umwandlung zu leiten, die allem aus Knechtschaft, Ausbeutung, Unwissenheit entstehenden Elend schließlich auf dem ganzen Erdenrund ein Ende bereiten wird.

Glücklich jeder, der berufen ist, an diesem erhabenen Kampfe und herrlichen Siege teilzunehmen!

Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co, Berlin SW. 68.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69

Schriften von Karl Marx

Das Kapital.

1. Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals.
In eigenem Leinenband Mk. 10,—

2. Band: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals.
In eigenem Leinenband Mk. 9,—

3. Band: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion.
In eigenem Leinenband Mk. 11,—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850.
Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. Mk. 1,—. In dieser Studie wendet der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung zum erstenmal diese Methode an zur Aufhellung der treibenden sozialen Momente der 48er Revolutionsperiode. Die Engelssche Einleitung gibt eine Geschichte der Entwickelung der revolutionären proletarischen Taktik vom Barrikadenkampf bis zum allgemeinen Stimmrecht und — zum Umsturz.

Der Bürgerkrieg in Frankreich.
Adresse des Generalrats der Internat. Arbeiter-Assoziation Mk. —,30. Die neue Auflage ist vermehrt durch die beiden Adressen des Generalrats über den deutsch-französischen Krieg und durch eine in Form einer Anleitung gekleidete historische kritische Skizze über die Kommune aus der Feder von Friedrich Engels.

Lohnarbeit und Kapital. Separatabdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung" vom Jahre 1849. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. Neu herausgegeb. v. K. Kautsky. Mk. —,75; Agitationsausgabe Mk. —,25.
Kautsky schreibt im Vorwort: „So sehr unsere populäre Literatur angewachsen ist, sie hat auch heute noch nichts aufzuweisen, was sich an Einfachheit, Klarheit und doch wissenschaftlicher Schärfe mit dieser Schrift messen könnte.

Das Elend der Philosophie.
Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends". Deutsch von Eduard Bernstein und K. Kautsky. Mit Vorwort und Noten von Fr. Engels. Brosch. Mk. 1,50; gebd. Mk. 2,—.

Marx vor den Kölner Geschworenen.
Prozeß gegen den Ausschuß der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (9. Februar 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage Mk. —,20.

Revolution und Konterrevolution in Deutschland.
Deutsch von Karl Kautsky. Brosch. Mk. 1,50; gebd. Mk. 2,—.

Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. Mk. 1,—.
Diese Broschüre gegen den Organisator des Lumpenproletariats ist wohl die glänzendste Streitschrift von Marx; sie enthält auch eine ätzende Kritik der politischen Feigheit und Halbheit des „Bürgertums".

Zur Kritik der politischen Oekonomie.
Herausgegeben von Karl Kautsky. Gebd. Mk. 2,50. Jahrzehntelang war diese 1859 erschienene Schrift, die Vorläuferin des „Kapitals," im Buchhandel vergriffen; die jetzige Ausgabe ist mit einem Vorwort des Herausgebers versehen.

Theorien über den Mehrwert.
Aus dem nachgelassenen Manuskript: „Zur Kritik der politischen Oekonomie". Herausgegeben von Karl Kautsky.
1. Bd.: Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. Mk. 5,50; gebd. Mk. 6,—.
2. Bd.: I. Teil: David Ricardo. Mk. 5,50; gebd. Mk. 6,—.
2. Bd.: II. Teil: David Ricardo. Mk. 5,—; gebd. Mk. 5,50.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
Lindenstrasse 69

Die unter dem Sammeltitel „Kulturbilder" erschienenen Abhandlungen aus der Kulturgeschichte empfehlen wir hiermit der Beachtung. — Jedes der Werke ist vollständig für sich abgeschlossen. Es sind erschienen:

Band 1:

Wider die Pfaffenherrschaft

Kulturbilder aus den
Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts
von **E. Rosenow** und **H. Ströbel**
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten

Band 2:

Die Hohenzollern-Legende

Kulturbilder aus der preußischen Geschichte
::: vom 12. bis zum 20. Jahrhundert :::
von **Dr. M. Maurenbrecher**
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten

Band 3:

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit
von **Hugo Schulz**
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten

Jedes der Werke ist vollständig für sich abgeschlossen.
In zwei Bänden gebunden
Leinen M. 14,— Halbfranz M. 16,—

☛ Die vorstehenden Werke können auch jetzt noch in Lieferungen bezogen werden. Jedes der Werke umfaßt 50 Hefte à 20 Pf. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung, jeder Kolporteur und Zeitungsausträger entgegen.

Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.